



# LEVIATHAN

BERLINER ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALWISSENSCHAFT



HERAUSGEGEBEN VON HELMUT K. ANHEIER, REINHARD BLOMERT, KATHARINA BLUHM, STEPHAN BRÖCHLER, ULRICH BRÖCKLING, CLAUDIA BRUNS, HUBERTUS BUCHSTEIN, TATJANA HÖRNLE, DOROTHEA KÜBLER, BERND LADWIG, PHILIPP LEPENIES, PHILIP MANOW, STEFFEN MAU, FRANK NULLMEIER, AXEL PAUL, MARTIN SAAR, DAGMAR SIMON, UTE TELLMANN, LEON WANSLEBEN, MICHAEL ZURN

*Markus Linden: Neuer Konservatismus und Neue Rechte – Konvergenz oder Divergenz? ■ Fabio Wolkenstein: Was ist konservativ an der Christdemokratie? ■ Lukas Haffert: Mehr oder weniger – Konservatismus, Technologieoffenheit und der Stadt-Land-Gegensatz ■ Claus Leggewie: Demokratie braucht einen (ökologischen) Konservatismus – Ein Gespräch mit Thomas Biebricher ■ Klaus Schlichte: Somalia als Schimäre – Die Grenzen des außenpolitischen Wissens*



Nomos

Nomos  
e Library

# Leviathan

Jahrgang 53 · Heft 3 · 2025

## Inhaltsübersicht

### ZU DIESEM HEFT

Konservatismus in der Krise ..... 273

### SCHWERPUNKT: KONSERVATISMUS IN DER KRISE

*Markus Linden*

Neuer Konservatismus und Neue Rechte – Konvergenz oder Divergenz? ..... 275

*Fabio Wolkenstein*

Was ist konservativ an der Christdemokratie? ..... 295

*Lukas Haffert*

Mehr oder weniger

Konservatismus, Technologieoffenheit und der Stadt-Land-Gegensatz ..... 321

*Claus Leggewie*

Demokratie braucht einen (ökologischen) Konservatismus

Ein Gespräch mit Thomas Biebricher ..... 342

### POSITIONEN UND DEBATTEN

*Klaus Schlichte*

Somalia als Schimäre

Die Grenzen des außenpolitischen Wissens ..... 353



## Konservatismus in der Krise

Nach Jahren intensiver Debatten muss man wohl auch im Spätsommer 2025 noch davon sprechen, dass weite Teile der nordatlantischen Welt – und nicht nur diese – mit einer Polykrise konfrontiert sind. Krisen, das sind eigentlich ideale Zeiten für Konservative. Schließlich lautet das Angebot des gemäßigten Konservatismus traditionell, für Stabilität in ungewissen Zeiten zu sorgen, eben jene Krisen mit Augenmaß zu meistern, disruptive Veränderungen abzufedern und damit zugleich einen Beitrag zu ihrer gesellschaftlichen Verarbeitung zu leisten.

Doch statt zu florieren – sei es als intellektuelle Tradition oder auch (partei-)politisch organisiert – gilt der Konservatismus inzwischen selbst als Sorgenkind. Da ist von einem »Krawallkonservatismus« zu lesen, der vor allem kultukämpferisch um sich greife, von einem »radikalierten Konservatismus« und der Befürchtung, die Konservativen könnten zunehmend mit Rechtspopulisten oder gar -extremisten gemeinsame Sache machen – wie es in Finnland, Österreich oder Schweden bereits der Fall war. Aber, so heißt es in der politikwissenschaftlichen Forschung, gerade auf die Konservativen komme es an, um gegen solche Kräfte zu bestehen.

Doch wer sind diese Konservativen gegenwärtig noch? Die einst stolze republikanische Partei in den USA, die nun – von der MAGA-Bewegung durchsetzt – primär einem narzisstischen Präsidenten Donald Trump Gefolgschaft leistet? Die CDU in Deutschland, deren Chef Friedrich Merz nach Fertigstellung des neuen Grundsatzprogrammes 2024 verkündete, die Partei sei nun »auch wieder konservativ«; von der der frühere Generalsekretär und Fraktionsvorsitzende, Volker Kauder, 2025 wiederum sagte, sie sei nie konservativ gewesen? Und wie steht es um die Tories in Großbritannien, die ÖVP in Österreich? Gibt es in den Reihen der Genannten oder in ihrem Umfeld (noch) konservative Vordenker und (Partei)Intellektuelle?

Zu welchen Themen und Diskussionen der Polykrise sind Konservative vernehmbar? Mischen sie mit, bei Debatten über den Schutz des Weltklimas und der Umwelt? Bei der Überwindung von Polarisierung zwischen gesellschaftlichen Gruppen und Milieus oder bei der Debatte über die Unterschiede zwischen Stadt und Land? Häufig ist die Diagnose: Es fehlt an politischen Antworten. Stattdessen kommt es zu panischen Kurzschlussreaktionen – und zwar gerade dort, wo rechtsautoritäre Kräfte den Konservatismus bereits überflügeln oder zunehmend zu überflügeln drohen, etwa in Italien, Österreich oder den Niederlanden. Durch die Übernahme von

Programmatik oder Sprache meint man das zunehmend gefestigte und in sich geschlossene rechtsautoritäre Elektorat »zurückgewinnen« zu können. Welchen Preis konservative Parteien dafür zahlen, lässt sich in den genannten Ländern seit Jahren beobachten und politikwissenschaftlich empirisch belegen.

Welche Rolle spielt bei alledem die oftmals äußerst entschiedene Verteidigung des Kapitalismus, wo doch diese Parteinahme angesichts der disruptiven Kräfte kapitalistischen Strukturwandels aus konservativer Sicht keineswegs selbstverständlich, sondern vielmehr erklärbungsbedürftig erscheint?

Diese Fragen verdeutlichen, dass eine Auseinandersetzung mit dem zeitgenössischen Konservatismus und der Frage, ob ein solcher überhaupt existiert, lohnenswert und notwendig ist. In zwei Heften des *Leviathans* widmen sich Autorinnen und Autoren daher unterschiedlichsten Themenfeldern der Konservatismusforschung und den Sollbruchstellen des Konservatismus. Sie zeigen die Komplexität des Themas und die Schwierigkeiten der Forschung zu einem Begriff, der in der Regel nicht als Ideologie, sondern vielmehr als »Haltung« oder »Denkmuster« definiert und erklärt wird. Die Autorinnen und Autoren diskutieren ideengeschichtliche Zusammenhänge und Fragen nach konservativen Positionen und Bezugspunkten zu aktuellen Problemen von Klimaschutz und Geschlechterpolitik bis hin zur weiter erstarkenden Neuen Rechten.

Wir freuen uns, dass wir eine so große Zahl etablierter und junger Kolleginnen und Kollegen für dieses Projekt gewinnen konnten und insbesondere darüber, dass wir durch diese Veröffentlichungen im *Leviathan* zugleich die Gelegenheit haben, einmal mehr über den Ort der Konservatismusforschung innerhalb der deutschen Politikwissenschaft zu reflektieren.

Prof. Thomas Biebricher  
Dr. Julia Reuschenbach



© Thomas Biebricher, Julia Reuschenbach

Markus Linden

## Neuer Konservatismus und Neue Rechte – Konvergenz oder Divergenz?

### 1. Einleitung

In seiner Monographie über die jüngere politische Entwicklung in Italien, Frankreich und Großbritannien diagnostiziert Thomas Biebricher »eine internationale Krise des Konservatismus – genauer: die Schwächung, Radikalisierung oder das völlige Verschwinden der Kräfte eines gemäßigten Konservatismus, deren angestammter Platz in der rechten Mitte zusehends verwaist.«<sup>1</sup> Für Deutschland gilt das bislang parteipolitisch zwar nur abgeschwächt (wenngleich die AfD regional die CDU verdrängt hat), aber in Italien, Frankreich und den USA ist die gemäßigt rechte Mitte kaum noch vorhanden. In Polen stehen sich Konservative und Rechtsradikale als größte Blöcke gegenüber. In Ungarn hat die ehemals liberalkonservative FIDESZ längst einen rechts-autoritären Führerstaat errichtet. Der exekutive Autoritarismus wird derzeit in den USA zur neuen Regierungsform. Mithin waren die letzten Jahre in westlichen Demokratien insgesamt geprägt von einer Machtübernahme oder -beteiligung rechtsradikaler oder rechtsextremer Kräfte, die sich das Label »konservativ« und den Begriff »Freiheit« ans Revers heften.

Diesbezüglich konkurrieren zwei sich inhaltlich durchaus überlagernde Sammelbegriffe um die Beschreibungshoheit: Rechtspopulismus und Far Right. Geht es hingegen um die intellektuelle Fundierung, so ist von der Neuen Rechten die Rede, in der Selbstbeschreibung vieler Akteure des breiten und breit publizierenden Spektrums zwischen klassischem Konservatismus und Rechtsextremismus aber auch von Postliberalismus oder schlicht Konservatismus. Aus dieser Begriffsverwirrung und dem empirischen Befund vom potentiellen Wandel beziehungsweise Niedergang des Konservatismus, bei gleichzeitig ausgedehnter Sichtbarkeit von »konservativen« und »neurechten« Intellektuellen, resultiert die konkrete Fragestellung des vorliegenden Beitrags: *Haben die schlechende Transformation der Mitte-Rechts-Parteien und deren teilweise Ersetzung durch die Äußere*

1 Biebricher 2023, S. 9.

*Rechte mit einer Veränderung ihres intellektuellen Vorfelds zu tun? Was trennt und was eint den Neuen Konservatismus und die Neue Rechte?*

Der Beitrag verfolgt einen ideenhistorischen Ansatz. Nach der Einleitung werden im zweiten Abschnitt knapp die Grundsätze des politischen Konservatismus anhand zweier klassischer Autoren dargestellt: Edmund Burke und Alexis de Tocqueville. Der dritte Abschnitt zeigt ausgehend von der sogenannten »Konservativen Revolution« Armin Mohlers und anhand seines französischen Pendants Alain de Benoist, wie das neurechte Denken sich des Konservatismusbegriffs bemächtigte, und wodurch sich die Neue Rechte auszeichnet. Im vierten Teil werden aktuelle Denkweisen dargestellt, die einen Neuen Konservatismus proklamieren, der sich vom Denken der Neuen Rechten aber nur unzureichend unterscheidet. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf den Arbeiten von Patrick J. Deneen. Der fünfte Teil beschäftigt sich schließlich mit der Rezeption dieses Neuen Konservatismus durch die Neue Rechte. Die Analyse kommt zu folgendem Schluss: Der Siegeszug der Neuen Rechten hängt auch damit zusammen, dass der Konservatismus von ihr begrifflich und ideologisch aufgesogen wurde. Der dabei postulierte Neue Konservatismus hat mit den freiheitskompatiblen Idealen der Denkrichtung des Konservatismus nichts mehr gemein. Zwischen Neuem Konservatismus und Neuer Rechter überwiegt die Konvergenz.

## 2. Konservatismus als Mäßigung: Burke und Tocqueville

Für viele beginnt die Ideengeschichte des Konservatismus mit Edmund Burkes Ablehnung der Französischen Revolution.<sup>2</sup> Dies, sowie die Tatsache, dass Burke sich für eine größtmögliche Freiheit der Abgeordneten im Verhältnis zu ihrer Wählerschaft aussprach,<sup>3</sup> macht die Denkhaltung aus demokratischer Perspektive verdächtig – erst Recht, wenn man emanzipatorische Grundsätze anlegt. Burke wendet sich gegen moderne Überlegungen der möglichst absoluten Volkssouveränität und gegen den »Gedanken ..., dass jegliche Reform nicht etwa von einem Wechsel des Personals, sondern von einem Umbau der Maschinerie abhängt.«<sup>4</sup> Der Konservatismus ist in der Tat tendenziell elitär. Trotzdem sind seine Grundsätze nicht genuin antidemokatisch. Auch das lässt sich an Burke nachzeichnen. Er fürchtet zwar die reine Volksherrschaft. Dabei geht es ihm auch um den Erhalt von Privilegien, aber ebenso um das Bewahren von errungenen Freiheiten und um die Ablehnung des radikalen Umsturzes mit all seinen Nebenfolgen. Burke zieht

2 Burke 1967 [1790].

3 Vgl. Burke 2019, S. 119f.

4 Ebd., S. 310.

seine »Lehre aus dem *Faktum* unseres Staatswesens«, also aus den mäßigen- den Eigenschaften der englischen »Mischverfassung«, die seines Erachtens »ständig Übereinkommen und Kompromiss« garantieren.<sup>5</sup> Die gegenseitige Kontrolle bildet demnach einen Grundpfeiler des demokratiekompatiblen Konservatismus.

Wenn sich heute die einflussreichen us-amerikanischen Rechtswissen- schaftler Eric A. Posner und Adrian Vermeule gegen die Gewaltenteilung und für eine lediglich durch Experten und gelegentliche Wahlen kontrol- lierte »entfesselte Exekutive« in einem für sie explizit alternativlosen »Exe- kutivstaat« aussprechen,<sup>6</sup> ist das folglich nicht konservativ im Sinne Burkes. Pate für diesen exekutiven Autoritarismus steht dann vielmehr der Dezisio- nismus Carl Schmitts, auf den sich Posner und Vermeule auch berufen.<sup>7</sup>

Nach Burke skizzierte Alexis de Tocqueville im 19. Jahrhundert Eck- punkte eines liberalkonservativen Programms, das er um republikanische Komponenten erweiterte. Im Geiste blieb Tocqueville trotzdem Adliger. Ent- sprechend entwarf er eine pragmatisch-vernunftrepublikanische, die Demo- kratie ohne große Zuneigung akzeptierende Position, die das Streben nach Gleichheit und Demokratie als »Werk der Vorsehung« begreift, aber dabei die Freiheit durch den demokratischen »Despotismus« bedroht sieht – näm- lich durch die »Allmacht der Mehrheit« in einer zur Mittelmäßigkeit und politischen Apathie neigenden Massengesellschaft.<sup>8</sup> Wie Burke ist auch Toc- queville ein Antipopulist. Tocqueville will am Beispiel der Französischen Revolution verdeutlichen, dass der Weg zu mehr Gleichheit besser schritt- weise vonstattengegangen wäre,<sup>9</sup> aber er kann und möchte die Zeit nicht zurückdrehen. Den politischen Pluralismus und die Parteien konnotiert er positiv. Deren Niedergang sei ein Krisenphänomen, das im Ergebnis zur Entfremdung der öffentlichen Meinung von praktischen Belangen, zur Anwendung von »allgemeinen Theorien« und zur Revision auch der guten Gesetze führe.<sup>10</sup> Burke und Tocqueville lehnen den harten, revolutionären Schnitt ab,<sup>11</sup> verteidigen das Gewordene und kritisieren gerade jenen volks-

5 Ebd., S. 313.

6 Posner, Vermeule 2014 [2011], S. 22.

7 Ebd., S. 20.

8 Tocqueville 1976 [1835/1840], S. 8 u. 300.

9 Vgl. Tocqueville 1867 [1856], S. 29.

10 Vgl. ebd., S. 207.

11 Es wird hier darauf verzichtet, eine nähere Analyse des Revolutionsbegriffs durchzuführen, da dies den Rahmen des Aufsatzes sprengen würde. Statt einer positiven, potentielle Fallstricke und Abgründe aber nicht leugnenden Sichtweise (so Arendt 1965 [1963]), genügt im vorliegenden Zusammenhang ein Alltagsverständnis, nach dem der Begriff für einen radikalen institutio- nellen Umbruch steht.

demokratischen Monismus, den der heutige Rechtspopulismus in der antipluralistischen Tradition Carl Schmitts anruft.

Unterschiede gibt es auch, denn Tocqueville, obwohl Aristokrat, wirft Burke vor, die Tragweite und Unumkehrbarkeit der Entwicklung hin zur Gleichheit der Bedingungen nicht erkannt zu haben.<sup>12</sup> Auch kommt der Zivilgesellschaft in Tocquevilles föderalem Republikanismus eine prägendere Rolle zu als im elitäreren Konzept Burkes. Insgesamt ist die Traditionslinie des demokratischen Konservatismus, die zu großen Teilen auf einem Kontinuum zwischen den Polen Burke und Tocqueville verläuft, jedoch durch Gemeinsamkeiten geprägt: die (1) *Warnung vor dem abrupten Umbruch*, die (2) *Betonung der Gewaltenteilung* und die (3) *Ablehnung radikaler Volkssouveränität*. Sie unterscheidet sich damit mehr als graduell von der demokratiekompatiblen Sicht der reaktionären Gegenrevolutionäre wie Joseph de Maistre oder Donoso Cortés – sowie von der dezisionistischen Diktaturlehre ihres indirekten Schülers Carl Schmitt.<sup>13</sup>

### 3. Konservatismus als Revolution: die Geburt der Neuen Rechten

Als ideengeschichtlich und politpraktisch folgenreich erwies sich die Herstellung eines begrifflichen Nexus, der die skizzierten Grundprinzipien des demokratiekompatiblen Konservatismus konterkarierte. Im Jahr 1950 veröffentlichte Armin Mohler seine danach immer wieder neu aufgelegte, erweiterte und schließlich von Karlheinz Weißmann fortgeschriebene Dissertation »Die konservative Revolution in Deutschland 1918 – 1932«. Richtigerweise ist die von Mohler ausgemachte »Konservative Revolution« nicht als Traditionslinie des demokratiekompatiblen Konservatismus anzusehen, sondern als Versuch, eine künstliche Abgrenzung zwischen Nationalsozialismus und radikal-autoritärem beziehungsweise rechts-antipluralistischem Denken im Deutschland der Zwischenkriegszeit zu ziehen. Es ging laut Volker Weiß darum, »die Legende einer bedeutenden, gegenüber dem Nationalsozialismus unempfindlichen Strömung innerhalb der deutschen Rechten zu installieren.«<sup>14</sup> Dabei wurde eine sehr heterogene Ansammlung von antili-

12 Vgl. Tocqueville 1867 [1856], S. 30.

13 Vgl. Schmitt 1922/23. Diese Linie mag sich bis in ihre heutigen Verästelungen als konservativ ausgeben oder auch als Spielart des Konservatismus bezeichnet werden, jedoch werden die Grundprinzipien der Freiheit, Gleichheit und individuellen Selbstbestimmung dabei a priori und radikal negiert. Deshalb ist der Unterschied zu Burke und Tocqueville mehr als gradueller Natur (anders Robin 2018).

14 Weiß 2017, S. 48.

beralen Autoren wirkmächtig zu einer vermeintlichen konservativen Traditionslinie (v)erklärt.<sup>15</sup>

Damit markiert das Buch von Mohler den Beginn einer anderen Denkrichtung: der Neuen Rechten, also dem intellektualisierten Zweig der äußeren Nachkriegsrechten, die sich später auch in Frankreich unter dem Namen »Nouvelle Droite« entwickeln sollte. In »Kulturrevolution von rechts« (1985) grenzt deren Hauptvertreter, Alain de Benoist, den Begriff des »Konservatismus« vom Begriff der »Reaktion« ab,<sup>16</sup> und greift damit auf Grundgedanken Mohlers zurück, die er sogar zuspitzt. Der Nexus von »Konservatismus« und »revolutionär«<sup>17</sup> wird hier zum Programm der radikalen Umgestaltung qua Etablierung neuer sprachlicher Denkmuster in der Öffentlichkeit. Die Neue Rechte nennt dieses Programm gemeinhin »Metapolitik« im Sinne einer ihr genehmen »Stärkung der Urteilskraft«<sup>18</sup> und langfristigen Beeinflussung der »verborgenen Grundlagen des Gesellschaftsaufbaus«.<sup>19</sup> De Benoist schreibt:<sup>20</sup> »Ich nenne hier ›Revolution‹ das Aufblühen einer Disziplin, die, um sich auszudrücken und etwas hervorzubringen, ihre eigene Sprache schaffen und eben dadurch eine neue Weltansicht begründen muss. ... Konservativ nenne ich die Haltung, die darin besteht, sich in der Summe alles dessen, was bisher war, auf das Beste zu stützen, was der gegenwärtigen Situation vorausging, um zu einer neuen Situation zu kommen. Das heißt, daß in meinen Augen jeder wahre Konservativ revolutionär ist.« Die produktive Vermittlung und Vermischung der Gegenständlichkeit des Begriffspaars »konservativ« und »revolutionär« erklärt de Benoist damit zum normativen Leitmotiv der Neuen Rechten. Gar von einer positiv gewendeten »Verherrlichung der Gegensätze« spricht er. Es gehe darum, eine »Romantik aus Stahl« zu »praktizieren«.

Hier klingen bereits die zentralen Facetten des heutigen neurechten Programms an, so wie es beispielsweise in der Gruppe um Götz Kubitschek und die Zeitschrift *Sezession* vertreten wird: vor allem die praktische Arbeit an machtvorbereitenden gesellschaftlichen Diskursen, die instrumentelle Überwindung der eigentlich durch Carl Schmitts Antisubjektivismus vorgegebenen Ablehnung romantischer Motive sowie die gezielte Öffnung des eigenen Programms hin zur allianzbildenden »Mosaik-Rechten«.<sup>21</sup> Es handelt sich

15 Dazu Breuer 1993.

16 Benoist 2017 [1985], S. 60.

17 Ebd.

18 So der Neurechte Erik Lehnert (2015, S. 21).

19 So (Joseph de Maistre zitierend) der neurechte Mohler-Schüler Karlheinz Weißmann (2013, S. 39).

20 Das Folgende findet sich in Benoist 2017 [1985], S. 59–61.

21 Vgl. Linden 2024 und 2022.

bei der neurechten Ideenwelt einerseits um ein normatives Paradigma mit festen ideologischen Lehrsätzen, andererseits aber auch um eine Machttechnik, die auf der instrumentellen Eingemeindung von Begriffen, Denkschulen und aktuellen Moden beziehungsweise Protestwellen gründet.

All diese strategischen Öffnungsprozesse wurzeln in der von Mohler eingeleiteten normativen Zurückweisung des Antirevolutionismus. Schon in der »Konservativen Revolution« ist die praktische Tat angelegt, also nicht die Bewahrung, sondern die radikale Überwindung des Bestehenden:<sup>22</sup> Es geht laut Mohler nicht darum, »etwas Bestehendes zu bewahren«, oder um »das Festhalten an überlebten Einzelformen«. Explizit plädiert auch er dagegen, »*reaktionär*« im Sinne des »Schimpfnamen[s]« der »Seite des Fortschritts« zu sein. Hingegen werde »noch lebendige Tradition« geachtet und gehütet, wozu auch »das Unveränderliche« des »Volkes« gehöre. Zur Maßgabe wird auf dieser normativen Basis das Ziel der »Ausscheidung alles *unechten* Konservatismus.« Dementsprechend lebe »der Konservative nicht allein in der Zukunft ... wie der Fortschrittsgläubige und nicht allein in der Vergangenheit wie der Reaktionär – er lebt in der Gegenwart, in welcher, sofern sie erfüllte Gegenwart ist, Vergangenheit und Zukunft vereint sind.« Das klingt im Ansatz harmlos, wird jedoch mit der positiven Übernahme des Revolutionsbegriffs durchaus radikal gewendet. Man solle »ein Beschneiden von lebenshemmenden Wucherungen« betreiben und sich vom Gedanken der »*Reform*« lösen, denn »*Reform*« ist immer etwas Unblutiges, während es den Konservativen nicht erstaunt, daß Geburt mit Vernichtung bezahlt werden muß. Außerdem kommt in der »Reform« zum Vorhandenen etwas hinzu. Für den Konservativen aber ist alles immer schon da, und »*Revolution*« kann für ihn nur das Ergebnis einer neuen Gliederung des Vorhandenen haben.« Es gehe der Konservativen Revolution also auch um »Krieg als Revolution« und um eine »Vernichtung«, die »noch manch andere Farbe als bloß die rote des Blutes« kenne. »In der »Konservativen Revolution« lebt ein Wille zur gewaltigen Änderung gewisser Zustände«, womit bei Mohler unweigerlich der Liberalismus gemeint ist.

Mohler, de Benoist und die Neue Rechte brechen also mit den Prinzipien des klassischen Konservatismus. Das gilt auch für die Rolle der politischen Repräsentanten, denen Burke und Tocqueville mäßigende Eigenschaften zusprechen, durch welche die ihres Erachtens verfehlte Identitätsfiktion zwischen Volk und politischer Macht transzendent wird. Bei de Benoist sind die Repräsentanten und Repräsentantinnen hingegen ausschließlich dem imaginären Volkswillen verpflichtet.

22 Das Folgende findet sich in Mohler 1989 [1950], S. 113–117, als entsprechendes Kapitel aber auch schon in der ersten Buchversion (Mohler 1950, S. 146–151).

In »Kulturrevolution von rechts« skizziert Alain de Benoist auf rund 20 Seiten die Funktion der »Elite« in einem anzustrebenden antiliberalen System.<sup>23</sup> Er schreibt: »Aber eine ›Elite des Charakters‹ ist nicht irgendeine Elite. Sie trägt einen Namen: es ist eine Aristokratie. Wir brauchen weniger eine ›neue Elite‹ als eine neue Aristokratie.« Diese sei Teil einer »gemischten Herrschaftsform«, für die »das vollkommenste Beispiel ... zweifellos die römische Republik« sei. De Benoist denkt diese gemischte Verfassung gerade nicht als gegenseitige Kontrolle, so wie sie beispielsweise in den Federalist Papers und auch im Tocquevilleschen System der Gewaltenteilung angelegt ist. Er verfolgt das Identitätsprinzip. Die neue Aristokratie soll nur Ausdruck des wahren Volkswillens sein: »Deshalb gibt es eine, alles in allem gesehen, natürliche Affinität zwischen dem Volk, aus dem die Aristokratie ihre Wurzeln zieht, und der aristokratischen Klasse selbst«, so de Benoist. Zwischen eben jenem, monistisch verstandenen Volk und den aristokratischen Herrschern habe sich aber der Liberalismus in Form der »bourgeoise[n] Klasse eingerichtet«. Die Identität wurde laut de Benoist durchbrochen und es begann »die Substitution des Politischen durch das Ökonomische«. Heute gehe es deshalb darum, »eine Hierarchie wiederaufzurichten, die wertschaffend zu sein vermag und die es zu erreichen versteht, daß sie als solche akzeptiert wird. ... Kurz, es geht darum, die Richtpunkte einer strengen Lebensethik festzulegen, die alleine fähig ist, dem Dasein eine neue Bedeutung zu geben und eine neue Objektivität zu schaffen.« Die Rolle der neuen Aristokratie bestehe vor allem darin, »den Wörtern ihren Sinn zu geben – denn über den Sinn der Wörter organisiert sich in letzter Analyse der soziale Konsens.«

In neueren Publikationen adressiert de Benoist offensiver den Populismus, den er als große Chance begreift. Im Gespräch mit dem Neurechten Benedikt Kaiser<sup>24</sup> betont er die Rolle der »organischen Intellektuellen«, die dem instinktgesteuerten Populismus den Weg wiesen, um den »Hauptfeind« in Form des Liberalismus zu besiegen. Populismus und »metapolitische Kulturrevolution« sollen sich dabei ergänzen. Letztlich bleibt der Kern des Programms von Alain de Benoist damit aber unverändert.

Die Neue Rechte steht mithin den konservativen Grundprinzipien von Burke und Tocqueville entgegen. Postuliert wird der radikale, »revolutionäre« Bruch mit der liberalen Ordnung. Die Gewaltenteilung wird durch eine Identitätsfiktion zwischen dem populistisch gedachten ›wahren‹ Volk<sup>25</sup> und einer – Diskurshoheit herstellenden und den Volkswillen umsetzenden

23 Das Folgende findet sich in Benoist 2017 [1985], S. 121–139.

24 Benoist, Kaiser 2020.

25 Dazu Mudde 2004.

– neuen intellektuellen und politischen Aristokratie konterkariert. Es geht nicht um Mäßigung und den Ausgleich verschiedener Strömungen. Vielmehr postuliert die Neue Rechte, in Opposition zu den vermeintlichen diktatorischen Auswüchsen des Liberalismus zu stehen, die als fremdbestimmende »Mafia« der »Mammut-Mitte«<sup>26</sup> skizziert wird.

#### 4. Der Neue Konservatismus – am Beispiel der Radikalisierung Patrick J. Deneens

Sowohl in Europa als auch in den USA ist in der letzten Dekade eine immense Häufung öffentlichkeitswirksamer Publikationen und Vernetzungen zu verzeichnen, die unter dem Label »konservativ« firmieren. Diese gehen einher mit Wahlsiegen rechtspopulistischer Parteien und Kandidaten, die wiederum durch die Finanzierung von entsprechenden Instituten Orte der Sichtbarkeit schaffen (zum Beispiel das ungarische Mathias Corvinus Collegium in Budapest und Brüssel). Zudem existiert mittlerweile eine Fülle an privaten Initiativen (zum Beispiel die National Conservatism Conference der 2019 gegründeten Edmund Burke Foundation oder die heute Trump-, Orbán- und Milei-hörige Conservative Political Action Conference) und Zeitschriften (zum Beispiel First Things, The American Conservative oder Tichys Einblick) mit entsprechendem Inhalt.

Für den europäischen Zweig des Spektrums, das hier gemäß seiner Selbstbeschreibungen als »konservativ« unter dem Oberbegriff Neuer Konservatismus zusammengefasst wird, steht zu Beginn sicherlich die sogenannte »Pariser Erklärung«, verfasst im Jahr 2017 von 12 Intellektuellen.<sup>27</sup> Vor dem Hintergrund der Flüchtlingskrise und von Emanzipationsbestrebungen sexueller Minderheiten ist der Ton schon hier mindestens populistisch. Man verteidigt ein »gemeinsames Erbe«, »das wahre Europa« und den »Nationalstaat«, der den Gegensatz zum »Imperium durch die Europäische Union« bilde. Die Erklärung spricht von Universitäten als »Agenten der stattfindenden Zerstörung der Kultur. Eine Kultur der Ablehnung des Eigenen hat sich verfestigt.« Angezeigt sei als Gegenmittel eine »neue Art von Staatsmann«, denn, so die Unterzeichner und die Unterzeichnerin, »solche Politiker gieren nicht nach dem Applaus der ›internationalen Gemeinschaft‹, die tatsächlich nur die PR-Abteilung einer Oligarchie ist.« Insofern markiere der »sogenannte ›Populismus‹« nur einen »Aufstand gegen die Tyrannie des falschen Europas«, und zwar »mit voller Berechtigung«.

26 Mohler 1990, S. 138.

27 In mehreren Sprachen abrufbar unter [thetrueeurope.eu](http://thetrueeurope.eu) [14.03.2025].

Mithin wird an der Pariser Erklärung ein Grundmotiv des Neuen Konservatismus deutlich: Der rhetorische Furor und die Verwischung der Grenzen zwischen Konservatismus, Rechtspopulismus und -radikalismus werden mit Rückgriff auf eine angeblich antitotalitäre Verteidigungshaltung legitimiert. Unterschrieben haben zum Beispiel der polnische PIS-Politiker Ryszard Legutko, was angesichts seiner radikalen Publikationen nicht überrascht,<sup>28</sup> aber auch Roger Scruton, der bis zu seinem Tod im Jahr 2020 eigentlich dem klassisch-demokratiekompatiblen Konservatismus mit positivem Blick auf die liberalen Errungenschaften »säkulare[r] Rechtsstaat« und »Gewaltenteilung« zuzuordnen war.<sup>29</sup>

Nach der Pariser Erklärung wurden in Europa zahlreiche normative Schriften im Sinne des hier skizzierten, meist um christlichen Fundamentalismus ergänzten radikal-antiliberalen Programms veröffentlicht.<sup>30</sup> Noch umfangreicher ist die Zahl der Monographien mit us-amerikanischem Hintergrund,<sup>31</sup> wobei Adrian Vermeule<sup>32</sup> und Patrick J. Deneen die Autoren mit der größten intellektuellen Strahlkraft sind (bei Jordan Peterson geht es eher um die Show). Im Folgenden soll das auch medial vieldiskutierte Werk von Deneen näher beleuchtet werden, da er für einen demokratiekompatiblen Konservatismus im Sinne von Burke und Tocqueville stehen könnte – denn schließlich warf ihm Legutko 2018 in einer Rezension vor, an der Demokratie und einigen liberalen Errungenschaften festzuhalten.<sup>33</sup> Auch Vermeule bemängelte Deneens vermeintlich liberalismuskompatible Passivität und plädierte im Gegensatz dazu für eine »strategische« Infiltration und Übernahme der liberalen Institutionen, um diese anschließend zu Fall zu bringen und durch das eigene normative Programm zu ersetzen.<sup>34</sup>

Diese Urteile bezogen sich auf Deneens erstmals 2018 publizierte Abgesangsschrift auf den Liberalismus »Why Liberalism Failed«.<sup>35</sup> Darin beschreibt der Autor sowohl den wirtschaftsliberalen Konservatismus als auch »progressive«, also aktuelle, emanzipatorisch intendierte politische Ansätze als Ausläufer des Liberalismus, den er wiederum fundamental ablehnt. Mithin steht Patrick J. Deneen, analog etwa zu dem von links kommenden Jean-Claude Michéa,<sup>36</sup> für die These von der Gleichursprünglich-

28 V.a. Legutko 2017; dazu Linden 2021.

29 Scruton 2019 [2014], S. 120, 256.

30 Zum Beispiel Orbàn 2021; Puppinck 2021; Engels 2020.

31 Zum Beispiel Reno 2019; Hazony 2018 und 2022; Lowry 2019.

32 Vermeule 2022.

33 Legutko 2018.

34 Vermeule 2018.

35 Deneen 2019a.

36 Michéa 2017 [2007].

keit und Konvergenz von Neoliberalismus sowie einem auf Individualrechte verweisenden, links-egalitären Liberalismus. Deneen schreibt: »Sowohl der ›klassische‹ als auch der ›progressive‹ Liberalismus stehen für eine fortschreitende Befreiung des Einzelnen aus den Beschränkungen des Ortes, der Tradition, der Kultur und überhaupt aus jeder nicht selbst gewählten Beziehung.«<sup>37</sup> Deneen zählt sich zur Gruppe der »Postliberalen«,<sup>38</sup> die stets auch eine kapitalismus- beziehungsweise marktkritische Rhetorik annehmen, und betreibt mit seinen Mitstreitern Gladden Pappin (mittlerweile angestellt bei Viktor Orbáns MCC) und C.C. Pecknold einen entsprechenden Blog.<sup>39</sup> Trotzdem, und obwohl er liberal-konservative Ansätze fundamental ablehnt, hält Deneen für sich an der Eigenbezeichnung »konservativ« oder »nationalkonservativ« fest.<sup>40</sup>

In der 2018er-Schrift über das angebliche Scheitern des Liberalismus thematisiert Deneen neben der Marktkritik weitere Aspekte, die seine Argumentation über ein rechtskonservatives Milieu hinaus breit ankoppelbar machen. Er vertritt beispielsweise ökologische Positionen,<sup>41</sup> betont kommunitaristische Prinzipien der lokalen Gemeinschaft, rekuriert auf den Wert der Geistes- im Vergleich zu den Technikwissenschaften, sieht die Abkopplung von »Natur, Zeit und Ort« negativ<sup>42</sup> und verweist mit Tocqueville auf einen Denker, der über verschiedene Denkströmungen hinweg Anerkennung genießt. Ganz im Sinne Tocquevilles wendet sich Deneen im Jahr 2018 explizit gegen die Revolution und gegen eine neue Ideologie als Ersatz für den seines Erachtens an »inneren Widersprüche[n]«<sup>43</sup> gescheiterten Liberalismus: »Über den Liberalismus hinauszugehen heißt nicht, einige seiner profundensten Zielsetzungen zu verwerfen – schon gar nicht die größten Sehnsüchte des Westens: politische Freiheit und Menschenwürde –, sondern sich gegen die verkehrte Wende zu stellen, die er mit der ideologischen Umgestaltung der Welt nach einem falschen Menschenbild genommen hat. Der ersten und letzten Ideologie der Welt eine Absage zu erteilen, bedeutet nicht, sie durch eine neue und zweifellos nicht sehr andere Ideologie zu ersetzen. Eine politische Revolution würde nur Chaos und Elend verursachen. Eine bessere Vorgehensweise wird in kleineren, lokalen Formen des

37 Deneen 2019a, S. 74.

38 Dazu Borg 2024.

39 <https://www.postliberalorder.com/> (Zugriff vom 19.03.2025).

40 Deneen 2020.

41 »Unsere kohlenstoffgesättigte Welt ist der Kater nach einer 150-jährigen Party, auf der wir den Traum von der Befreiung aus den Zwängen der Natur feierten«, Deneen 2019a, S. 34.

42 Ebd., S. 100.

43 Ebd., S. 19.

Widerstands bestehen: mehr in Praktiken als in Theorien, im Aufbau neuer Kulturen, die der Antikultur des Liberalismus widerstehen.«<sup>44</sup>

Breit ankoppelbar ist auch Deneens Kritik von Exekutivdominanz und Hierarchie. Er wendet sich gegen eine vermeintliche »Ausweitung der Regierungsaktivitäten in alle Lebensbereiche«<sup>45</sup>, kritisiert die politische Elite des Liberalismus als »neue Aristokratie« bzw. »Liberalokratie«<sup>46</sup> und warnt vor einer Entwertung des bürgerschaftlichen Mehrheitswillens unter dem Deckmantel der Vermeidung einer »illiberalen Demokratie«.<sup>47</sup> Im entsprechenden Buchabschnitt kritisiert Deneen das gewaltenteilige Federalist-Konzept sich gegenseitig balancierender Eigeninteressen als gegen die Volkssouveränität gerichtet. Die Federalists stünden für Zentralisierung statt lokaler Praxis: »Die Ursprünge der Massendemokratie scheinen also mit Bestrebungen verbunden zu sein, die Entwicklung einer engagierten demokratischen Bürgerschaft so gering wie möglich zu halten.«<sup>48</sup> Abschließend<sup>49</sup> wirbt Deneen für das Gegenkonzept einer lokalen Praxis, die er als »Gegen-Antikultur« skizziert. Gemeint ist der »Aufbau« oder die »Wiederentdeckung verschiedener Praktiken der Fürsorge, Geduld, Demut, Pietät, Bescheidenheit und des Respekts«.<sup>50</sup> Mit Rückgriff auf Rod Dreher beschreibt Deneen dieses Konzept als zwar religiös motiviert, aber umfassend anschlussfähig und vor allem ökonomieemanzipiert.

Auch in Deneens »Warum der Liberalismus gescheitert ist« finden sich erste radikale Andeutungen, wenn es etwa um die Idee einer durchaus autoritativ vermittelten, dem »Gemeinwohl« verpflichteten »Disziplin der Selbstbeherrschung« geht, die durchaus auch als »autoritative Gesellschaftsordnung« zu verstehen sei.<sup>51</sup> Hier nimmt Deneen Gedanken vorweg, die 2022 in Vermeules »Common Good Constitutionalism« Ausdruck finden sollten, wobei das »Gemeinwohl« als Platzhalter für die eigenen, religiös motivierten und unbedingt umzusetzenden Moralvorstellungen fungiert.<sup>52</sup> Aber im Gros bleibt das ältere Buch von Deneen dem antirevolutionären, bürgerschaftlichen Konservatismus von Burke und Tocqueville verhaftet.

Anders verhält es sich mit seinem jüngsten Werk »Regime Change« aus dem Jahr 2023, dem auch eine zunehmende Politisierung des Autors voran-

44 Ebd., S. 40.

45 Ebd., S. 24.

46 Ebd., S. 185–214.

47 Ebd., S. S. 215–245.

48 Ebd., S. 230.

49 Ebd., S. 261–269.

50 Ebd., S. 262.

51 Ebd., S. 241.

52 Vgl. bereits Vermeule 2020.

ging. Schon 2019 traf sich Deneen mit Viktor Orbán, um, so der Pressetext des ungarischen Regimes, die »Wichtigkeit von Familie und Gott« zu diskutieren: »Nationen sollten Gott untergeordnet sein«, so wird der amerikanische Professor zitiert.<sup>53</sup> Um dem Ganzen einen demokratiekompatiblen, republikanischen Anstrich zu geben, bezieht er sich in seinem normativen Programm analog zu Vermeule auf das »Common Good«, betont argumentativ jedoch eher den Bezug zu den vermeintlichen Bedürfnissen »normaler Menschen« (»ordinary requirements of ordinary people«).<sup>54</sup> Deneen gilt mittlerweile als zentraler Ideengeber des US-Vizepräsidenten J.D. Vance, der ebenfalls nicht müde wird, seine ›einfache‹ Herkunft zu betonen.<sup>55</sup>

Welche Funktion Vance für Deneen einnimmt und wie sehr sich das dahinterstehende Programm vom moderaten Konservatismus eines Burke und Tocqueville unterscheidet, wird deutlich, wenn man de Benoists oben skizziertes Kapitel »die Elite« aus der »Kulturrevolution von rechts« mit dem normativ zentralen Kapitel »Aristopopulismus« aus Deneens »Regime Change« vergleicht. Es wirkt fast so, als orientiere sich Deneen in seiner diesbezüglichen Argumentation an dem älteren Franzosen, der gleichwohl nie genannt wird. Ein zentrales Argument des Deneen-Vanceschen Postliberalismus findet sein Äquivalent in der 1980er-Jahre-Schrift eines einstmalen intellektuell randständigen Neurechten, dessen Denkrichtung lange als isoliertes Freaktum extremistischer Splittergruppen galt.<sup>56</sup> Deneens X-Account liefert täglich Anschauungsmaterial für die propagandistische Unterfütterung dieser surrealen Entwicklung.

Deneens Buchabschnitt über den »Aristopopulismus«<sup>57</sup> wirkt wie eine Adaption des klassisch neurechten, und dann von de Benoist um den Faktor ›Populismus‹ erweiterten, Paradigmas. Dabei bezieht sich der US-Amerikaner jedoch auf ideengeschichtliche Größen wie Aristoteles, Machiavelli, die Anti-Federalists und Tocqueville. Am Ende eines Vortrags aus dem Jahr 2019, bei dem die Grundideen des Aristopopulismus vorgestellt wurden, macht Deneen deutlich, dass die Vorsilbe des Begriffs sowohl auf Aristoteles als auch auf die Klasse der Aristoi verweist.<sup>58</sup> Außerdem gibt er sich stets antioligarchisch und orientiert an der Idee der ausgleichenden Mitte. Bei Lektüre sind die Unterschiede zum pluralistischen, also auf Aristoteles und

53 About Hungary 2019.

54 Deneen 2021a.

55 Dreisbach 2025, S. 6.

56 In Frankreich kam es (vielleicht auch deshalb) freilich immer wieder zu prominenten Platzierungen der Nouvelle Droite und von de Benoist.

57 Deneen 2023, Kapitel 6 (dort, falls nicht anders angegeben, auch die folgenden Ausführungen. Übersetzungen von ML).

58 Deneen 2019b, min. 57:10.

Tocqueville zurückgehenden Republikanismus jedoch nicht nur gradueller Natur. De Benoists Kulturkampfkonzept wird von einem gegen die Gewaltenteilung anarbeitenden christlichen Fundamentalisten gespiegelt, der sich zwar als versierter Theoretiker ausgibt, aber demokratische Grundprinzipien ignoriert, insbesondere die Gewaltenteilung. Das scheint auch einem Interviewer wie Richard David Precht, in dessen ZDF-Sendung sich Deneen vor den jüngsten US-Wahlen als moderat inszenieren konnte, entgangen zu sein.<sup>59</sup>

In »Regime Change« fordert Deneen die Ersetzung der liberalen Elite durch »genuine Aristokraten«. Diese sollen ein »konservatives Gemeinwohlthos« vertreten (»common-good conservative ethos«), durch den Druck des Volkes in ihre Position gebracht werden und die wahren Belange eben jenes Volkes repräsentieren. Ebenso analog zu de Benoist bilden das Vorbild Roms und die (missverstandene) Idee der gemischten Verfassung dabei entscheidende argumentative Schritte Deneens. Im Ergebnis handelt es sich um ein identitäres, antipluralistisches Modell. Deneen schreibt: »Das Ziel sollte nicht darin bestehen, ein ›Gleichgewicht‹ oder eine Form von ›demokratischem Pluralismus‹ zu erreichen«. Es gehe gerade nicht um ein »erfolgreiches Regime« aus »»checks and balances««. Ziel sei vielmehr »die Erschaffung einer neuen Elite, die sich an den Werten und Bedürfnissen der einfachen arbeitenden Menschen orientiert.«

Es geht Deneen also gerade nicht um die Prinzipien von Tocqueville und Burke, also um die gegenseitige Kontrolle durch Gewaltenteilung und ein sich gegenseitig mäßigendes, vielfältiges Institutionendesign auf pluralistischer Basis. Auch die aristotelische Mitte kann nicht ernsthaft Vorbild sein, denn statt Mäßigung und gegenseitiger Perspektivenübernahme postuliert der Postliberale die Exklusion des Liberalismus, der ebenso wie bei de Benoist für die diagnostizierte Trennung zwischen Volk und Elite verantwortlich gemacht wird. Mehr noch, Deneen ist kein Konservativer, denn er vertritt explizit das umstürzlerische Konzept der Konservativen Revolution, während der Konservatismus Adaption und – Deneen spricht abwertend davon – »balancing« betont. Es müsse »etwas Revolutionäres stattfinden«, schreibt Deneen in einem Zwischenfazit<sup>60</sup> von »Regime Change«. Angesagt seien »Stabilität, Ordnung und Kontinuität«, die »Erneuerung der Kultur« und »eine Erhebung (elevation) des Volkes durch eine bessere Aristokratie«. Er schreibt: »Was gebraucht wird, mangels eines besseren Begriffs, ist eine neue Kombination zweier langjähriger Opponenten: ›Aristopopulismus.‹«

59 Precht, Deneen 2024.

60 Deneen 2023, S. 144 (Ebook).

Dass sich Deneen bei seiner Konzeption immer wieder auf Tocqueville und Burke beruft, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein identitäres und revolutionär-institutionenänderndes Programm an der Intention des demokratiekompatiblen Konservatismus vorbeigeht. Eher umgekehrt, und auch explizit im Sinne eines Regimewechsels, bedient Deneen populistische Vorurteile gegenüber einer angeblich diktatorischen Realität, die radikal umgebaut werden soll. Auf der National Conservatism Conference in Orlando im Jahr 2021 beschloss Deneen seine Rede wie folgt: »Die Wiederherstellung einer Tradition des Gemeinwohls in Amerika erfordert eine neue amerikanische Revolution. Wie bei unserer ersten Revolution sollten wir darauf abzielen, die fest verwurzelte Oligarchie zu vertreiben, die derzeit viele ihrer Mitbürger ausnutzt, und an ihre Stelle jene Art politischer Führungspersonen setzen, die von jener Art von Bürgern unterstützt werden, die wie unsere Vorfahren gekämpft und eine Nation gegründet haben, in der jede Freiheit, die es wert ist, besessen zu werden, durch und für ein wahrhaftiges Gemeinwohl verwirklicht wird.«<sup>61</sup> Auf derselben Konferenz hielt J.D. Vance eine Rede mit dem programmatischen Titel »The Universities are the Enemy«.<sup>62</sup> Veranstalter der Konferenz war die Edmund Burke Foundation. Ganz im Sinne Vermeules und der neurechten Metapolitik-Idee werden die liberalen Institutionen strategisch-diskursiv unterwandert, und sei es mit dem Wohlklang des Namens eines Theoretikers.

## 5. Die Rezeption durch die Neue Rechte

Auch wenn die Neue Rechte in Bezug auf den christlichen Fundamentalismus des Neuen Konservatismus zwischen Wohlwollen und Reserviertheit schwankt, lassen die skizzierten Parallelen der Argumentation eine positive Rezeption erwarten. Mit Karlheinz Weißmann bezieht sich ein bedeutender Vertreter der deutschen Neuen Rechten denn auch ausgiebig auf die Liberalismuskritik von Patrick J. Deneen und dessen These vom heranbrechenden postliberalen Zeitalter.<sup>63</sup> Entsprechend der Trennung im neurechten Lager (Weißmann und die Junge Freiheit geben sich gemäßiger als das davon getrennt auftretende Schnellroda-Umfeld) verbleibt er jedoch rhetorisch zumeist in analytischer Distanz und bewirbt keine aktiven »Regime-Change«-Pläne. Gleichwohl konstatiert er jüngst ausgesprochen wohlwollend, »daß jetzt die Stunde dessen schlägt, was Deneen sehr treffend ›Aristopopulismus‹ genannt hat.«<sup>64</sup> In der klassischen französischen

61 Deneen 2021b, min. 18:20 (Übersetzung ML).

62 Vance 2021.

63 Weißmann 2021.

64 Weißmann 2025. Es handelt sich um eine explizite Replik auf Linden 2025.

Neuen Rechten erfolgt keine größere Rezeption Deneens, auch wenn die einschlägige Zeitschrift *Éléments* (Februar 2021) ihn als »Michéa Amerikas« bezeichnet hat.

Anders verhält es sich mit der Nachfolgegeneration der Macher des ehemaligen Instituts für Staatspolitik und der Zeitschrift *Sezession*. Während die Älteren – also Götz Kubitschek, Erik Lehnert und Ellen Kositza – stark im Kontext der deutschen Geschichte argumentieren, hat sich der Politikwissenschaftler Benedikt Kaiser zum breit aufgestellten Stichwortgeber der hiesigen Neuen Rechten entwickelt. Er steht vor allem für die weitere Öffnung gegenüber Querfront- und Mosaikkonzepten (bei denen es darum geht, linke Ideen, populistischen Unmut und verbindende Scharnierakteure im Prozess der Hegemoniebildung nutzbar zu machen)<sup>65</sup> und fungiert heute als zentrale polittheoretische Führungsperson.

Kaiser ist es auch, der die intellektuelle Internationalisierung der Neuen Rechten vorantreibt und der entsprechend versucht, zuwiderlaufende antiwestliche Ressentiments und Ideenbestände des Milieus durch eine positive Bezugnahme auf den us-amerikanischen Diskurs zu konterkarieren. Insofern stellt die Präsidentschaft Donald Trumps mit seiner aktiven (wenngleich wechselhaft-konfliktbehafteten) Einbindung libertärer Akteure (Elon Musk, Peter Thiel etc.) eine besondere Herausforderung für den Rechtsextremismus dar. Denn schließlich bildet der ungezügelte Kapitalismus mit seinem Individualfetischismus einen Gegenpol der sich linker Positionen bedienenden Neuen Rechten. Nils Wegner, ebenfalls Teil der jüngeren neu-rechten Generation, hat sich dementsprechend mit der »Rechtslibertären Versuchung« auseinandergesetzt und sieht im Libertarianismus eine »asoziale und gemeinschaftszerstrende« sowie »reaktionäre« Denkrichtung, die den Zielen der eigenen Bewegung zuwiderlaufe.<sup>66</sup> Demgegenüber lobt man in der *Sezession* den angeblich kommunaristisch orientierten Common Good Conservatism.<sup>67</sup> In diesem Zusammenhang beschreibt Kaiser folgerichtig Patrick J. Deneen und seinen ausgemachten Politikableger J.D. Vance als hoffnungsvolles Korrektiv.<sup>68</sup>

Im Gegensatz zur »milliardenschwere[n] ›Tech-Rechte[n]‹ rund um Elon Musk« würden diese beiden »über Legislatur- bzw. Regierungsperioden und gar über Trump und Musk selbst hinausdenken.« Vance stehe für das arbeitende, gläubige, weiße und mit Nationalstolz ausgezeichnete Proletariat – also jene »›Somewheres‹«, denen der Staat im Gegensatz zum transferempfangenden »›Lumpenproletariat‹« nichts schenke, und die deshalb

65 Kaiser 2017a; Ders. 2017b; Ders 2019; dazu Linden 2024.

66 Wegner 2024, S. 108.

67 Vgl. Scholtysek 2023.

68 Vgl. zum Folgenden Kaiser 2025.

zum Populismus überliefen. Deneen obliege die Konzeptionalisierung dieser Emotionsebene, wobei er, wie Kaiser richtigerweise feststellt, ganz auf der Linie der Neuen Rechten liege: »Schematisch könnte man es so formulieren: Das, was Vance gefühlsgeleitet und subjektiv darbietet, wird von Deneen rational und objektiv politisiert und vervollständigt. ... Deneen analysiert ... in seinem Werk liberale Glaubensfragmente seit den Zeiten John Lockes; er tut das im klassischen Geleise der Sezession-Lesern (aber nicht US-Amerikanern) vertrauten Liberalismuskritik von Arthur Moeller van den Bruck über Carl Schmitt bis Alain de Benoist«. Konsequenterweise könne die von Deneen vorgeschlagene »organische Alternative« des »Gemeinwohlkonservatismus« jedoch nicht mit den Libertären verwirklicht werden, glaubt Kaiser, der Deneen (wieder richtigerweise) unterstellt, diesem Konflikt in der Administration auszuweichen. Für Kaiser markieren der »Aristopopulismus« und der »Kommunitarismus« Patrick J. Deneens positive Bezugspunkte, deren revolutionären Gehalt er seiner Leserschaft nicht lang erklären muss. Die subjektive Gegnerschaft zum libertären Gebaren von Musk und Peter Thiel wird dabei vom Autor deutlich herausgearbeitet.

Deneen selbst hat sich zwischenzeitlich zu einer Art Pressesprecher von J.D. Vance entwickelt. Dessen argumentativ gehaltlose Beschwörung der Allianz von rechtslibertärem und sozial-nationalistischem Flügel (AI-Innovationen kämen schließlich auch den Arbeitern zugute) wird von Deneen kritiklos dargestellt, wobei die abschließende Demutshaltung des Politikprofessors gegenüber den Ausführungen des Vizepräsidenten exakt der normativen Stoßrichtung des exekutiv-autoritären »Aristopopulismus« entspricht: »Am bemerkenswertesten in diesen ersten Tagen der Regierung ist, dass man von einer Politischen Figur derart tiefgründige, durchdachte Reflexion über die Zukunft zu hören bekommt, nach Dekaden von Politikern, die allzu oft nur Pläritüden wiederholt und es vermieden haben, sich mit den schwierigsten Dilemmata unserer Zeit auseinanderzusetzen.«<sup>69</sup>

## 6. Fazit

Die Frage nach der Konvergenz oder Divergenz von Neuem Konservatismus und Neuer Rechter lässt sich eindeutig beantworten: die erste Alternative dominiert. Burke und Tocqueville formulierten einen demokratiekompatiblen Konservatismus, zu dessen zentralen Prinzipien die Ablehnung des abrupten Umbruchs beziehungsweise der Revolution, die Betonung der Gewaltenteilung beziehungsweise Mischverfassung und die Zurückweisung radikaler Volkssouveränität gehören. Armin Mohler hat demgegenüber für

69 Deneen 2025 (Übersetzung ML).

die Neue Rechte die Verbindung des Konservatismusbegriffs mit der Revolutionsagenda, den strikten Antiliberalismus und die Abkehr vom Mäßigungsgedanken formuliert. Seine Ideen finden Fortsetzung im Werk von Alain de Benoist, der einer mächtvollen Elite das Wort redet, die den monistisch verstandenen, wahren populistischen Volkswillen exekutiert. Mit Patrick J. Deneen hat sich ein wichtiger Vertreter des Neuen Konservatismus im Jahr 2018 noch davor gesträubt, die Revolutionsagenda, den antipluralistischen Populismus und die identitär-aristokratische Elitendefinition der Neuen Rechten explizit zu übernehmen, was von anderen Vertretern seines intellektuellen Milieus kritisiert wurde. Anschließend hat Deneen die Prinzipien des demokratiekompatiblen Konservatismus dann ebenfalls revidiert. Seine Ausführungen in »Regime Change« ähneln sehr stark den Grundsätzen der rechtsextremen Konservativen Revolution im Allgemeinen und der Elite-Volk-Bestimmung von Alain de Benoist im Speziellen (wobei sich de Benoist im Gegensatz zum religiösen Fundamentalisten Deneen gleichwohl als Heide begreift). Mithin ist der Neue Konservatismus um Autoren wie Deneen oder Vermeule kaum noch von der Neuen Rechten zu unterscheiden. Dementsprechend positiv fällt die Rezeption Deneens auch in der jüngeren deutschen Neuen Rechten aus. Der Niedergang des demokratiekompatiblen Konservatismus und die Herausbildung einer radikalen, revolutionären und antigewaltenteiligen politiktheoretischen Strömung dürften mitverantwortlich sein für den parteipolitischen Niedergang des gemäßigten Konservatismus. Ein später Sieg der Neuen Rechten wäre aber gleichbedeutend mit dem Untergang der liberalen, auf Einzelrechten und Machtteilung gründenden Demokratie.

## Literaturverzeichnis

- About Hungary 2019. *PM Orbán meets Patrick J. Deneen to discuss importance of family and God*, 15.11.2019, <https://abouthungary.hu/news-in-brief/pm-orban-meets-patrick-j-deneen-to-discuss-importance-of-family-and-god> (Zugriff vom 24.03.2025).
- Arendt, Hannah 1963 [1963]. *Über die Revolution*. München: Piper.
- Benoist, Alain de 2017 [1985]. *Kulturrevolution von rechts*. Dresden: Jungeuropa.
- Benoist, Alain de / Kaiser, Benedikt 2020. »Kulturrevolution und Populismus – eine Bilanz. Alain de Benoist im Gespräch mit Benedikt Kaiser«, in *Sezession*, 96, S. 27–31.
- Biebricher, Thomas 2023. *Mitte/Rechts. Die internationale Krise des Konservatismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Borg, Stefan 2024. »In search of the common good: The postliberal project Left and Right«, in *European Journal of Social Theory*, 27, 1, S. 3–21.
- Breuer, Stefan 1993: *Anatomie der Konservativen Revolution*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Burke, Edmund 1967 [1790]. *Betrachtungen über die Revolution in Frankreich*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Burke, Edmund 2019. *Tradition – Verfassung – Repräsentation. Kleine politische Schriften*, hrsg. v. Asbach, Olaf; Jörke, Dirk. Berlin/Boston: De Gruyter.

- Deneen, Patrick J. 2019a. *Warum der Liberalismus gescheitert ist*. Salzburg/Wien: müry salzmann.
- Deneen, Patrick J. 2019b. *Aristopopulism: A Political Proposal for America*, First Things Lecture 2019, [https://www.youtube.com/watch?v=o\\_ozFy\\_dNLc&t=3447s](https://www.youtube.com/watch?v=o_ozFy_dNLc&t=3447s) (Zugriff vom 24.03.2025).
- Deneen, Patrick J. 2020. »Community of Communities«, in *The Point*, 22, 12.06.2020, <https://thepointmag.com/politics/community-of-communities/#> (Zugriff vom 19.03.2025).
- Deneen, Patrick J. 2021a: »A Good that is Common«, in *Postliberal Order*, 08.11.2021, <https://www.postliberalorder.com/p/a-good-that-is-common> (Zugriff vom 24.03.2025).
- Deneen, Patrick J. 2021b. *America's Pre-Liberal Past and Post-Liberal Future*, <https://www.youtube.com/watch?v=IWtrd5vCMm0> (Zugriff vom 24.03.2025).
- Deneen, Patrick J. 2023. *Regime Change. Toward a Postliberal Future*. New York: Sentinel.
- Deneen, Patrick J. 2025. »Why DOGE and MAGA Aren't Matter and Antimatter«, in *Postliberal Order* (Briefing Room), 24.03.2025, [https://www.postliberalorder.com/p/why-doge-and-maga-arent-matter-and?utm\\_source=post-email-title&publication\\_id=557283&post\\_id=159676100&utm\\_campaign=email-post-title&isFreemail=true&r=5d3vre&triedRedirect=true&utm\\_medium=email](https://www.postliberalorder.com/p/why-doge-and-maga-arent-matter-and?utm_source=post-email-title&publication_id=557283&post_id=159676100&utm_campaign=email-post-title&isFreemail=true&r=5d3vre&triedRedirect=true&utm_medium=email) (Zugriff vom 28.03.2025).
- Dreisbach, Sofia 2025. »Sehnsucht nach dem amerikanischen Cäsar«, in *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23.02.2025, S. 6.
- Engels, David 2020. *Was tun?*. Bad Schmiedeberg: Renovamen.
- Hazony, Yoram 2018. *The Virtue of Nationalism*. New York: Basic Liberty.
- Hazony, Yoram 2022. *Conservatism. A Rediscovery*. Washington: Regnery Gateway.
- Kaiser, Benedikt 2017a. »Querfrontpotential? Populismus bei Mouffe und Laclau«, in *Sezession*, 79, S. 26–30.
- Kaiser, Benedikt 2017b. »Mosaik-Rechte und Jugendbewegung«, in *Sezession*, 77, S. 46–47.
- Kaiser, Benedikt 2019. »Mosaik-Rechte: eine Aktualisierung«, in *Sezession*, 93, S. 34–37.
- Kaiser, Benedikt 2025. »Vance und Deneen – Trumps 2. Reihe«, in *Sezession* (online), 14.02.2025, <https://sezession.de/70013/vance-und-deneen-trumps-2-reihe> (Zugriff vom 25.03.2025).
- Legutko, Ryszard 2017. *Der Dämon der Demokratie. Totalitäre Strömungen in liberalen Gesellschaften*. Wien: Karolinger.
- Legutko, Ryszard 2018. »Can Democracy Save Us?«, in *American Affairs* (online), 20.02.2018, <https://americanaffairsjournal.org/2018/02/can-democracy-save-us/> (Zugriff vom 17.03.2025).
- Lehnert, Erik 2015. »Metapolitik und Aufklärung«, in *Sezession*, 67, S. 18–21.
- Linden, Markus 2021. »Apologeten der Diktatur Die Liberalismus- und Demokratiekritik des neuen europäischen Nationalkonservatismus am Beispiel von Ryszard Legutko und David Engels«, in *Zeitschrift für Politik*, 68, 1, S. 26–47.
- Linden, Markus 2022. »Rattenfängerromantik – Zu einer Strategie der Neuen Rechten«, in *Athenäum Jahrbuch der Friedrich Schlegel Gesellschaft*, Sonderband *Romantisierung der Politik Historische Konstellationen und Gegenwartsanalysen*, hrsg. v. Kerschbamer, Sandra; Löwe, Matthias, S. 179–210. Paderborn: Brill/Schöningh.
- Linden, Markus 2024. »Der Aufstieg der Mosaik Rechten – Negative Öffentlichkeit und die prekäre Zukunft der Demokratie«, in *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 69, 6, S. 69–80.
- Linden, Markus 2025. Populismus? Einfach unwiderstehlich, in *ZEIT* (online), 08.08.2025, <https://www.zeit.de/kultur/2025-08/konservatismus-union-rechtspopulismus-gefahr-einfuss-nius> (Zugriff vom 15.08.2025).
- Lowry, Rich 2019. *The Case for Nationalism. How it made us powerful, united, and free*. New York: Broadside Books.
- Michéa, Jean Claude 2017 [2007]. *Das Reich des kleineren Übels. Über die liberale Gesellschaft*. Berlin: Matthes & Seitz.
- Mohler, Armin 1950. *Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–1932. Grundriss ihrer Weltanschauungen*. Stuttgart: Vorwerk.
- Mohler, Armin 1989 [1950]. *Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–1932. Ein Handbuch*, 3. Auflage. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

- Mohler, Armin 1990. *Liberalenbeschimpfung*. Essen: Heitz & Höffkes.
- Mudde, Cas 2004. »The Populist Zeitgeist«, in *Government and Opposition*, 39, 4, S. 541–563.
- Orbán, Balázs 2021. *The Hungarian Way of Strategy*. Budapest: MCC Press.
- Posner, Eric A.; Vermeule, Adrian 2014 [2011]. *Die entfesselte Exekutive. Die Krise des liberalen Legalismus*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Precht, Richard David; Deneen, Patrick J. 2024. USA: *Liberalismus gescheitert? Richard David Precht im Gespräch mit Patrick Deneen*, Videoupload v. 23.09.2024, <https://www.youtube.com/watch?v=V4N-LZULg4o> (Zugriff vom 24.03.2025).
- Puppinck, Grégor 2021. *Der denaturierte Mensch und seine Rechte*. Heiligenkreuz: Be&Be.
- Reno, R.R. 2019. *Return of the Strong Gods. Nationalism, Populism and the Future of the West*. Washington: Regnery Gateway.
- Robin, Corey 2018. *The Reactionary Mind. Conservatism from Edmund Burke to Donald Trump*, 2. Auflage. New York: Oxford University Press.
- Schmitt, Carl 1922/23. »Zur Staatsphilosophie der Gegenrevolution. (de Maistre, Bonald, Donoso Cortes)«, in *Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie*, 16, 1, S. 121–131.
- Scholtysek, Moritz 2023. »Common good conservatism«, in *Sezession*, 113, S. 52–53.
- Scruton, Roger 2019 [2014]. *Von der Idee, konservativ zu sein*. München: FBV.
- Tocqueville, Alexis de 1976 [1835/1840]. *Über die Demokratie in Amerika*. Beide Teile in einem Band. München: DTV.
- Tocqueville, Alexis de 1867 [1856]. *Der alte Staat und die Revolution*. Leipzig: Verlag von Otto Wigand.
- Vance, J.D. 2021. *The Universities are the Enemy*, <https://www.youtube.com/watch?v=0FR65Cifnhw> (Zugriff vom 15.08.2025).
- Vermeule, Adrian 2018. »Integration from within«, in *American Affairs* (online), 20.02.2018, <https://americanaffairsjournal.org/2018/02/integration-from-within/> (Zugriff vom 28.03.2025).
- Vermeule, Adrian 2020. »Beyond Originalism«, in *The Atlantic* (online), 31.3.2020, <https://www.theatlantic.com/ideas/archive/2020/03/common-good-constitutionalism/609037/> (Zugriff vom 24.03.2025).
- Vermeule, Adrian 2022. *Common Good Constitutionalism. Recovering the Classical Legal Tradition*. Cambridge/Medford: Polity Press.
- Wegner, Nils 2024. *Neoreaktion und Dunkle Aufklärung*. Dresden: Jungeuropa.
- Weiß, Volker 2017. *Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes*. Stuttgart, Klett-Cotta.
- Weißmann, Karlheinz 2013. »Politik und Metapolitik«, in *Sezession*, 57, S. 38–41.
- Weißmann, Karlheinz 2021. »Der politische Raum wird neu geordnet – Aufstieg der AfD (Nachkriegsrechte 8)«, in *Junge Freiheit* (online), 06.04.2021, <https://jungefreiheit.de/wissen/geschichte/2021/der-politische-raum-wird-neu-geordnet/> (Zugriff vom 25.03.2025).
- Weißmann, Karlheinz 2025. »Der Fall Brosius-Gersdorf und warum Aristopopulismus wirkt«, in *Junge Freiheit* (online), 10.08.2025, <https://jungefreiheit.de/debatte/kommendar/2025/warum-aristopopulismus-wirkt/> (Zugriff vom 15.08.2025).

**Zusammenfassung:** Der Beitrag fragt nach den Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen der Neuen Rechten und dem Neuen Konservatismus, wobei im Hauptteil vor allem das Werk von Patrick J. Deneen thematisiert wird. Aus ideengeschichtlicher Perspektive werden zunächst Edmund Burke und Alexis de Tocqueville als Beispiele für klassisches konservatives Denken herangezogen. Anschließend wird das Programm der Neuen Rechten dargestellt. Im Zentrum der Betrachtung steht dabei Alain de Benoist. Das Denken von Patrick J. Deneen, welches im Anschluss analysiert wird, hat sich im Zeitverlauf radikalisiert. Deneens Ausführungen zum »Aristopopulismus« sind sogar als eine Art Kopie von de Benoist anzusehen. Zwischen der Neuen Rechten und dem Neuen Konservatismus überwiegt mithin die Konvergenz. Deshalb ist die positive Rezeption des Werkes von Deneen durch deutsche Rechtsradikale und Rechtsextremisten folgerichtig. Die aufgezeigte Entwicklung steht paradigmatisch für den demokratiegefährdenden Niedergang des demokratiekompatiblen Konservatismus. Stattdessen dominiert ein explizit revolutionäres Paradigma.

**Schlagworte:** Konservatismus, Neue Rechte, Demokratie, Revolution

## New Conservatism and the New Right – Convergence or Divergence?

**Summary:** The article discusses the similarities and differences between the New Right and New Conservatism, focusing primarily on the work of Patrick J. Deneen in the main section. From a history of ideas perspective, Edmund Burke and Alexis de Tocqueville are first examined as examples of classical conservative thinking. Then the program of the New Right is presented. The focus is on Alain de Benoist. Patrick J. Deneen's thinking, which is analyzed subsequently, has become more radical over time. Deneen's remarks on «Aristopopulism» can even be seen as a kind of copy of de Benoist. Convergence between the New Right and New Conservatism therefore prevails. It is logical, then, that Deneen's work has been positively received by German right-wing radicals and right-wing extremists. The development outlined here is a paradigmatic example of the decline of moderate conservatism. Instead, an explicitly revolutionary paradigm dominates. This development is a massive threat to democracy.

**Keywords:** Conservatism, New Right, Democracy, Revolution

### Autor

Prof. Dr. habil. Markus Linden  
Politikwissenschaft  
Universität Trier  
54296 Trier  
lindenm@uni-trier.de



© Markus Linden

Fabio Wolkenstein

## Was ist konservativ an der Christdemokratie?

Christdemokratische Parteien gelten gemeinhin als konservativ. Sie präsentieren sich gerne als staatstragend, integrativ und als Garanten für Stabilität und Kontinuität. Die Gesellschaft wollen sie nicht radikal umgestalten, Bewährtes nicht in Frage stellen. Kein »neuer Mensch« und keine Utopie sollen geschaffen, sondern die bestehende Ordnung harmonisch verwaltet werden. »Keine Experimente« lautete ein inzwischen legendärer Slogan der Adenauer-CDU, der sich vor allem gegen die SPD und deren damaligen Vorschlag richtete, Deutschland solle aus der NATO austreten. Diese verantwortungsbewusste Rigidität, das sichere Kurshalten, dafür wurde die Christdemokratie jahrzehntelang gewählt. Nicht zufällig fiel ihre Blütezeit in die Nachkriegsjahrzehnte. Viele Europäer hatten damals »die Nase voll von aufpeitschender Rhetorik, Mobilisierungsappellen, utopischen Heilsversprechen. Sie wollten Ruhe, Sicherheit, ein erträgliches Auskommen, wollten politisch entpflichtet, entlastet werden.«<sup>1</sup> Als Adenauer 1957 mit »Keine Experimente« in den Wahlkampf zog, erzielte die CDU sogar das beste Wahlergebnis ihrer Geschichte.

Und doch greift dieses bekannte Bild der Christdemokratie zu kurz. Erstens geht die Charakterisierung der christdemokratischen Parteien als konservativ zumindest teilweise an der Selbstbeschreibung der Parteien vorbei. Die Selbstbeschreibungen politischer Akteure sind gewiss stets kritisch zu hinterfragen; dennoch ist es nicht unerheblich, dass sich viele christdemokratische Parteien eben bewusst als *christdemokratische* Parteien oder *Volksparteien* und nicht als *konservative* Parteien konstituiert hatten. Damit wollten die Parteien sich von früheren konservativen Traditionen abgrenzen, die als problematisch galten oder gänzlich diskreditiert waren. Zugleich sollte jedoch signalisiert werden, dass es der Christdemokratie um den Aufbau einer besseren Gesellschaft ging – ein Versprechen, das gerade in der Nachkriegszeit eine erhebliche Mobilisierungskraft besaß. Ein Jahr nachdem die CDU mit dem Slogan »Keine Experimente« in den Wahlkampf gezogen war, legte die italienische Democrazia Cristiana ein Wahlprogramm mit dem Titel »progresso senza avventure« vor. Selbst der aufgeladene Fortschrittsbegriff war den Christdemokraten also nicht fremd. Franz Josef

1 Walter 2009, S. 36.

Strauß behauptete sogar, konservativ zu sein bedeute, »an der Spitze des Fortschritts zu marschieren.«<sup>2</sup>

Zweitens muss man jenseits aller Selbstbeschreibungen anerkennen, dass christdemokratische Parteien in der Vergangenheit nicht immer nur klassisch konservative Politik gemacht haben. Dazu bedarf es zunächst keiner vertieften begrifflichen Diskussion über das Wesen des Konservatismus. Es ist eine historische Tatsache, dass viele christdemokratische Parteien ursprünglich einen starken Arbeitnehmerflügel hatten und sich für einen leistungsfähigen Sozialstaat und mehr betriebliche Mitbestimmung eingesetzt haben.<sup>3</sup> Dass Marktwirtschaft *sozial* sein muss, war für Christdemokraten lange eine Selbstverständlichkeit. Als geradezu revolutionär könnte man außerdem das europäische Einigungsprojekt bezeichnen, das bekanntlich eine deutliche christdemokratische Handschrift trägt.<sup>4</sup> Wie immer man heute zur EU stehen mag: Die Befriedung des Kontinents durch diese historisch einmaligen supranationalen Institutionen ist ein Unterfangen, das mit dem Adjektiv »konservativ« nur unzureichend beschrieben werden kann.

Diese beiden Einwände gegen ein verkürztes Bild der Christdemokratie sollen in diesem Aufsatz zum Anlass genommen werden, das Verhältnis von Christdemokratie und Konservatismus näher zu beleuchten. Es gibt aber noch einen weiteren Grund, diesem Verhältnis historisch und ideengeschichtlich nachzuspüren: Seit mehr als einem Jahrzehnt reklamieren einige emphatisch konservative und antiliberale Akteure für sich, die geistig-politischen Erben der westeuropäischen Christdemokraten zu sein. Allen voran stilisiert sich der ungarische Premierminister und stolze »illiberale Demokrat« Viktor Orbán regelmäßig als Vorkämpfer einer »christdemokratischen Renaissance«, die den kulturzersetzenden Liberalismus überwinden soll.<sup>5</sup> Dabei erhält Orbán auch viel Zuspruch von der neuen christlichen Rechten in den USA. Einer ihrer prominentesten Intellektuellen, der katholische Politikwissenschaftler Patrick Deneen, bezieht sich in seiner Vision eines »postliberalen« Amerikas affirmativ auf die europäische Christdemokratie der 1950er Jahre. Ganz im Einklang mit christdemokratischen Selbstbeschreibungen bezeichnet Deneen die Nachkriegs-Christdemokratie als »das notwendige Korrektiv zu den grausamen linken und rechten Ideologien, die damals die Welt beherrschten«.<sup>6</sup> In Orbán und seinem Regime sieht Deneen ein Vorbild für die USA.

2 ACSP, Parteitagsprotokolle, 19681214, Parteitag der CSU, 14. Dezember 1968, S. 32.

3 Vgl. van Kersbergen 1995, Patch 2018.

4 Das Standardwerk hierzu ist Kaiser 2007. Die »revolutionäre« Natur der Frühphase der europäischen Integration bespreche ich konzeptionell in Wolkenstein 2020.

5 Vgl. etwa Cabinet Office of the Hungarian Prime Minister 2018. Orbáns Versuche, sich als Christdemokrat zu präsentieren, werden ausführlich diskutiert in Wolkenstein 2022.

6 Vgl. Deneen 2023, S. 183.

Wie passt das alles zusammen? Was genau ist das Konservative an der Christdemokratie? Ist die Christdemokratie *überhaupt* konservativ? Um diese Fragen systematisch zu beantworten, sind zunächst einige Vorbemerkungen zur Natur und Analyse politischer Ideologien sowie eine kurze Einordnung der Ideologietraditionen des Konservatismus und der Christdemokratie erforderlich (Abschnitt 1). Im weiteren Verlauf des Beitrags wird die These entwickelt, dass es zwei primäre Wurzeln des Konservatismus in der Christdemokratie gibt. Erstens beeinflussten von Anfang an dezidiert konservative Interpretationen katholischer Lehren die Programmatik christdemokratischer Parteien (Abschnitt 2). Zweitens wurden insbesondere in interkonfessionellen christdemokratischen Parteien wie den deutschen Unionsparteien konservative Ideologien absorbiert, die keine im engeren Sinne christdemokratischen Wurzeln hatten (Abschnitt 3). In meiner Diskussion orientiere ich mich hauptsächlich an Beispielen aus der deutschen und österreichischen Christdemokratie, beziehe mich aber auch auf bedeutende Parteien und Bewegungen aus anderen europäischen Ländern.

Abschließend soll kurz über Gegenwart und Zukunft des Konservatismus in der Christdemokratie nachgedacht werden (Abschnitt 4). Ob eine Schärfung ihres konservativen Profils der Christdemokratie angesichts des allenthalben erstarkenden »Rechtspopulismus« elektoral nützen würde, wird seit Jahren in vielen christdemokratischen Parteien kontrovers diskutiert. Auf welche ideologischen Ressourcen könnte die Christdemokratie dabei zurückgreifen? Wann würde sie sich mit einer konservativen Wende von ihren Wurzeln entfernen? All diese Fragen lassen sich natürlich nur beantworten, wenn man sich darüber im Klaren ist, was diese Wurzeln eigentlich sind. Dies zu erhellen, ist das Ziel des vorliegenden Beitrags.

## 1. Was ist Konservatismus? Und was Christdemokratie?

Sowohl der Konservatismus als auch die Christdemokratie werden oft pauschal als »Anti-Ideologien« ohne eigenständige Inhalte bezeichnet.<sup>7</sup> Das ist wohlgemerkt nicht bloß die Polemik politischer Gegner: Konservative unterschiedlichster Prägung berufen sich selbst gerne auf den »Vorsatz, nur so viel an Ideologie zuzulassen, wie unbedingt nötig ist«.<sup>8</sup> Ähnlich die Christdemokraten. Um nur ein Beispiel zu nennen: Der 1962 eingesetzte geschäftsführende CDU-Vorsitzende Josef Hermann Dufhues bezeichnete Parteiprogrammatik abwertend als »ein säkularisiertes und taktisch verbrämtes Glaubensbekenntnis, das die benötigen, die ... die Wirklichkeit

7 O’Sullivan 2013, S. 293. Vgl. Kalyvas; van Kersbergen 2010, S. 186.

8 Klett 1971, S. 849.

mit dem Feigenblatt eines Programms zudecken müssen.«<sup>9</sup> Dass es nichts ideologischeres gibt, als zu bestreiten, selbst von ideologischen Überzeugungen angetrieben zu sein, muss man an dieser Stelle kaum hinzufügen. Abgesehen davon sind weder der Konservatismus noch die Christdemokratie »Anti-Ideologien«, sondern komplexe und durchaus reichhaltige Ideentraditionen.

Zunächst sind einige Vorbemerkungen zur Natur und Analyse politischer Ideologien erforderlich. In diesem Beitrag werden politische Ideologien als »spezifische Kombinationen politischer Konzepte« verstanden, die als Orientierungspunkt für politisches Handeln dienen.<sup>10</sup> Ideologien sind allgegenwärtig: Sie beeinflussen, wie Bürger, Politiker, Aktivisten oder Intellektuelle sich äußern und handeln. Vorrangig werden sie von politischen Akteuren im Wettstreit um die Kontrolle der öffentlichen politischen Sprache, also um die Deutungshoheit über gesellschaftliche und politische Themen, eingesetzt. Bei der Analyse politischer Ideologien stehen diese »öffentlichen« Aspekte ideologischer Argumentation besonders im Fokus; das Erkenntnisinteresse gilt der situativen Deutung bestimmter Begriffe, die immer auch anders verstanden werden können, durch politische Akteure (z.B. ob es bei Entscheidungen über Aufrüstung um mehr *Freiheit* oder *Sicherheit* geht und was dabei unter Freiheit und Sicherheit zu verstehen ist).

Ein wichtiges Merkmal politischer Ideologien ist, dass sich diese nicht immer klar voneinander abgrenzen lassen. Michael Freeden zufolge muss die Idee klar identifizierbarer Grenzen zwischen politischen Ideologien nicht zuletzt deshalb infrage gestellt werden, weil

»die konzeptuellen Permutationen und die daraus resultierende Fluidität ideologischer Positionen eher auf ein *Kontinuum zwischen benachbarten Ideologien* als auf eine scharfe Abgrenzung hindeuten und in einigen Fällen sogar auf eine scheinbar zufällige Verteilung von Konzepten über ein Spektrum von Ideologien, wie in einem Streudiagramm. Ideologien enthalten nicht unbedingt sich gegenseitig ausschließende Komponenten; was eine Ideologie von einer anderen unterscheidet, ist die relative Position und Bedeutung, die den gemeinsamen Komponenten zugewiesen wird. Einige prominente Spielarten des Liberalismus und Sozialismus haben gemeinsame Komponenten (Fortschritt und Wohlstand), ebenso wie Liberalismus und Konservatismus (Privateigentum und Konstitutionalismus) oder, wenn man so will, Konservatismus, Sozialismus und Nationalismus (die relative Vorrangstellung der Gruppe gegenüber dem individuellen Willen).«<sup>11</sup>

9 Zit. nach Bösch 2002, S. 27.

10 Freeden 2013, S. 116. Vgl. auch Freeden 1996.

11 Freeden 2013, S. 128–129, meine Hervorhebung.

Aus diesem Grund lassen sich die großen Traditionen politischer Ideologien – Liberalismus, Sozialismus, Konservatismus und so weiter – nicht anhand eines einzelnen inhaltlichen »Kerns« voneinander unterscheiden. Um die verschiedenen historischen und nationalen Varianten einer Ideologie sinnvoll auf einen gemeinsamen Nenner bringen zu können, müssen wir ihre Gemeinsamkeiten vielmehr als »Familienähnlichkeiten« im Sinne Ludwig Wittgensteins verstehen.<sup>12</sup> Verschiedene historische und nationale Ideologien können demnach einer größeren Ideologietradition zugeordnet werden, selbst wenn sie keine gemeinsamen substanzuellen Merkmale aufweisen. Ausschlaggebend sind lediglich relevante Übereinstimmungen. Wittgenstein veranschaulicht diesen Gedanken mit dem Argument, dass es keine besondere Eigenart all jener Dinge beziehungsweise Praktiken gibt, die gewöhnlich mit dem Begriff des »Spiels« bezeichnet werden.<sup>13</sup> Brettspiele, Kartenspiele und Ballspiele haben keine gemeinsamen Merkmale, die gleichsam zur »Essenz« eines Spiels zählen. Dennoch gibt es Übereinstimmungen zwischen ihnen, die es plausibel machen, von »Spielen« zu sprechen. Das Gleiche gilt für politische Ideologien.

Wittgensteins Konzept der »Familienähnlichkeiten« ist besonders hilfreich, um das breite Spektrum des konservativen Denkens analytisch zu erfassen – womit wir bei der ersten Ideologietradition angelangt sind, mit der wir uns in diesem Beitrag beschäftigen werden. Der Konservatismus ist nämlich eine überaus heterogene Ideologietradition, die unterschiedlichste, miteinander teilweise kaum vereinbare politische Ideen vereint.<sup>14</sup> So gibt es beispielsweise erhebliche Unterschiede zwischen einem reaktionären Konservatismus, der die Rückkehr zu einer vormodernen Ordnung propagiert, und einem gemäßigten Konservatismus, der radikale oder revolutionäre Veränderungen unter Verweis auf die mangelnde Formbarkeit der menschlichen Natur ablehnt, aber nicht grundsätzlich gegen Veränderung ist. Um das Phänomen des Konservatismus erfassen zu können, müssen wir daher von »Familienähnlichkeiten« ausgehen: Die verschiedenen Ausprägungen des konservativen politischen Denkens haben keinen singulären substanzuellen Kern gemeinsam, weisen aber relevante Übereinstimmungen auf.

Unter dem Überbegriff des Konservatismus lassen sich genauer vier verschiedene ideologische Strömungen identifizieren.<sup>15</sup> Zunächst wäre da der (1) *moderate Konservatismus*, dessen paradigmatischer Vertreter der engli-

12 Wittgenstein 1984, S. 278f.

13 Ebd.

14 Müller 2006; vgl. auch Fawcett 2020.

15 Ich folge hier weitgehend O'Sullivan 2013.

sche Staatsmann und Philosoph Edmund Burke ist.<sup>16</sup> Der moderate Konservatismus lehnt Veränderung nicht grundsätzlich ab, betrachtet radikale und revolutionäre Veränderungen jedoch als problematisch. Er betont die Bedeutung kontrollierten, verlangsamten Wandels unter Berücksichtigung nationaler Traditionen (Roger Scruton verweist in diesem Zusammenhang gerne auf das Motto seines Helden Lord Salisbury: »*delay is life*«)<sup>17</sup>, beispielsweise im Hinblick auf Recht und politische Institutionen. Zudem betrachtet er den Menschen nicht (wie manche liberale Ideologien) als losgelöstes Individuum, sondern als Teil von organisch gewachsenen Gemeinschaften.

Der moderate Konservatismus wird von Kritikern oft als konturlos und beliebig gescholten.<sup>18</sup> Und gewiss, manchmal sieht er tatsächlich bloß wie pragmatischer Opportunismus aus. Die nächsten beiden Formen des Konservatismus, der reaktionäre und der radikale Konservatismus, sind für diese Kritik hingegen nicht anfällig. Der (2) *reaktionäre Konservatismus* entstand im Nachgang der Französischen Revolution als antirevolutionäre Gegenbewegung, die die alte hierarchisch-monarchistische Ordnung wiederherstellen wollte. Einer seiner wichtigsten intellektuellen Vertreter war der savoyische Diplomat und Gelehrte Joseph de Maistre. Im 19. Jahrhundert wurden reaktionär-konservative Positionen prominent von antimodernen Päpsten wie Pius IX. und den sogenannten »ultramontanen« Katholiken vertreten. Der reaktionäre Konservatismus ist daher auch mit der Vorgeschichte der Christdemokratie verwoben. So gab es in den katholischen Parteien, die im 19. Jahrhundert in einigen europäischen Ländern entstanden, ultramontane Lager. Dies trifft auch auf die deutsche Zentrumspartei zu, aus deren Milieu sich später große Teile der CDU rekrutierten.<sup>19</sup>

Der (3) *radikale Konservatismus*, die dritte Spielart des Konservatismus, entstand in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und muss als eine die Moderne letztlich affirmierende Strömung bewertet werden. Der radikale Konservatismus versucht nämlich, den modernen Staat, den der reaktionäre Konservatismus vehement abgelehnt hat, in antiliberaler und autoritärer Absicht umzubauen. Dabei sollte man sich auch der Massenmobilisierung bedienen, die vielen Konservativen ursprünglich zuwider war. Der wohl bedeutendste Denker des radikalen Konservatismus war Carl Schmitt, dessen Einfluss weit über Deutschland hinausreichte. Unter den Parteien und

16 Dass Burke sich selbst nicht als Konservativer, sondern als Whig bezeichnete und sein Ruhm als »Säulenheiliger« des Konservatismus erst nach seinem Tod entstand, ist bekannt. Vgl. Bourke 2018; Jones 2017.

17 Scruton 2014, S. 29.

18 Diese Kritik kommt nicht nur von politischen Gegnern links der Mitte, vgl. Hayek 2011 [1960].

19 Loth 2018, S. 56–62.

Bewegungen, aus denen später christdemokratische Parteien hervorgingen, griffen einige in der Zwischenkriegszeit auf Strategien zurück, die ohne weiteres dem radikalen Konservatismus zugeordnet werden können. Man denke etwa an die Christlichsoziale Partei Österreichs, aus der nach 1945 die Österreichische Volkspartei (ÖVP) wurde. Sie setzte auf Massenmobilmobilisierung zur Legitimation eines autoritär-korporatistischen, modernen Staatsprojekts.<sup>20</sup>

Die vierte und mit Abstand heterogenste Strömung des konservativen Denkens ist jene, die sich provisorisch als (4) »*Neue Konservatismen*« bezeichnen lässt. In diese Kategorie fallen verschiedene Konservatismen, die sich in der zweiten Hälfte des 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts herausgebildet haben. Dazu zählen einflussreiche und in ihrem Anspruch auf Veränderung durchaus radikale Ideologien wie der Thatcherismus oder die spezifische Kombination aus ökonomischem Liberalismus und sozialem Konservatismus, die in den USA unter dem Überbegriff »Fusionism« bekannt geworden ist und bis heute mit der Präsidentschaft Ronald Reagans assoziiert ist.<sup>21</sup> Als Vordenker dieser Strömungen des Konservatismus gelten gemeinhin Friedrich August von Hayek und Milton Friedman, wobei Hayek selbst stets darauf beharrte, kein Konservativer zu sein.<sup>22</sup> Die neuen Konservatismen traten jedoch auch in ganz anderen Formen in Erscheinung. So entstand etwa in den 1980er Jahren ein neuer, dezidiert antiliberaler Komunitarismus. Dieser wies bei Alasdair MacIntyre erhebliche Schnittmengen mit der Ideologie der Nachkriegs-Christdemokratie auf (MacIntyre war vom für die Christdemokratie Italiens, Frankreichs und Belgiens bedeutenden thomistischen Denker Jacques Maritain beeinflusst, vertrat jedoch im Gegensatz zu Maritain einen antipolitischen Standpunkt).<sup>23</sup> Einige der komunitaristischen Varianten des Neo-Konservatismus der 1980er Jahre erleben derzeit unter dem Label »Postliberalismus« eine kleine Renaissance.<sup>24</sup>

Betrachtet man diese vier heterogenen Ideologieströmungen, wird schnell deutlich, dass es keine singuläre *Essenz* des Konservatismus gibt.<sup>25</sup> Dennoch weisen die vier Strömungen »Familienähnlichkeiten«, also bedeutende Gemeinsamkeiten auf. Hierzu zählt insbesondere die Ablehnung jedweder Versuche, den Menschen und seine Natur zu transformieren. Wie Michael

20 Vgl. Tálos, Manoschek 2005.

21 Zu Thatcherismus und »Fusionism« kritisch Gamble (1988) und Cooper (2017).

22 Hayek 2011 [1960].

23 MacIntyre 1981.

24 Z.B. Deneen 2023.

25 Aus diesem Grund verfehlten Minimaldefinitionen des Konservatismus, die eine *Essenz* aller Konservatismen ausmachen wollen, letztlich ihr Ziel. Solche Definitionen wurden prominent von Huntington 1957, S. 455 und Oakeshott 1962, S. 168 vorgelegt.

Freeden argumentiert, lässt sich diese emphatische Abneigung gegen die Perfektionierung oder anderweitige Veränderung des Menschen bei praktisch allen konservativen Ideologien auf die Prämisse zurückführen, dass soziale und politische Institutionen von »übermenschlichen« Kräften wie Gott, der Geschichte oder der Biologie geformt werden und daher nur in einem begrenzten Rahmen vom Menschen verändert werden können (und *sollen*).<sup>26</sup> Gerade diese Annahme unterscheidet konservative von progressiven Ideologien, die in höherem Maße die Veränderung menschlicher Lebensformen und Institutionen anstreben und in ihren ambitioniertesten (und dabei oft auch autoritärsten) Projekten sogar einen »neuen Menschen« her vorbringen wollten.<sup>27</sup> Es wäre jedoch ein Fehler, diese strukturell ähnlichen Präspositionen als substanziellen Kern des Konservatismus zu betrachten. Denn inhaltlich macht es einen erheblichen Unterschied, ob *Gott*, die *Geschichte* oder die *Biologie* zur zentralen »außermenschlichen« Macht erklärt wird, der sich die Menschen zu fügen haben.

Kommen wir nun zur Christdemokratie. Ähnlich wie beim Konservatismus ist unbestritten, dass es nicht »die *eine* christdemokratische Ideologie oder Bewegung« gibt, sondern eine Vielzahl unterschiedlicher nationaler Traditionen.<sup>28</sup> Aufgrund der gemeinsamen Wurzeln im politischen Katholizismus und in der katholischen Arbeiterbewegung weisen diese Traditionen jedoch viele substanzielle Gemeinsamkeiten auf, die deutlich größer sind als jene der vier bisher diskutierten konservativen Ideologieströmungen. Innerhalb der Christdemokratie gibt es also mehr als bloße »Familienähnlichkeiten«: Wir finden hier zentrale, gemeinsame Begrifflichkeiten und Gedanken zu Mensch, Gesellschaft und Politik. Dabei handelt es sich jedoch um eine Vielfalt von Konzepten und Ideen, denen reduktive Minimaldefinitionen der Christdemokratie, wie sie in der aktuellen Forschung Konjunktur haben, nicht gerecht werden.<sup>29</sup>

Allgemein lässt sich die Christdemokratie als eine kontinentaleuropäische ideologische Strömung des 20. Jahrhunderts beschreiben, die in erster Linie aus dem politischen Katholizismus hervorgegangen ist und sich einer *demo*

26 Freeden 1996, S. 332–335.

27 Wie Scruton (2014, S. 119) schreibt: » Konservatismus hat nicht die Absicht, die menschliche Natur zu korrigieren ... Er versucht zu verstehen, wie Gesellschaften funktionieren, und den Raum zu schaffen, den sie benötigen, um erfolgreich zu funktionieren«.

28 Durand 1995, S. 12.

29 Forlenza und Thomassen (2024a) beschreiben etwa die Christdemokratie als eine Art »politische Spiritualität« und spielen damit auf die intellektuelle Leistung an, die notwendig war, um katholische Lehren demokratiekompatibel zu machen. In ähnlicher Weise argumentiert Invernizzi Accetti (2019, S. 20), dass der Kern der Christdemokratie das Bestreben sei, »das Christentum (und insbesondere den Katholizismus) mit der modernen Demokratie zu versöhnen«. All das ist richtig. Aber wer die Christdemokratie auf *ein* historisches Ziel reduziert, übersieht viele programmatische Besonderheiten.

*kratischen, christlich inspirierten, aber nicht klerikalen Politik der Mitte* verschrieben hat.<sup>30</sup> Als solche möchte die Christdemokratie weder die Gesellschaft noch den Menschen an sich radikal verändern (in den Worten Konrad Adenauers: »Nehmen Sie die Menschen, wie sie sind, andere gibt's nicht«). Kontrollierter Wandel zum Besseren durch Kompromiss und Ausgleich haben für sie eine besondere Bedeutung.<sup>31</sup> Dies macht die Christdemokratie zu einer besonderen Spielart des *moderaten Konservatismus*.

Seine geistigen Wurzeln hat das christdemokratische Ausgleichsdenken in der katholischen Soziallehre, vor allem in den großen Sozialencykliken *Rerum Novarum* (1891) und *Quadragesimo Anno* (1931), sowie in den entsprechenden Debatten im Laienmilieu.<sup>32</sup> Auch die frühe katholische Arbeiterbewegung und die Parteien des politischen Katholizismus schöpften aus diesen Quellen. Sie standen der Demokratie als Staatsform allerdings oft indifferent bis skeptisch gegenüber. Hinsichtlich der Frage der Staatsform sympathisierten sie – wie bereits erwähnt – mit Ideen des *reaktionären* und des *radikalen Konservatismus*.<sup>33</sup> Autoritär-diktatorische Regierungsformen, wie sie etwa in Portugal (1933) und Österreich (1934) etabliert wurden, wurden als eine stabilere Alternative zur liberalen Demokratie gesehen.<sup>34</sup> Die christdemokratischen Parteien der Nachkriegszeit bekannten sich demgegen zu liberal-demokratischen Institutionen wie Parlamenten und individuellen Freiheitsrechten – Positionen, die von der katholischen Kirche offiziell erst mit der Soziallehre Johannes XXIII. und dem Zweiten Vatikanischen Konzil anerkannt wurden.<sup>35</sup>

Wichtige Wegbereiter der Christdemokratie argumentierten zudem, dass aus christlicher Perspektive Demokratie und Sozialreform *systematisch zusammengedacht* werden müssen. Hier sah man sich vor allem in Gegnerschaft zum klassischen Liberalismus, dem sowohl ein gesellschaftszerstörender Individualismus als auch die Verschärfung ökonomischer Ungleichheiten zugeschrieben wurden. Don Luigi Sturzo, ein zentraler Vordenker der italienischen Christdemokratie, beharrte etwa darauf, dass für Christdemokra-

30 Für Durand ist der Aspekt der christlichen »Inspiration« (im Gegensatz zur konfessionellen Politik) das zentrale Merkmal der Christdemokratie. Vgl. Durand 1995, S. 14. Zum politischen Katholizismus vgl. Lönne 1986.

31 Vgl. van Kersbergen 1995; Wolkenstein 2022.

32 Vgl. Chappel 2018, Kap. 4; Dass der Anspruch, Gegensätze in sich einzuschließen und zu überwinden, Teil der DNA des Katholizismus ist, zeigt Schmitt 1923.

33 Maier 2006, S. 303.

34 Conway 1996, S. 42.

35 Daraus ergaben sich in den späten 1940er und 1950er Jahren auch einige Konflikte mit der Kirche, vgl. Pombeni 2013, S. 313f. Einige frühe Beobachter erkannten nicht, dass sich die Christdemokratie im Gegensatz zum politischen Katholizismus von der Kirche abgrenzen *musste*, um eine eigenständige demokratische Kraft zu werden, vgl. Almond 1948, S. 750f.

ten »eine echte Demokratie nur auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit konzipiert werden kann«, da die »wirtschaftliche Ausbeutung bestimmter Klassen oder sozialer Gruppen« mit einer stabilen demokratischen Ordnung unvereinbar sei.<sup>36</sup> Hier zeigt sich ein sozialreformerischer Impuls, der tief in der christdemokratischen Tradition verankert ist und über einen moderaten Konservatismus, der gesellschaftlichen Wandel langsam und ausgleichsorientiert gestalten will, teilweise hinausgeht.

Der Wunsch nach umfassenden gesellschaftlichen Veränderungen im Namen sozialer Gerechtigkeit war insbesondere in der Gründungsphase der christdemokratischen Parteien weit verbreitet. Giuseppe Dossetti, der 1945 zum stellvertretenden Parteisekretär der Democrazia Cristiana gewählt wurde, war tief beeindruckt vom Erdrutschsieg der britischen Labour Party 1945. Er sah die Sozialreformen der Regierung Clement Attlees als Triumph der »substanziellen Demokratie« und hoffte auf eine ähnliche Entwicklung in Italien.<sup>37</sup> In der britischen Besatzungszone in Deutschland verkündete etwa zur gleichen Zeit das Ahlener Programm der CDU, dessen maßgeblicher Autor kein Geringerer als Konrad Adenauer war: »Die CDU überwindet Kapitalismus und Marxismus«. Das Ahlener Programm forderte eine grundlegende »Neuordnung« der Gesellschaft, die das »Wohl unseres Volkes« über das »kapitalistische Gewinn- und Machtstreben« stellen sollte.<sup>38</sup> (Diese offensichtliche Konvergenz christdemokratischer und sozialdemokratischer Forderungen macht abermals deutlich, dass sich politische Ideologien nicht scharf voneinander abgrenzen lassen.)

Während tonangebende Persönlichkeiten der frühen Christdemokratie offen für ambitionierte soziale Reformprogramme eintraten, wollte man jedoch auch weniger kapitalismuskritische bürgerliche Milieus integrieren. Deshalb »fiel die Wirtschaftspolitik der Democrazia Cristiana ... wie die der CDU wesentlich marktorientierter aus, als man dies in den späteren 1940er Jahren hätte erwarten können.«<sup>39</sup> In Deutschland erwies sich das geradezu radikal-reformistische Ahlener Programm schon nach kurzer Zeit als eine bloße »Durchgangsstation«. Die vier Jahre später verabschiedeten Düsseldorfer Leitsätze »wandten sich ... ausdrücklich gegen eine ›Planung und Lenkung von Produktion, Arbeitszeit und Absatz‹ und setzten auf den Markt als Koordinator. ... Eigentum für alle statt Sozialisierung hieß nun die neue Devise.«<sup>40</sup> Auf eine konservative Familienpolitik konnten sich in

36 Sturzo 1947, S. 11.

37 Forlenza, Thomassen 2024b, S. 140.

38 Zonenausschuss der CDU für die britische Zone 1947, S. 15. Zur Bedeutung des Ahlener Programms, siehe Reichel 1976.

39 Müller 2018, S. 283.

40 Bösch 2022, S. 18f.

dieser frühen Phase sowieso alle Lager einigen.<sup>41</sup> Somit behielt die Christdemokratie ihr moderat-konservatives Profil weitgehend bei.

Dieses komplexe Bild wirft die Frage auf, aus welchen Quellen sich nun der *Konservatismus* innerhalb der politischen Ideenwelt der Christdemokratie speist, der trotz des Reformgeistes eines Teils des sozialkatholischen Milieus prägend für ihr Profil war. Die folgenden zwei Abschnitte sollen darüber Aufschluss geben. Zunächst nehme ich die »innerchristdemokratischen«, katholischen Ursprünge des christdemokratischen Konservatismus unter die Lupe (2). Anschließend behandle ich jene Konservatismen, die durch die Integration breiterer sozialer Gruppen in die Christdemokratie »importiert« wurden bzw. keine im engeren Sinne christdemokratischen Wurzeln haben (3).

## 2. Konservative Wesenszüge der christdemokratischen Tradition

In seiner Studie über den europäischen Laienkatholizismus des frühen 20. Jahrhunderts hat James Chappel dargelegt, dass die intellektuellen Debatten der 1920er und 1930er Jahre über die »authentisch katholische Alternative zur Moderne« für das Verständnis der Entwicklung der Christdemokratie von besonderer Bedeutung sind.<sup>42</sup> In diesen Debatten wurde nämlich *einerseits* das moderne und prodemokratische Denken vorbereitet, das maßgeblich für die Entstehung der Christdemokratie sein sollte. *Andererseits* entstand ein neuer konservativer, latent oder sogar offen antidebaktratischer Katholizismus, dessen Anhängerschaft nach Ende des Zweiten Weltkriegs ebenfalls in den christdemokratischen Parteien eine politische Heimat finden sollte.

Die innerkatholischen Debatten der Zwischenkriegsjahre haben vor allem *eine* wichtige Leistung erbracht: Sie haben jenen Katholiken, die antimodernen Weltbildern anhingen, die Akzeptanz des modernen säkularen Staates erleichtert. Die Romantisierung der mittelalterlichen Ständeordnung, die noch in den 1920er Jahren weit verbreitet war (eine Variante des *reaktionären Konservatismus*), wurde allmählich durch einen pragmatisch-neothomistischen Ansatz überwunden. Die Schriften von Papst Leo XIII., dem Verfasser von *Rerum Novarum*, lieferten hierfür entscheidende Impulse. Leo XIII. lehnte zwar die moderne Trennung von Kirche und Staat ab, erklärte aber, dass »wenn der Gesetzgeber sich von ... christlichen Prinzipien inspirieren lässt«, auch der säkulare Staat »der Duldung würdig« sei.<sup>43</sup> Dies war

41 Vgl. Mitchell 2012, S. 109f.

42 Chappel 2018, S. 25.

43 Leo XIII 1892, § 28, meine Hervorhebung.

ein beachtliches Zugeständnis an die Moderne, zu dem sich frühere Päpste nicht durchringen konnten. Gleichzeitig wurde durch das thomistische Fundament der Argumentation die geistige Verbindung zur Vormoderne nicht gekappt. Insofern handelte es sich um eine authentisch katholische politische Philosophie, auf deren Grundlage effektive politische Teilhabe in säkularen Staaten denkbar wurde.

Viele prominente katholische Politiker und Intellektuelle des frühen 20. Jahrhunderts übernahmen diesen pragmatisch-flexiblen Zugang.<sup>44</sup> Zum einen hielten sie an der Überzeugung fest, dass die Legitimität und Autorität jedes Staates von seiner *Gerechtigkeit* im Sinne christlich-naturrechtlicher Prinzipien abhänge (was impliziert, dass auch ein säkularer Staat legitim sein kann). Zum anderen erkannten sie, dass der Zwangsapparat des modernen Staates den Katholiken als »Garant gegen radikale Strömungen« dienen könne, »die jede ... geistige und weltliche Autorität in Frage [stellen] und somit der geistigen Herrschaft der Kirche und der weltlichen Herrschaft des Staates zugleich bedrohlich« werden.<sup>45</sup> Allgemein wurde dem Staat zunehmend eine wichtige Führungsrolle zugeschrieben. Der katholische Rechtsgelehrte Adolf Merkl argumentierte beispielsweise, dass es

»zum Wesen des Menschen [gehört], in staatlicher Gemeinschaft zu leben. Gesellschaft ist dadurch nötig, dass der Mensch allein seine Lebensbedürfnisse nicht beschaffen und seine geistigen Anlagen nicht entfalten kann. Gesellschaft bedingt aber Leitung, Führung, also den Staat.«<sup>46</sup>

Auf Basis dieser Überlegungen bildeten sich in den 1920er- und 1930er-Jahren zwei neue Strömungen des katholischen politischen Denkens heraus. Die *konservative* Strömung, die deutlich größer und einflussreicher war, verknüpfte die neu definierte Rolle des Staates mit der glühenden »Überzeugung, dass die Gesellschaft nicht vom rechten Weg abkommen könne, sofern die Familie unter religiöser Kontrolle verbleibe.«<sup>47</sup> Ihre Vertreter forderten einen starken Staat sowie gezielte sozialstaatliche Förderungen für Familien. Außerdem sollte der Status der Kirche als oberste moralische und erzieherische Instanz vom Staat gesichert werden. Um das Jahr 1930 wurden diese Anliegen in katholischen Milieus besonders intensiv diskutiert. So stand etwa der Deutsche Katholikentag 1929 unter dem Motto der »Rettung der christlichen Familie« und im Jahr 1930 veröffentlichte Papst Pius XI. die Enzyklika *Casti Connubii*, die ausschließlich der christlichen Familie gewidmet war.<sup>48</sup>

44 Vgl. etwa das Denken des österreichischen Prälaten Ignaz Seipel. Boyer 2010, S. 414f., 422.

45 Merkl 1937, S. 5.

46 Ebd., S. 7. Zur Genese dieses Denkens vgl. Rommen 1945.

47 Chappel 2018, S. 14.

48 Pius XI 1930.

Das für diese neue, moderne und konservative Variante des katholischen politischen Denkens zentrale patriarchal-traditionalistische Modell der Familie versteht die Natur der Familie als durch den »außermenschlichen« Willen Gottes bestimmt – ein Denkmuster, das, wie oben erwähnt, den meisten konservativen Ideologien zugrunde liegt. Die entsprechenden Argumente finden sich kondensiert in *Casti Connubii*. Dort heißt es etwa:

»Das Wesen der Ehe ist völlig unabhängig vom freien Willen des Menschen, sodass, wer einmal die Ehe geschlossen hat, damit ihren von Gott geschaffenen Gesetzen und ihren Wesensmerkmalen unterworfen ist. ... Von Gott stammt die Institution der Ehe selbst, die Ziele, für die sie eingesetzt ist, die Gesetze, die sie regeln, die Segnungen, die aus ihr hervorgehen.«<sup>49</sup>

»Als ›Ordnung der Liebe‹ ... umfasst [die Ehe] sowohl die Vorrangstellung des Mannes gegenüber seiner Frau und seinen Kindern als auch die Unterordnung der Frau unter den Mann und ihren Gehorsam ihm gegenüber. ... [Diese] Struktur der Familie und ihr grundlegendes Gesetz, das von Gott festgelegt und bestätigt wurde, müssen immer und überall unversehrt erhalten bleiben.«<sup>50</sup>

In der politisch aufgeheizten Zwischenkriegszeit war diese Position üblicherweise mit erheblicher Demokratieskepsis verbunden. Die Vertreter dieses neuen konservativen Katholizismus nahmen insbesondere in Fragen der Staatsform Anleihen vom *radikalen Konservatismus* der Zwischenkriegszeit, der einen modernen, aber autoritären und antiliberalen Staat forderte. In der Praxis hatten sie oft mehr für korporatistische Diktaturen wie jene von Dollfuß oder Salazar übrig als für Parlamentarismus und Demokratie.<sup>51</sup> Das lag nicht zuletzt daran, dass sie im atheistischen und antiklerikalen Sozialismus und Kommunismus die größte Bedrohung für das traditionelle Familienmodell sahen, das den Kern ihres Weltbildes ausmachte, und die parlamentarische Demokratie mit allgemeinem Wahlrecht sozialistischen und kommunistischen Parteien erhebliche politische Macht verlieh. Selbst der spätere Christdemokrat und europäische »Gründervater« Alcide de Gasperi unterstützte das Verbot der Sozialdemokratischen Partei Österreichs durch das Dollfuß-Regime im Februar 1934. Für de Gasperi waren die atheistischen Sozialdemokraten eine ordnungszerstörende Kraft, die »ihre politische Macht nutzt, um die Familie zu zerstören«.<sup>52</sup> Der starke, moderne Staat, den die konservativen Katholiken erst kurz zuvor für sich entdeckt hatten, sollte also gezielt zur Unterdrückung politischer Gegner eingesetzt werden – sofern diese die als gottgegeben betrachtete Ordnung infrage stellten.

49 Ebd., § 6 und § 9.

50 Ebd., § 26 und § 28.

51 Vgl. Conway 1996, S. 42.

52 Zit. n. Ginsborg 1990, S. 49.

Bereits in der Zwischenkriegszeit beschritt eine Minderheit unter den Katholiken einen alternativen Weg. Auch sie betrachteten die Familie als zentrale Einheit jeder funktionierenden Gesellschaft. Allerdings legten sie weniger Wert auf das patriarchale Prinzip der väterlichen Autorität, wie es unter anderem in *Casti Connubii* entwickelt wird, als auf das Prinzip der »brüderlichen« Solidarität. Gemäß ihrer Auffassung war die Ehe nicht in erster Linie von Gehorsam, sondern von Liebe und Zusammenhalt geprägt. Die Geburt von Kindern wurde als natürliches Ziel der Ehe betrachtet, jedoch nicht als ihr einziger Zweck.<sup>53</sup> Aus dieser Denkströmung entwickelte sich allmählich eine im Vergleich *progressivere* Strömung des modernen Katholizismus, die solidarisches zivilgesellschaftliches Engagement höher priorisierte als staatliche Führung, Ordnung und Autorität. Ihre Vertreter lehnten den Kommunismus ebenfalls entschieden ab, hoben jedoch auch bedeutende Gemeinsamkeiten mit sozialistischen und kommunistischen Ideologien hervor – insbesondere in Fragen sozialer Gerechtigkeit. Jacques Maritain, der vielleicht einflussreichste Denker dieser zweiten Spielart des Zwischenkriegs-Katholizismus, erklärte etwa in seinem Buch *Humanisme Integral* (1936), dass der Kommunismus trotz seiner fehlerhaften materialistischen Metaphysik eine wichtige Botschaft der Brüderlichkeit in sich trage.<sup>54</sup> (Dies ist abermals ein Indiz dafür, dass sich Ideologien nicht immer trennscharf voneinander abgrenzen lassen.)

In intellektuellen Kreisen stieß diese zweite, »progressive« Denkströmung auf große Resonanz. In Italien waren es Persönlichkeiten wie Giuseppe Dossetti, Giorgio La Pira, Amintore Fanfani, und Aldo Moro, die sich – wesentlich beeinflusst von den Ideen Maritains – zu einer egalitär-solidarischen Interpretation katholischer Lehren bekannten. Die jungen, reformorientierten Katholiken um Dossetti übten großen Einfluss auf den italienischen Verfassungsprozess und auf die ersten Programme der Democrazia Cristiana aus. In Frankreich beschrieb der christdemokratische Politiker Georges Bidault die Position des *Mouvement Républicain Populaire* zeitgleich als »in der Mitte stehen und mit der Unterstützung rechter Wähler linke Politik machen«.<sup>55</sup> Nur in Deutschland und Österreich war der Einfluss der »progressiven« katholischen Intellektuellen nach 1945 relativ gering. Die Vertreter eines programmatischen »Linkskatholizismus« übten in den ersten Jah-

53 Chappel 2018, S. 15.

54 Dieses Argument findet sich auch in Maritains einflussreichem Plädoyer für eine christliche Demokratie aus dem Jahr 1943, *Christianisme et Démocratie*. Maritains thomistisches Werk bleibt dabei nicht frei von antimodernen Untertönen. So argumentiert er beispielsweise, dass sich die »Prinzipien der demokratischen Philosophie des Menschen und der Gesellschaft« an ein »(konstitutionelles) monarchisches oder oligarchisches Regierungssystem« anpassen lassen (Maritain 1943 [2011], S. 43).

55 Zit. n. Pombeni 2013, S. 324, meine Hervorhebung.

ren der Adenauer-Ära sogar scharfe Kritik an der Politik der CDU. Walter Dirks' berühmte Klage über den »restaurativen Charakter der Epoche« ist dafür ein Paradebeispiel.<sup>56</sup> Am Kurs der Partei änderte das freilich wenig.

In der Tat prägte der »progressive« Katholizismus die politischen Agenden der meisten christdemokratischen Parteien bestenfalls kurzfristig und punktuell. *Erstens* wurde die für die konservative Strömung des Zwischenkriegskatholizismus zentrale Forderung nach dem Erhalt der patriarchalen Kernfamilie von den frühen christdemokratischen Parteien direkt übernommen. Historiker haben die Familienpolitik der Adenauer-CDU deshalb sogar als »rückständig und klerikal-engstirnig« bezeichnet.<sup>57</sup> Unmissverständlich heißt es bereits in den Frankfurter Leitsätzen von 1945: »Der Mann muss in vollem Sinne das Haupt der Familie sein.«<sup>58</sup> Ähnliche Formulierungen finden sich in der Programmatik so gut wie aller nach dem Zweiten Weltkrieg gegründeten christdemokratischen Parteien. Eine frühe Wahlbroschüre des französischen Mouvement Républicain Populaire betont etwa die Verantwortung des Mannes, »Ehemann, Familienoberhaupt und Erzieher« zu sein, während die Frau »ihre Berufung als Ehefrau und Mutter zu erfüllen« habe.<sup>59</sup> Kurzum, obwohl die Christdemokraten der Nachkriegszeit in vielen Bereichen Neuerungen einführten, »verteidigten sie weiterhin die traditionellste Form der Familieneinheit.«<sup>60</sup> Die alte Drohkulisse des familienzerstörenden Kommunismus nahm mit Beginn des Kalten Krieges eine neue Form an, blieb aber erhalten: In zahlreichen Wahlplakaten der Nachkriegsjahre werden Angriffe der Kommunisten auf schutzbedürftige Kinder und Ehefrauen dargestellt.

*Zweitens* wurden die solidarisch-arbeitnehmerfreundlichen und somit auch kapitalismuskritischen Impulse der »progressiven« katholischen Intellektuellen und Politiker allenfalls rhetorisch berücksichtigt. Ein Beispiel: In der 1945 gegründeten ÖVP war eine arbeitnehmerorientierte Politik angesichts der personellen Kontinuität mit der autoritären Christlichsozialen Partei und der Nähe zur Industrie trotz des relativ »linken« Ansatzes einzelner ÖVP-Funktionäre« nicht aufrechtzuerhalten.<sup>61</sup> Obwohl die ÖVP unmittelbar nach Kriegsende in ihren sozial- und wirtschaftspolitischen Dokumenten die Arbeiterschaft lobte und ihre »Entsklavung« durch gerech-

56 Einen guten Überblick über Debatte über die vermeintliche »Restauration« bietet Wirsching 2020.

57 Bösch 2002, S. 24. Vgl. auch Mitchell 2012, S. 109.

58 CDU 1945, keine Seitenangabe.

59 Zit. nach Duchen 1994, S. 42.

60 Chappel 2018, S. 186. Zu den Neuerungen und Reformen vgl. etwa Wirsching 2020.

61 Aigner 1985, S. 97.

tere Lohnverhältnisse und gesündere Arbeitsbedingungen versprach,<sup>62</sup> kam bereits 1952 mit Reinhard Kamitz ein ÖVP-Finanzminister ins Amt, der als »Hardliner ... in seiner Verehrung für Marktkräfte und der Ablehnung bürokratischer Staatseingriffe« galt.<sup>63</sup> Alfred Missong, ein Mitgründer der ÖVP, konterte jegliche Kritik mit dem Argument, dass wenn die ÖVP sich »ausschließlich in den Dienst der Arbeiter und Angestellten ... [stelle], so würde dies das Ansinnen bedeuten, den volksparteilichen Charakter preiszugeben ... und in die Knie des Klassenkampfes einzuschwenken.«<sup>64</sup> Man spielte also die Prinzipien von Ausgleich und Kompromiss gegen eine arbeitnehmerfreundliche Politik aus. Wie oben erwähnt, verliefen die programmatischen Entwicklungen in Deutschland und Italien ähnlich.

An den Rändern einiger christdemokratischer Parteien fanden sich außerdem Gruppierungen, die dem konservativ-katholischen Denken der Zwischenkriegszeit so sehr verhaftet blieben, dass sie selbst den Übergang zum demokratischen Verfassungsstaat mit Argwohn betrachteten. Ein besonders bemerkenswertes Beispiel ist die »Abendländische Bewegung« in der frühen Bundesrepublik, die von namhaften CDU- und CSU-Politikern wie Heinrich von Brentano, Franz-Josef Wuermeling und Richard Jaeger unterstützt wurde. Das »Manifest der Abendländischen Aktion« aus dem Jahr 1951 ist ein Musterbeispiel für die anhaltende Präsenz antidemokratischen Denkens nach 1945 und orientiert sich wesentlich am reaktionären Konservatismus des 19. Jahrhunderts. Verfasst vom CSU-Landtagsabgeordneten Gerhard Kroll, verwirft das Manifest »Parlamentarismus, Parteienwesen und plurale Interessensverbände. Der Volkssouveränität des Grundgesetzes wird der ›organische Volksbegriff‹ entgegengestellt, worin Kroll eine durch die natürliche Seinsordnung vorgegebene, ›gesunde‹ Gliederungsstruktur sieht. Das Verfassungsideal ist der Typus der gemischten Verfassung nach Aristoteles und Thomas, also eine Synthese von Monarchie, Aristokratie und Demokratie.«<sup>65</sup> Das Staatsoberhaupt sollte auf Lebenszeit »in einem Konklave« gewählt werden, Kroll selbst bevorzugte sogar »die Wahl eines Königs«.<sup>66</sup>

Die »Abendländer« waren freilich keine mehrheitsfähige Kraft innerhalb der deutschen Nachkriegs-Christdemokratie. Dass sich diese Gruppierung überhaupt formierte, unterstreicht jedoch die Langlebigkeit älterer konservativer Traditionen innerhalb der Christdemokratie, die bis in den politischen Katholizismus des 19. Jahrhunderts zurückreichen. Die nach 1945

62 Ebd.

63 Ebd., S. 100.

64 Missong jun. 2006, S. 390.

65 Uertz 2001, S. 55.

66 Ebd., S. 56. Große Hoffnungen setzten die Mitglieder der Abendländischen Aktion dabei auf den österreichischen Thronprätendenten Otto von Habsburg, vgl. Großmann 2014, S. 76.

dominierende konservative Strömung innerhalb der Christdemokratie war jedoch dezidiert *modern*. Ihr Konservatismus bestand vor allem in der Affirmation (a) eines traditionellen Familienbildes, der (b) hervorgehobenen gesellschaftlichen Rolle der Kirche und (c) eines starken Obrigkeitstaates. Während diese Positionen in der Zwischenkriegszeit noch mit dem antiliberalen Autoritarismus des *radikalen Konservatismus* Hand in Hand gingen, passten sie sich nach dem Zweiten Weltkrieg einem demokratisierten, moderaten Konservatismus an.

### 3. Konservatismus durch Expansion und Akkommmodation

Christdemokratische Parteien integrierten nach 1945 auch konservative Milieus, deren Überzeugungen nicht im katholischen Denken wurzelten. Dies gilt insbesondere für interkonfessionelle Parteien wie die CDU, die zahlreiche protestantische und auch säkulare Konservative (und Liberale) zu ihren Mitgliedern und Ideengebern zählte. Auf diese weiteren Spielarten des Konservatismus innerhalb der Christdemokratie möchte ich nun näher eingehen. Die Geschichte der dezidiert nicht-katholischen Konservatismen innerhalb der Christdemokratie lässt sich aufgrund ihrer internen Heterogenität hier allerdings nur in sehr groben Zügen nachzeichnen.

Eine besonders bedeutende *protestantische* Variante des Konservatismus, die oft als zentraler Bestandteil des christdemokratischen Ideenrepertoires angesehen wird, ist der deutsche Ordoliberalismus. Die Ordoliberalen der ersten Stunde, darunter Franz Böhm, Alexander Rüstow, Alfred Müller-Armack oder Walter Eucken, waren »religiös tief geprägte protestantische Christen mit enger biographischer Verbindung zur Kirche«.<sup>67</sup> Als Angehörige einer bürgerlichen Bildungselite verband sie einerseits ein starker, theologisch begründeter Glaube an die umfassende Autorität des Staates, der mit »weitreichenden Interventionsrechten« ausgestattet und »selbst unabhängig ... vom je aktuellen politischen und gesellschaftlichen Wollen« sein sollte.<sup>68</sup> Dieses autoritär-obrigkeitsstaatliche Denken rückt den Ordoliberalismus in die unmittelbare Nähe eines *radikalen Konservatismus* à la Schmitt,<sup>69</sup> von den Überlappungen mit dem im vorigen Abschnitt diskutierten modern-etatistischen, katholischen Konservatismus ganz zu schweigen. Andererseits verband die Ordoliberalen eine erbitterte Gegnerschaft zum (Weimarer) Sozialstaat und Korporatismus. In der frühen Bundesrepublik positionierten sie sich deshalb als interne Gegner der gewerkschaftlich orientierten christ-

67 Manow 2001, S. 186.

68 Ebd., S. 192. Wie Manow zeigt, waren die Ordoliberalen der ersten Stunde nicht zuletzt aufgrund ihres autoritären Staatsverständnisses in gewisser Weise sogar *antiliberal*.

69 Biebricher 2021, S. 115–116; Streeck 2015.

lich-sozialen CDU-Mitglieder.<sup>70</sup> In ihrer Argumentation beriefen sie sich regelmäßig auf »außermenschliche« Quellen wirtschaftlicher Gesetzmäßigkeiten, was den konservativen Charakter ihrer Überzeugungen unterstreicht. Böhm sprach etwa von einer »verborgene[n] Kraft«, die der »freie[n], natürliche[n], gottgewollte[n] [ökonomischen] Ordnung« zugrunde liege.<sup>71</sup>

Obwohl mit Ludwig Erhard ein bekennender Ordoliberaler unter Adenauer Wirtschaftsminister (und später sogar Kanzler) wurde, wird der politische Einfluss der Ordoliberalen häufig überschätzt. Wenig überraschend erwiesen sich die »progressiven«, christlich-sozialen Katholiken schon früh als potente Gegenspieler.<sup>72</sup> Sie fühlten sich in den 1950er Jahren »durch Erhards liberalen Kurs immer weniger vertreten und stimmten deshalb häufiger in sozialpolitischen Fragen mit der SPD ab. Um die Integration der Partei zu sichern, versprach Adenauer ... eine systematischere Sozialpolitik. Herzstück des zähen Diskussionsprozesses war die Rentenreform. Durch Adenauers Drängen sollte sie rechtzeitig vor der Wahl 1957 verabschiedet werden – gegen die Einwände des Wirtschaftsflügels ... und der Wirtschaftsverbände.«<sup>73</sup> Die kontinuierliche Suche nach innerparteilichen Kompromissen hatte also nicht nur (wie oben erwähnt) eine Verwässerung christlich-sozialer beziehungsweise linkskatholischer Reformagenden zur Folge, sondern trug umgekehrt auch dazu bei, den etatistischen protestantischen Ordoliberalismus in Schach zu halten. Seinen zweiten Frühling sollte der deutsche Ordoliberalismus erst im Zuge der Eurokrise 2009 und 2010 erleben.<sup>74</sup>

Um noch etwas länger beim Beispiel Deutschlands zu bleiben: Während die Sprache des *Konservativen* nach 1945 weitgehend delegitimiert war und sich kaum jemand in den Unionsparteien offen als »konservativ« bezeichnete, nahmen interne Debatten über den Konservatismusbegriff in den 1960er Jahren wieder an Fahrt auf. Wie Martina Steber in ihrer großen Studie über den Wandel konservativer Semantiken in Westdeutschland und Großbritannien dargelegt hat, spielte dabei der progressiv-emanzipatorische Zeitgeist des Jahrzehnts eine entscheidende Rolle.<sup>75</sup> Die Konservatismusdebatte, die im Gefolge von 1968 die Feuilletons der Bundesrepublik füllte, erwies sich als Anstoß für parteiinterne programmatische Auseinandersetzungen. Einerseits nahmen CDU und CSU »die Diagnose einer Abwendung des viel beschworenen Zeitgeists von den reformfreudigen linken Bewegun-

70 Bösch 2002, S. 12f.

71 Zit. n. Manow 20021, S. 190.

72 Vgl. etwa Hien 2013.

73 Bösch 2002, S. 22.

74 Biebricher 2019, S. 248.

75 Zur Christdemokratie und 1968 im Allgemeinen, vgl. von der Goltz 2021.

gen wohlwollend zur Kenntnis und verbuchten die Resonanz, die konservativen Intellektuellen erhielten, auf ihrer Habenseite. Andererseits forderte sie die Debatte zu einer eindeutigen Positionierung gegenüber dem Konservativen heraus, die sich gerade deshalb als so schwierig gestaltete, weil der Begriff selbst über eine Bedeutungsweite verfügte, die ... von liberalen bis hin zu rechten Varianten reichte.«<sup>76</sup>

Als wichtiger Wortführer erwies sich Franz Josef Strauß, der bereits Anfang der 1960er Jahre versucht hatte, den Begriff des Konservatismus für die CSU wiederzubeleben. In ihrem Parteiprogramm von 1968 beschrieb sich die CSU erstmals selbst als »konservativ«. Nach jahrelangen Programmdebatten verkündete man: »Die CSU ist *auch* eine konservative Kraft ... Sie bejaht die großen technischen Möglichkeiten unserer Zeit zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschheit[,] ... stellt sich aber gegen jeden Utopismus und gegen eine totale Technisierung des Lebens, die auf Person und Freiheit keine Rücksicht nimmt.«<sup>77</sup> In diesem Sinne ist auch die eingangs zitierte Bemerkung von Strauß zu verstehen, konservativ zu sein bedeute, »an der Spitze des Fortschritts zu marschieren«. Strauß war von Anfang an überzeugt von dieser technikfreundlichen Umdeutung des Konservatismusbegriffs: »Wenn wir ... als eine politische Partei uns expressis verbis dazu bekennen, wissenschaftliche Erkenntnisse in pragmatisches Handeln umzusetzen«, so Strauß am CSU-Parteitag 1968, »dann haben wir auch die Kraft, dem Begriff ›konservativ‹ eine neue Deutung zu geben.«<sup>78</sup>

Strauß' eigenwilliger Konservatismusbegriff erlaubte es ihm zudem, neue Spielarten liberalen Denkens für die Christdemokratie zu erschließen. Da bei vielen westdeutschen konservativen Intellektuellen in den siebziger Jahren eine »innere Distanz zu den Unionsparteien« vorherrschte,<sup>79</sup> gewann unter einigen Christdemokraten allmählich ein neuer, individualistischer Wirtschaftsliberalismus an Popularität. Strauß bekannte sich früh als Bewunderer F.A. von Hayeks und berief sich regelmäßig auf seine Schriften.<sup>80</sup> Im Grundsatzprogramm der CSU von 1976 hieß es dann bereits vorausschauend: »Weniger Staat – mehr Freiheit«.<sup>81</sup> Das in der Hayek'schen Form durchweg säkulare »neoliberale« Denken verbreitete sich parallel dazu rasant durch die neu gegründeten transnationalen Organisationen der

76 Steber 2017, S. 309. Vgl. auch Abschnitt 1.

77 CSU 1968, keine Seitenangabe.

78 ACSP, Parteitagsprotokolle, 1968/12/14, Parteitag der CSU, 14. Dezember 1968, S. 32.

79 Nolte 2001, S. 566. Vgl. Hacke 2006.

80 Karabelas 2010, S. 189f.

81 CSU 1976, S. 25.

Christdemokraten und Konservativen.<sup>82</sup> Hervorzuheben ist hier vor allem die 1978 gegründete European Democrat Union, der neben CDU, CSU und ÖVP auch zahlreiche nicht-christdemokratische Parteien angehörten. Zu letzteren zählte auch die britische Conservative Party, die mit Margaret Thatcher eine dogmatische Verfechterin des Hayek-schen Wirtschaftsliberalismus an der Spitze hatte. Thatchers klare Linie beeindruckte viele kontinentaleuropäische Christdemokraten, und ihr fulminanter Wahlerfolg 1981 ließ ihr Programm als innovatives konservatives Erfolgsrezept erscheinen.<sup>83</sup>

Der »neue« Wirtschaftsliberalismus war sowohl in der Theorie als auch in der Praxis eine konservative Ideologie und ist der vierten Unterfamilie konservativer Ideologien, der *Neuen Konservatismen*, zuzuordnen. In der Theorie verwiesen Vordenker wie Hayek gebetsmühlenhaft auf »außermenschliche« – in Hayeks Fall evolutionäre und kognitive – Faktoren, die angeblich die politischen Steuerungsmöglichkeiten einschränken und für einen maximal unregulierten Kapitalismus sprechen.<sup>84</sup> In der Praxis verbanden wirtschaftsliberale Politiker wie Thatcher oder Reagan in den 1980er Jahren ihre Deregulierungspolitik mit traditionellen Familienvorstellungen und -politiken. Insbesondere in den USA wurde der politische und ökonomische Liberalismus Reagans von einem traditionalistischen, christlich geprägten Sozialkonservatismus (»Fusionism«) begleitet, mit dem gezielt konservative Evangelikale in den Südstaaten angesprochen werden sollten.<sup>85</sup> Dennoch war die Hinwendung der kontinentaleuropäischen christdemokratischen Parteien zum Wirtschaftsliberalismus in den 1970er und 1980er Jahren zunächst einmal nur rhetorischer Natur.<sup>86</sup> Erst in den 1990er und frühen 2000er Jahren kam es zu einem Politikwechsel in Richtung Deregulierung und Staatsabbau, während die ehemals stark organisierten christlich-sozialen Kräfte fast vollständig von der Bildfläche verschwanden.<sup>87</sup>

#### 4. Vorwärts in die Vergangenheit?

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Die europäischen christdemokratischen Parteien bedienen sich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs unterschiedlicher konservativer Traditionen. In diesem Beitrag wurden drei dieser

82 Zur Genese von Ordoliberalismus und späteren Formen des Neoliberalismus, vgl. Biebricher 2021 und Slobodian 2018.

83 Dazu ausführlich Wolkenstein 2025.

84 Hayek 1982. Vgl. auch Neill 2021, S. 112–117.

85 Dazu ausführlich Hollinger 2022, Kap. 7 und Cooper 2017.

86 Für Deutschland, vgl. Wirsching 2012.

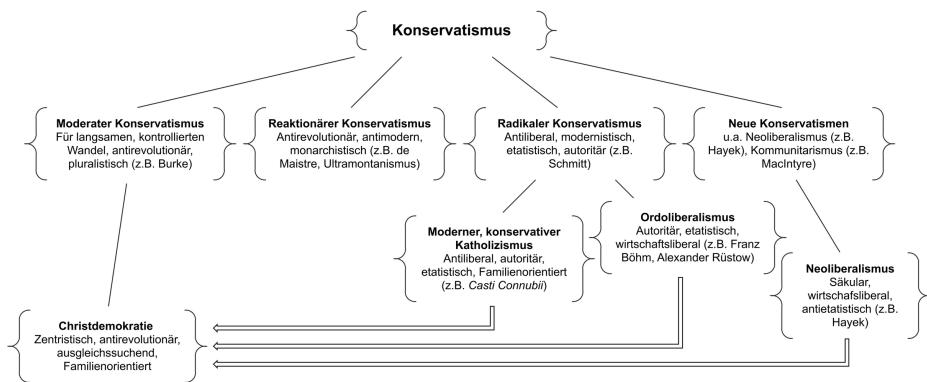
87 Vgl. Hanley 2002.

Traditionen hervorgehoben, von denen die erste ursprünglich die prägendste war (vgl. Abb. 1):

- 1) Ein dezidiert *moderner, obrigkeitstaatlicher und konservativer Katholizismus*, dessen Kern die Affirmation und Verteidigung eines traditionellen Familienbildes bildet;
  - 2) ein *spezifisch deutscher, protestantischer Ordoliberalismus*, der theologisch begründet wurde und in erster Linie eine durch einen starken Staat geschützte freie Marktordnung forderte; sowie
  - 3) ein *individualistischer, säkularer »Neoliberalismus«*, der in der politischen Praxis ein Amalgam mit unternehmerisch-fortschrittsfreundlichen Überlegungen bildete.

Der hier dargestellte Pluralismus konservativen Gedankenguts wirft unweigerlich die Frage auf, was es für Christdemokraten heute bedeuten könnte, sich auf ihre »konservativen Wurzeln« zu besinnen? In Deutschland wird diese Diskussion seit geraumer Zeit geführt, nicht zuletzt seit Angela Merkel vorgeworfen wird, die CDU nach links verschoben und »einer rot-grünen Leitkultur« angepasst zu haben.<sup>88</sup> Damit, so wird argumentiert, habe Merkel die Entfremdung konservativer Milieus von der eigenen Partei beschleunigt und der AfD zu beachtlichen Wahlerfolgen verholfen. Wenn nun also die Rückbesinnung auf das konservative Fundament der eigenen Tradition die Lösung dieser Probleme sein soll, ja vielleicht sogar dem allgegenwärtigen »Rechtspopulismus« den Wind aus den Segeln nehmen kann, zu welcher Tradition soll man dann zurückkehren?

Abb. 1: Morphologie des Konservatismus der Christdemokratie



Auf den ersten Blick scheint keine der hier diskutierten Traditionen allein geeignet zu sein, der deutschen Christdemokratie eine neue Richtung zu

88 Rödder 2019, S. 35.

geben. Der katholische Konservatismus ist im Deutschland des 21. Jahrhunderts selbst in verwässerter Form kaum an eine breitere Wählerschaft vermittelbar. Denn weder das autoritär-obrigkeitsstaatliche Denken noch das Modell der traditionellen, patriarchalen Kernfamilie entsprechen den Lebensrealitäten des frühen 21. Jahrhunderts. Der Ordoliberalismus ist wiederum eine zu spezifische Steuerungsdoktrin, um über bestimmte bildungsbürgerliche Milieus hinaus Resonanz zu entfalten. Und der »Neoliberalismus« kann vielleicht für wirtschaftliche Reformprogramme in Anspruch genommen werden, bietet aber ansonsten kein weitergehendes Sinnangebot. Dann bleibt nur die Identifikation des eigenen Konservatismus mit dem der anderen (wie beim Mainzer Historiker Andreas Rödder, der auf dem Papier einen gemäßigten Konservatismus des gesunden Menschenverstandes vertritt und in der Praxis Viktor Orbáns »illiberale Demokratie« bejubelt<sup>89</sup>) oder die Selbstdefinition über Feindbilder (wie in der in bürgerlichen Kreisen immer weiter verbreiteten Ansicht, die größte Gefahr für unsere Zivilisation sei »Wokeness« und die angebliche Einschränkung der Meinungsfreiheit). Beides ist aber als Programm ziemlich dünn und erscheint weder elektoral noch intellektuell tragfähig. So gesehen ist es nicht überraschend, dass aktuell von einer »Erschöpfung« des Konservatismus die Rede ist.<sup>90</sup> Dies ist jedoch auch für Nichtkonservative kein Grund zum Feiern. Denn ein starker, programmatischer und demokratischer Konservatismus kann in pluralistischen Gesellschaften ein wirksames Mittel gegen das Erstarken antidemokratischer Kräfte sein, die heute vor allem rechts der Mitte zu finden sind.<sup>91</sup>

## Literatur

- ACSP, Parteitagsprotokolle, 19681214, Parteitag der CSU, 14. Dezember 1968.
- Aigner, Karl 1985. »Die wirtschaftsprogrammatischen Vorstellungen der ÖVP 1945–1985«, in: Schwarz Bunter Vogel: Studien zu Programm, Politik und Struktur der ÖVP, S. 95–124. Wien: Junius.
- Almond, Gabriel A. 1948. »The Political Ideas of Christian Democracy«, in: *Journal of Politics* 10, 4, S. 737–763.
- Biebricher, Thomas 2021. *Die politische Theorie des Neoliberalismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Biebricher, Thomas 2019. *Geistig-Moralische Wende. Die Erschöpfung des deutschen Konservatismus*. Berlin: Matthes & Seitz.
- Binder, Dieter A. 2001. »Von der ›Rettung des christlichen Abendlandes‹ und ›Europa in uns‹. Die Österreichische Volkspartei nach 1945«, in: *Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert*, hrsg. v. Gehler, Michael; Kaiser, Wolfram; Wohnout, Helmut, S. 399–424. Wien: Böhlau.
- Bobbio, Norberto 1994. *Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung*. Berlin: Wagenbach.

89 Vgl. Rödder 2019.

90 Biebricher 2019.

91 Dazu empirisch Svolik et al. 2023.

- Bösch, Frank 2002. *Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU*. Stuttgart: DVA.
- Bourke, Richard 2018. »What is Conservatism? History, Ideology and Party«, in: *European Journal of Political Theory* 17, 4, S. 449–475.
- Boyer, John W. 2010. *Karl Lueger (1844–1910). Christlichsoziale Politik als Beruf*. Wien, Köln, Weimar: Böhlau.
- Cabinet Office of the Hungarian Prime Minister 2018. »Prime Minister Viktor Orbán's speech at a conference held in memory of Helmut Kohl«, 16. Juni 2018, verfügbar unter: <http://www.miniszterelnok.hu/prime-minister-viktor-orbans-speech-at-a-conference-held-in-memory-of-helmut-kohl/> (Zugriff vom 22. 12. 2024).
- CDU 1945. *Politische Leitsätze der Christlich-Demokratischen Union*. Frankfurt am Main: CDU Geschäftsstelle.
- Christlich-Soziale Union (CSU) 1976. *Grundsatzprogramm der Christlich Sozialen Union*.
- Christlich-Soziale Union (CSU) 1968. *Leitsätze einer Politik für heute und morgen*.
- Conway, Martin 1996. *Catholic Politics in Europe, 1918–1945*. London und New York: Routledge.
- Chappel, James. 2018. *Catholic Modern: The Challenge of Totalitarianism and the Remaking of the Church*. Cambridge: Harvard University Press.
- Cooper, Melinda 2017. *Family Values. Between Neoliberalism and the New Social Conservatism*. New York: Zone Books.
- Cordwener, Pepijn 2023. *The Rise and Fall of People's Parties. A History of Democracy in Western Europe since 1918*. Oxford: Oxford University Press.
- Deneen, Patrick J. 2023. *Regime Change. Towards a Postliberal Future*. London: Forum.
- Duchen, Claire 1994. *Women's Rights and Women's Lives in France*. London: Routledge.
- Durand, Jean-Dominique 1995. *L'Europe de la Démocratie Chrétienne*. Brüssel: Complexe.
- Fawcett, Edmund 2020. *Conservatism. The Fight for a Tradition*. Princeton: Princeton University Press.
- Forlenza, Rosario; Thomassen, Bjørn 2024a. »Christian democracy as political spirituality: transcendence as transformation – Italian politics, 1942–1953«, in *Politics & Religion* 17, 2, S. 229–249.
- Forlenza, Rosario; Thomassen, Bjørn 2024b. *Italian Christian Democracy. The Catholic Encounter with Political Modernity*. Oxford: Oxford University Press.
- Freeden, Michael 2013. »The Morphological Analysis of Ideology«, in: *The Oxford Handbook of Political Ideologies*, hrsg. v. Freedon, Michael; Tower Sargent, Lyman; Stears, Mark, S. 115–137. Oxford: Oxford University Press.
- Freeden, Michael 1996. *Ideologies and Political Theory. A Conceptual Approach*. Oxford: Clarendon Press.
- Gamble, Andrew 1988. *The Free Economy and the Strong State. The Politics of Thatcherism*. Houndsills und London: Macmillan.
- Ginsborg, Paul 1990. *A History of Contemporary Italy, 1943–1980*. London: Penguin.
- Großmann, Johannes 2014. *Die Internationale der Konservativen. Transnationale Elitenzirkel und private Außenpolitik in Westeuropa seit 1945*. München: De Gruyter.
- Hacke, Jens 2006. *Philosophie der Bürgerlichkeit. Die liberalkonservative Begründung der Bundesrepublik*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Hanley, David 2002. »Christian Democracy and the Paradoxes of Europeanization«, in: *Party Politics* 8, 4, S. 463–481.
- Hayek, F.A. 2011 [1960]. »Why I Am Not a Conservative«, in: *The Constitution of Liberty. The Definitive Edition*, hrsg. v. Hamowy, Ronald, S. 519–534. Chicago: University of Chicago Press.
- Hayek, F.A. 1982. *Law, Legislation and Liberty*. Abingdon: Routledge.
- Hien, Josef 2013. »The Ordoliberalism that never was«, in: *Contemporary Political Theory* 12, 4, S. 338–75.
- Hollinger, David A. 2022. *Christianity's American Fate. How Religion Became More Conservative and Society More Secular*. Princeton: Princeton University Press.
- Huntington, Samuel 1957. »Conservatism as an Ideology«, in *American Political Science Review* 51, 2, S. 454–473.

- Invernizzi Accetti, Carlo 2019. *What is Christian Democracy? Politics, Religion and Ideology*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Jones, Emily 2017. *Edmund Burke & the Invention of Modern Conservatism, 1830–1919*. Oxford: Oxford University Press.
- Kaiser, Wolfram 2007. *Christian Democracy and the Origins of European Union*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Kalyvas, Stathis; van Kersbergen, Kees 2010. »Christian Democracy«, in: *Annual Review of Political Science* 13, S. 183–209.
- Karabelas, Iris 2010. *Freiheit statt Sozialismus: Rezeption und Bedeutung Friedrich August von Hayeks in der Bundesrepublik*. Frankfurt am Main: Campus.
- Klett, Ernst 1971. »Konservativ«, in: *Merkur* 25, S. 841–854.
- Leo XIII 1892. *Au Milieu Des Sollicitudes*. Verfügbar unter [https://www.vatican.va/content/leo-xiii/en/encyclicals/documents/hf\\_l-xiii\\_enc\\_16021892\\_au-milieu-des-sollicitudes.html](https://www.vatican.va/content/leo-xiii/en/encyclicals/documents/hf_l-xiii_enc_16021892_au-milieu-des-sollicitudes.html) (Zugriff vom 03. 02. 2025).
- Lönne, Karl-Egon 1986. *Politischer Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Loth, Wilfried 2018. »Freiheit und Würde des Volkes« *Katholizismus und Demokratie in Deutschland*. Frankfurt am Main: Campus.
- MacIntyre, Alasdair 1981. *After Virtue. A Study in Moral Theory*. Notre Dame: University of Notre Dame Press.
- Maier, Hans 2006. *Revolution und Kirche*. München: C.H. Beck.
- Mannheim, Karl 1984. *Konservatismus. Ein Beitrag zur Soziologie des Wissens*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Manow, Philip 2001. »Ordoliberalismus als ökonomische Ordnungstheologie«, in: *Leviathan* 29, 2, S. 179–198.
- Maritain, Jacques 1942 [2011]. *Christianity and Democracy & The Rights of Man and the Natural Law*. San Francisco, CA: Ignatius Press.
- Merkel, Adolf 1937. »Die Staatsbürgerpflichten nach katholischer Staatsauffassung«, in: *Zeitschrift für Öffentliches Recht* XVII, 1, S. 1–38.
- Missong jun., Alfred 2006. Hrsg. Alfred Missong. *Christentum und Politik in Österreich. Ausgewählte Schriften 1924–1950*. Wien–Köln–Weimar: Böhlau.
- Mitchell, Maria D. 2012. *The Origins of Christian Democracy: Politics and Confession in Modern Germany*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Müller, Jan-Werner 2018. *Das demokratische Zeitalter. Eine politische Ideengeschichte Europas im 20. Jahrhundert*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Müller, Jan-Werner 2006. »Comprehending Conservatism: A New Framework for Analysis«, in: *Journal of Political Ideologies* 11, 3, S. 359–365.
- Neill, Edmund 2021. *Conservatism*. Cambridge: Polity.
- Nolte, Paul 2001. »Konservatismus in Deutschland: Geschichte – und Zukunft?«, in: *Merkur* 55, S. 559–571.
- Oakeshott, Michael 1962. *Rationalism in Politics and other essays*. London: Methuen & Co.
- O’Sullivan, Noel 2013. »Conservatism«, in: *The Oxford Handbook of Political Ideologies*, hrsg. v. Freedon, Michael; Tower Sargent, Lyman; Stears, Mark, S. 293–311. Oxford: Oxford University Press.
- Patch, William L. 2018. *Christian Democratic Workers and the Forging of German Democracy, 1920–1980*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Pius XI 1930. *Casti Connubii*. Verfügbar unter: [https://www.vatican.va/content/pius-xi/en/encyclicals/documents/hf\\_p-xi\\_enc\\_19301231\\_casti-connubii.html](https://www.vatican.va/content/pius-xi/en/encyclicals/documents/hf_p-xi_enc_19301231_casti-connubii.html) (Zugriff vom 03. 02. 2025).
- Pomponi, Paolo 2013. »Christian Democracy«, in: *The Oxford Handbook of Political Ideologies*, hrsg. v. Freedon, Michael; Tower Sargent, Lyman; Stears, Mark, S. 312–328. Oxford: Oxford University Press.
- Reichel, Herbert 1976. »Das ›Ahlener Programm‹ der CDU – ein fortwirkender Auftrag und seine Grenzen«, in: *Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften* 17, S. 243–264.
- Rödder, Andreas 2019. *Konservativ 21.0. Eine Agenda für Deutschland*. München: C.H. Beck.

- Rommen, Heinrich A. 1945. *The State in Catholic Thought. A Treatise in Political Philosophy*. London: B. Herder.
- Schmitt, Carl 1923. *Römischer Katholizismus und politische Form*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Scruton, Roger 2014. *How to be a Conservative*. London: Bloomsbury.
- Slobodian, Quinn 2018. *Globalists. The End of Empire and the Birth of Neoliberalism*. Cambridge: Harvard University Press.
- Steber, Martina. 2017. *Die Hüter der Begriffe: Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, 1945–1980*. Berlin: De Gruyter.
- Streeck, Wolfgang 2015. »Heller, Schmitt and the Euro«, in: *European Law Journal* 21, 2, S. 361–370.
- Sturzo, Luigi 1947. »The Philosophic Background of Christian Democracy«, in: *The Review of Politics* 9, 1, S. 3–15.
- Svolik, Milan W.; Avramovska, Elena; Lutz, Johanna; Milačić, Filip 2023. »In Europe, Democracy Erodes From the Right«, in: *Journal of Democracy* 34, 1, S. 5–20.
- Tálos, Emmerich; Manoschek, Walter 2005. »Zum Konstituierungsprozeß des Austrofaschismus«, in: *Austrofaschismus, Politik – Ökonomie – Kultur 1933–1938*, hrsg. v. Tálos, Emmerich; Neugebauer, Wolfgang, S. 123–161. Wien: Lit.
- Uertz, Rudolf 2001. »Konservative Kulturkritik in der frühen Bundesrepublik Deutschland. Die Abendländische Akademie in Eichstätt (1952–1956)«, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 8, 1, S. 45–71.
- UK Conservative Party 1987. *The Conservative Manifesto: The Next Moves Forward*. London: Conservative Central Office.
- van Kersbergen, Kees 1995. *Social Capitalism. A Study of Christian Democracy and the Welfare State*. London und New York: Routledge.
- von der Goltz, Anna 2021. *The Other '68ers. Student Protest and Christian Democracy in West Germany*. Oxford: Oxford University Press.
- Walter, Franz 2009. *Im Herbst der Volksparteien? Eine kleine Geschichte vom Aufstieg und Rückgang politischer Massenintegration*. Bielefeld: Transcript.
- Wirsching, Andreas 2020. »Restauration oder Modernisierung – Deutungen der Ära Adenauer«, in: *Christlich Demokratische Union. Beiträge und Positionen zur Geschichte der CDU*, hrsg. v. Lammert, Norbert, S. 737–770. München: Siedler.
- Wirsching, Andreas 2012. »Neoliberalismus als wirtschaftspolitisches Ordnungsmodell? Die Bundesrepublik Deutschland in den 1980er Jahren«, in: *Der Staat und die Ordnung der Wirtschaft*, hrsg. v. Plumpe, Werner; Scholtyseck, Joachim, S. 139–150. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Wittgenstein, Ludwig 1984. »Philosophische Untersuchungen«, in: Werkausgabe Band 1. *Tractatus logico-philosophicus*. Tagebücher 1914–1916. Philosophische Untersuchungen, S. 225–580. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Wolkenstein, Fabio 2025. »The Past and Present of Catholic Anti-Liberalism«, in: *Contemporary Political Theory* 24, 2, S. 298–304.
- Wolkenstein, Fabio 2025. »Between 'Progressive Realism' and Conservative Internationalism: The Transformation of Austrian and West German Christian Democracy in the 1970s«, in: *Conservatism, Christian Democracy, and the Dynamics of Political Transformation in North-West Europe, 1945–90*, hrsg. v. Love, Gary; Egander Skov, Christian. Manchester: Manchester University Press.
- Wolkenstein, Fabio 2022. *Die dunkle Seite der Christdemokratie. Geschichte einer autoritären Versuchung*. München: C.H. Beck.
- Wolkenstein, Fabio 2020. »Transnational Partisan Networks and Constituent Power in the EU«, in: *Constellations* 21, 1, S. 127–142.
- Zonenausschuss der CDU für die britische Zone 1947. *Ahlener Programm*. 3. Februar 1947.

**Zusammenfassung:** Christdemokratische Parteien gelten gemeinhin als konservativ. Dieser Beitrag zeigt jedoch, dass die Christdemokratie in ihrer Geschichte sehr unterschiedliche Formen des Konservatismus vereinte. Einerseits prägten konservative katholische Traditionen, die sich einem traditionellen Familienbild und einem latent autoritären, obrigkeitstaatlichen Denken verschriven, das Selbstverständnis der Bewegung. Andererseits absorbierten christdemokratische Parteien weitere konservative Strömungen, darunter den protestantisch geprägten Ordoliberalismus sowie später neoliberalen Ansätze, die wirtschaftlichen Liberalismus mit sozialem Konservatismus verbanden. Angesichts wachsender »rechtspopulistischer« Parteien stellt sich heute die Frage, ob und wie sich christdemokratische Parteien auf ihre konservativen Wurzeln besinnen können, um Wähler dieser Parteien zurückzugewinnen – und welche Traditionen dabei anschlussfähig sind. Der Aufsatz argumentiert, dass ein pluralistisches Verständnis konservativer Traditionen innerhalb der Christdemokratie notwendig ist, um ihre gegenwärtige ideologische Position und zukünftige Neuorientierungen zu bestimmen.

**Schlagwörter:** Christdemokratie, Konservatismus, Katholizismus, Ordoliberalismus, Nachkriegszeit

## What is conservative about Christian Democracy?

**Summary:** Christian Democratic parties are generally considered conservative. However, this article demonstrates that throughout its history, Christian democracy has incorporated a variety of conservative ideologies. On the one hand, the movement's self-image was shaped by conservative Catholic traditions committed to a traditional image of the family and a somewhat authoritarian, paternalistic conception of the state. On the other hand, Christian Democratic parties have also adopted other conservative ideologies, such as Protestant-influenced ordoliberalism and, more recently, neoliberalism, which combines economic liberalism with social conservatism. In view of the rise of 'right-wing populist' parties, the question arises as to whether and how Christian Democratic parties can return to their conservative roots to win back voters from these parties, and which of their own conservative traditions might help them achieve this. This essay argues that a pluralistic understanding of conservative traditions within Christian democracy is necessary to determine its current ideological position and future direction.

**Keywords:** Christian Democracy, conservatism, Catholicism, ordo-liberalism, post-war era

### Autor

Fabio Wolkenstein  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Wien  
Universitätsstraße 7  
1010 Wien  
Österreich  
fabio.wolkenstein@univie.ac.at



© Fabio Wolkenstein

*Lukas Haffert*

## **Mehr oder weniger**

### **Konservatismus, Technologieoffenheit und der Stadt-Land-Gegensatz**

#### **1. Einleitung**

Wie bereits in den vergangenen beiden schwarz-roten Koalitionen, führt die CSU auch in der neuen Bundesregierung drei Ministerien, neben dem Innenministerium (Migration!) nämlich die mit den klangvollen Titeln »Ernährung, Landwirtschaft und Heimat«, sowie »Forschung, Technologie und Raumfahrt«. Eine etwas eigenümliche Kombination, die man, positiv gewendet, als Ausdruck eines klassischen Volksparteiprofils deuten könnte: eine Volkspartei ist für die ganze Breite aller Themen zuständig, von den Wurzeln der Gesellschaft in Heimat und Ackerbau bis zu ihrer interplanetaren Zukunft (O-Ton Koalitionsvertrag: »wir streben an, dass eine deutsche Astronautin oder ein deutscher Astronaut im Rahmen einer internationalen Mission zum Mond fliegt«).<sup>1</sup>

Im Folgenden möchte ich jedoch argumentieren, dass diese Verbindung gerade nicht ein Ausdruck der thematischen Breite der CSU ist, sondern vielmehr die spezifische zeitgenössische Form der Verbindung von Land und Konservatismus darstellt. Es ist insofern treffend, dass diese beiden Ressorts von der CSU geführt werden, die nicht nur den eindeutig konservativsten, sondern auch den eindeutig ländlichsten Teil der neuen Regierungskonstellation bildet. Diese Verbindung ist gerade bei der CSU auch gar nicht neu: Rindfleisch und Raketen sind, um im Jargon zu bleiben, gewissermaßen Laptop und Lederhose 2.0.

Die CSU besetzt somit zwei Felder, die zu den Dauerbrennern des Konservatismus gehören: Für Heimat und Landwirtschaft ist das kaum begründungsbedürftig. Dies sind Themen, die im Grunde seit deren Entstehung im Zentrum konservativer Politik stehen. Aber auch Technikbegeisterung ist seit den 1970er-Jahren ein fester Bestandteil konservativer Rhetorik und Programmatik. Jahrzehntelang stand dafür emblematisch die Kernkraft, inzwischen sind es die Fusionsenergie (»Der erste Fusionsreaktor der Welt soll in Deutschland stehen«<sup>2</sup>) und neuerdings eben die Raumfahrt. Thomas

1 CDU, CSU und SPD 2025, S. 8.

2 CDU, CSU und SPD 2025, S. 78.

Biebricher hat diese konservative Umarmung des Fortschritts treffend als »Technophilie« bezeichnet.<sup>3</sup> Diese wird von Biebricher vor allem ideengeschichtlich hergeleitet, etwa unter Verweis auf die Arbeiten von Arnold Gehlen und die Entwicklung eines »technokratischen Konservatismus«.<sup>4</sup>

Demgegenüber möchte ich im Folgenden versuchen, neben diese ideengeschichtliche eine politökonomische Deutung dieser Verbindung von Heimat und Hightech zu stellen. Die These, die ich erproben möchte, lautet, dass die von Biebricher diagnostizierte Entwicklung konservativer Technophilie ihre materielle Parallele in der Verlagerung der industriellen Basis des deutschen Wachstumsmodells aus den – sozialdemokratischen – Städten in den – konservativen – ländlichen Raum hat. Denn gerade die Herausbildungsphase dieses technikutopischen Konservatismus, die Biebricher in den 60er- und 70er-Jahren, und mit dem vielzitierten Strauß-Paradoxon »konservativ heißt, an der Spitze des Fortschritts marschieren« präziser im Jahr 1968 verortet, war auch die Zeit, in der sich der Schwerpunkt des produzierenden Gewerbes in Deutschland aus den Städten in die ländlichen Regionen zu verlagern begann.

Wie ich argumentieren möchte, zielt die Politik der »Technologieoffenheit«, wie sie zum Kern ausgerechnet konservativer Regulierungspolitik geworden ist, auf eine Bewahrung und Verfestigung des exportorientierten deutschen Wachstumsmodells, das heute seine materielle und politische Basis in Form von familiengeführten »Hidden Champions« und der bei ihnen beschäftigten Facharbeiterchaft vor allem in den ländlichen Räumen und den Speckgürteln der großen Städte Westdeutschlands hat.

Ausgangspunkt meiner Überlegungen ist die These, dass eine der zentralen politischen Fragen unserer Gegenwart die nach dem Umgang mit Knappheiten ist. Natürlich stellt Knappheit seit jeher eine Herausforderung für Staat und Gesellschaft dar (Lionel Robbins' berühmte Definition der Volkswirtschaftslehre – »Economics is the science which studies human behaviour as a relationship between ends and scarce means which have alternative uses« – stammt aus dem Jahr 1932), aber während die Politik lange darauf setzen konnte, Knappheiten zu reduzieren, ist sie heute mit sich ständig verschärfender Knappheit konfrontiert. Es hat hier gewissermaßen ein Vorzeichenwechsel stattgefunden: In den Nachkriegsjahrzehnten ging Knappheit zurück, heute nimmt sie zu. Für den Bereich der Staatsfinanzen hatte Paul Pierson diese Verschärfung des Knappheitsproblems bereits in den 1990er-Jahren so beschrieben, dass ein »expansionäres« Fiskalregime, in dem es möglich war, die verfügbaren Mittel jedes Jahr zu erhöhen, von

3 Biebricher 2024, S. 27.

4 Ausführlich dazu Biebricher 2018, Kapitel 3; Greiffenhagen 1971.

einem Regime »permanenter Austerität« abgelöst werde, in der jede Mehrausgabe an einer Stelle eine Kürzung an einer anderen Stelle erforderte.<sup>5</sup> Noch viel prominenter ist die Frage der Knappheit heute natürlich beim Thema Ressourcenverbrauch, wo sich die Grenzen der Aufnahmefähigkeit unserer Atmosphäre und unseres Biosystems immer deutlicher zeigen. Aber der Umgang mit Knappheit betrifft nicht nur globale Umweltpolitik: auch in der Lokalpolitik, etwa bei jeder Umwandlung von Parkplätzen in Fahrradwege zeigen sich politische Konflikte, bei denen es im Wesentlichen um Knappheitsmanagement geht.

Auf dieses Knappheitsproblem sind grundsätzlich zwei politische Antworten möglich. Die Grundintuition der ersten Antwort lautet: Wo Knappheit herrscht, muss das Angebot ausgeweitet werden. Der Zweck von Politik, so könnte man sagen, ist in diesem Modell die Überwindung von Knappheit durch das staatliche Verfügarmachen zusätzlicher Ressourcen. Wie ich im Folgenden argumentieren werde, war dies der spezifische Modus Operandi der Politik des 20. Jahrhunderts und kann auf die knappe Formel einer »Politik des Mehr« gebracht werden. Dieses Modell der Politik hat seine soziale Basis heute vor allem im ländlichen Raum. Die Verbindung von Landwirtschaft und Technologie in der Hand der CSU kann insofern als Versuch gedeutet werden, dieses Politikmodell ins 21. Jahrhundert zu verlängern.<sup>6</sup>

Die Grundintuition des zweiten Modells lautet hingegen: Wo Knappheit herrscht, muss die Nachfrage eingeschränkt werden. In diesem Modell ist der Zweck von Politik eher die Reduzierung von Knappheit durch eine staatliche Beschränkung der Inanspruchnahme bestehender Ressourcen.<sup>7</sup> Dieses Modell kann also auf die Formel einer »Politik des Weniger« verkürzt werden, die ihre soziale Basis heute vor allem in den Zentren großer Städte und in Universitätsstädten hat. Das Scheitern der Ampelkoalition kann auch als Ausdruck davon gedeutet werden, dass der Gegensatz zwischen diesen beiden Vorstellungen in der Ampel unüberbrückbar blieb.

Dieser Gegensatz lässt sich auch als Auseinandersetzung darum verstehen, was die grundlegende Aufgabe der Politik ist. Was soll der Staat leisten? Dabei sind sich beide Lager grundsätzlich einig in der Befürwortung eines

5 Pierson 2001.

6 Den Versuch, dieses Politikmodell als linke Politik für das 21. Jahrhundert zu formulieren, unternahmen gerade die beiden US-amerikanischen Journalisten Ezra Klein und Derek Thomson in ihrem Buch »Abundance« (Klein und Thomson 2025). Sie datieren den Beginn des Konflikts zwischen einer Politik der Angebotsausweitung und der Nachfragereduzierung bereits auf das Aufkommen der Umweltbewegung in den späten 1960er-Jahren. Selbst wenn man dieser Datierung folgt, gewinnt der Konflikt aber heute an Schärfe, indem er eine klare geographische und politökonomische Basis bekommt.

7 Hier sind also Diskussionen um »Verzicht« und »Verbote« einschlägig, vgl. etwa Lepenies 2022.

»starken« Staates. Die Frage ist aber, worin genau sich diese Stärke zeigen soll. Ist ein starker Staat einer, der Ressourcen mobilisieren, oder im Gegen teil einer, der die Ressourcennutzung begrenzen kann?

Drei Begriffsklärungen gleich zu Beginn: Erstens möchte ich betonen, dass es bei der Gegenüberstellung von »Angebotsausweitung« und »Nachfragebeschränkung« um mehr geht als um die Frage des fossilen Ressourcenverbrauchs. Natürlich zeigt sich dieser Gegensatz besonders deutlich in der Energie- und der Verkehrspolitik, wo Forderungen nach »Technologieoffenheit« besonders laut gestellt werden. Ein fundamental ähnlich strukturierter Konflikt besteht aber auch in der Wohnungsfrage. Das Wohnraumproblem in den Städten im Sinne einer klassischen Politik des Mehr durch »bauen, bauen, bauen« zu überwinden, stößt bei den Bewohnern gerade der beliebtesten Wohnviertel zunehmend auf Skepsis. Stattdessen setzt man dort auf regulierende Eingriffe wie die Mietpreisbremse, die letztlich ein Instrument gegen Neubau, vor allem aber gegen Zuzug ist. Auch Mieter können Nimbys sein.<sup>8</sup> Dabei geht es aber gerade nicht um Aspekte wie den CO2-Verbrauch bei der Zementproduktion. Die Berliner Bevölkerung hätte wohl auch eine ressourcenneutrale Bebauung des Tempelhofer Feldes abgelehnt.

Zweitens verwende ich den Begriff des »Konservatismus« in einem äußerst pragmatischen Sinne. Mich interessiert vor allem die Union als die Partei, die in Deutschland traditionell mit Konservatismus assoziiert wird, die historisch und auch heute noch politisch die wichtigste Repräsentantin des ländlichen Raums ist, und die eine auf den ersten Blick ganz unkonservative Form der Technologieeuphorie entwickelt hat. Mein Ziel in diesem Text besteht allein darin, der Verbindung zwischen den beiden letztgenannten Punkten nachzuspüren. Grundlegendere Fragen danach, was »Konservatismus« heute bedeutet, spielen in diesem Text keine Rolle.

Drittens möchte ich vorausschicken, dass ich einen sehr engen Begriff von »Stadt« und einen sehr weiten Begriff von »Land« zugrunde lege, wenn ich im Folgenden eine »Politik des Weniger« mit den Städten und einer »Politik des Mehr« mit dem Land verknüpfe: Im Grunde beginnt der ländliche Raum in diesem Text bereits an der Endstation des U-Bahn-Netzes. Für die meisten analytischen Zwecke ist es zwar sinnvoll, Stadt-Land-Unterschiede als Kontinuum zu fassen.<sup>9</sup> Ich abstrahiere hier aber von solchen Differenzierungen, weil mich vor allem die Verbindung geographischer Räume mit politökonomischen Wachstumsmodellen interessiert. Und dafür ist entscheidend, dass Großstädte sich zunehmend vom klassischen deutschen Wachstumsmodell lösen. Das ist auch der Grund, warum ich

8 Hankinson 2018.

9 Nemerever und Rogers 2021.

von »Stadt« und »Land« statt von »Zentrum« und »Peripherie« spreche: die Basis unterschiedlicher lokaler Wachstumsmodelle liegt in Verdichtung (Stadt) beziehungsweise Flächenverfügbarkeit (Land), nicht in einer relativen (oder gar politischen) Position.

Dieser politökonomischen Konzeptualisierung entspricht aber auch das politische Verhalten: Sowohl bei den politischen Einstellungen als auch im Wahlverhalten verläuft die entscheidende Trennlinie zwischen den Zentren der großen Städte und einigen Universitätstädteln auf der einen Seite, und allen anderen Regionen auf der anderen Seite.<sup>10</sup> Als politische Kategorien gehören der Speckgürtel und oftmals selbst der Stadtrand bereits zum Land.

Im Folgenden möchte ich argumentieren, dass eine Politik des Mehr ein wesentlicher Bestandteil des Wachstumsmodells war, das in den Nachkriegsjahrzehnten zu einer Verringerung von Stadt-Land-Gegensätzen beitrug und das deshalb auch in allen Landesteilen zustimmungsfähig war. Dem stelle ich gegenüber, dass ein solches Modell heute nicht mehr geeignet ist, einen Konsens in Stadt und Land zu generieren und dass die heute zunehmenden politischen Gegensätze zwischen Stadt und Land sich – nicht allein, aber unter anderem – als Konflikt um den politischen Umgang mit Knappheiten deuten lassen.

Dabei werde ich zunächst rekonstruieren, wie der heutige Konflikt zwischen Stadt und Land entstanden ist, wobei ich ihn als ökonomischen sektoralen Konflikt um das deutsche Wachstumsmodell deute. Danach werde ich knapp beschreiben, welche alternativen Erklärungen es für die wachsenden Unterschiede im Wahlverhalten gibt, und auf welche Schwierigkeiten diese Erklärungen stoßen. In einem dritten Schritt leite ich dann schließlich ab, warum Politik im Modus des »Mehr« heute sowohl ländliche als auch konservative Politik ist.

## 2. Die sektorale Basis des Stadt-Land-Gegensatzes

Die Bundestagswahl 2025 war von einem starken Stadt-Land-Gegensatz geprägt. Dass Stadt und Land das deutsche Parteiensystem strukturieren, ist nicht neu. Dabei waren lange CDU und SPD die Repräsentanten dieses Gegensatzes, der auf das 19. Jahrhundert zurückging und ursprünglich eine sektorale Basis hatte: Im 19. Jahrhundert standen auf der einen Seite die rasch wachsenden, von der Industrie geprägten Städte, die von Liberalismus und Sozialdemokratie repräsentiert wurden. Auf der anderen Seite stand der damals noch immer fast vollkommen agrarische ländliche Raum, in dem konservative Parteien dominierten. Noch heute ist eine Wahlergebniskarte

10 Huijsmans et al. 2021, Maxwell 2019, Haffert 2022.

der demokratischen Hochburgen im Nordosten der USA fast deckungsgleich mit einer Karte der Knotenpunkte des amerikanischen Eisenbahnnetzes des 19. Jahrhunderts.<sup>11</sup>

Der wesentliche politische Konflikt zwischen Stadt und Land ist in dieser Zeit die Zollpolitik: klassisch in England, wo die Industrie auf Freihandel und die Landwirtschaft auf Schutzzölle drängt, invertiert in den USA, wo die Präferenzen genau umgekehrt sind.<sup>12</sup> In Deutschland hingegen gelang Bismarck eine protektionistische Allianz von »Roggen und Eisen« auf Kosten der Liberalen. Mit Trumps Zollpolitik kehrt insofern auch der ursprüngliche Stadt-Land-Konflikt wieder auf die Bühne zurück, denn sofern man dieser Politik irgendeinen rationalen Kern unterstellen will, dient sie ja dem Schutz des verbliebenen heimischen *Manufacturing*-Sektors, der längst nicht mehr in den großen Städten, sondern in ländlichen Counties seinen Schwerpunkt hat. Auch die imaginierte Neuansiedelung zurückkehrender Fabriken würde sicher nicht mehr in früheren Industriestädten erfolgen, sondern auf dem Land.

Solche sektoralen Gegensätze zwischen Stadt und Land traten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts allerdings zeitweilig in den Hintergrund, wie der Stadt-Land-Gegensatz politisch und kulturell insgesamt abnahm. Lebensstile und Konsumformen in Stadt und Land wurden einander ähnlicher, wofür der PKW und der Fernseher die wichtigsten Quellen waren. Das Theater und auch noch das Kino waren eindeutig städtische Formen der Unterhaltung gewesen, der Fernseher war in diesem Sinne geographisch egalitär.

Für die Wirtschaftsstruktur noch wichtiger war aber der LKW: Dieser erlaubte, die Logistik der Industrie von der Eisenbahn und damit von städtischen Eisenbahnknotenpunkten zu lösen. Außerdem gab es auf dem Land mehr Platz für neue Produktionsflächen und die Löhne waren niedriger: Bereits seit den 1960er Jahren verließ die Industrie die Städte und siedelte sich zunehmend im ländlichen Raum an.<sup>13</sup> Das trug auch dazu bei, dass die geographischen Einkommensunterschiede in dieser Zeit spürbar zurückgingen.<sup>14</sup>

Heute ist dieser sektorale Wandel völlig abgeschlossen. Nicht nur ist die Gleichsetzung von »Land« mit »Landwirtschaft« schon seit Jahrzehnten überholt. Selbst in den ländlichsten Regionen Deutschlands prägt die Landwirtschaft zwar noch die Landschaft, aber längst nicht mehr die Wirtschaft. Sogar in den vom bundeseigenen Thünen-Institut für Regionalentwicklung

11 Rodden 2019.

12 Klassisch Lipset/Rokkan 1967, Gourevitch 1986; zu den USA Prasad 2012.

13 Bätzing 2020.

14 Rosés und Wolf 2021.

als »sehr ländlich« klassifizierten Kreisen liegt der Anteil der Land- und Forstwirtschaft an der Bruttowertschöpfung gerade einmal bei 2,3 % Prozent, bundesweit sogar bei weniger als einem Prozent.

Umgekehrt ist aber auch die Assoziation von »Städten« mit »Industrie« ein Relikt der Vergangenheit. Waren viele Städte bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts hinein noch Industriezentren, hat sich das Stadt-Land-Verhältnis in dieser Hinsicht längst umgekehrt. Der Anteil der Industrie an der gesamten Wertschöpfung ist heute sogar im Ruhrgebiet niedriger als im Bundesdurchschnitt, von Städten wie Hamburg oder München ganz zu schweigen. Auch das wohl prominenteste industrielle Ansiedlungsprojekt der letzten Jahre, die Tesla-Fabrik in Grünheide, entstand nicht zufällig in einer ländlichen, wenn auch stadtnahen Region.

Entsprechend liegt der Schwerpunkt des produzierenden Gewerbes in Deutschland heute auf dem Land. Der Bruttowertschöpfungsanteil des produzierenden Gewerbes und der Bauwirtschaft liegt in den Städten bei nur noch 24 %. In den ländlichen Kreisen ist er mehr als anderthalbmal so hoch.<sup>15</sup> Hinzu kommt, dass diese sozio-strukturellen Unterschiede noch zunehmen. Das zeigt nicht nur die Entwicklung der Bruttowertschöpfung. Es zeigt sich auch daran, wer diese Wertschöpfung erzeugt. So arbeiten von den 55- bis 64-Jährigen in städtischen Kreisen 22,7 % als Produktionsarbeiter<sup>16</sup>, in sehr ländlichen Kreisen sind es 30,2 %. Bei den 25- bis 34-Jährigen ist dieser Unterschied mit Anteilen von 19,6 % und 34,1 % fast doppelt so groß.

Aus einer sektoralen Perspektive ist der Stadt-Land-Gegensatz heute also vor allem ein Gegensatz zwischen dem Dienstleistungssektor und dem produzierenden Gewerbe. Das ist auch kein spezifisch deutsches Muster. In den anderen Ökonomien des Westens waren ebenfalls bereits die 1970er-Jahre von einer deutlichen Deindustrialisierung der Städte bei gleichzeitig zunehmender Industrialisierung ländlicher Regionen gekennzeichnet.<sup>17</sup>

Was den deutschen ländlichen Raum aber von anderen europäischen Ländern unterscheidet, ist, dass das produzierende Gewerbe dort bis in die Gegenwart in einer besonders starken Position geblieben ist. Zumindest in Westdeutschland ist es also irreführend, sich ländliche Regionen als ökonomisch »abgehängt« vorzustellen. Der entscheidende Unterschied zwischen Stadt und Land besteht nicht in der Höhe des Wohlstands, sondern darin, wie dieser erwirtschaftet wird. Damit ähnelt Deutschland etwa Österreich und der Schweiz, unterscheidet sich aber deutlich von England oder Frankreich. Gerade das Beispiel der Schweiz zeigt aber, dass auch ökonomisch

15 Hierzu ausführlich Haffert 2024.

16 Nach Definition der Bundesagentur für Arbeit.

17 Keeble 1984.

prosperierende ländliche Regionen in scharfen politischen Konflikt mit Städten geraten können. Offenbar sind die Quellen des Wohlstands politisch kaum weniger wichtig als seine Höhe.<sup>18</sup>

### 3. Stadt-Land-Unterschiede im Wahlverhalten

Den wachsenden strukturellen Unterschieden zwischen Stadt und Land entsprechen auch wachsende Unterschiede im Wahlverhalten. Dabei ist der fundamentale, inzwischen seit mehreren Bundestagswahlen anhaltende Trend das Abschmelzen der ehemaligen Volksparteien, dem ein deutlicher Zuwachs der Flügelparteien gegenübersteht. Dieser Zuwachs der Flügelparteien hat eine eindeutige geographische Struktur, die allerdings nicht symmetrisch ist. Sehr ausgeprägt sind die Stadt-Land-Gegensätze links der Mitte, wo die Grünen und die Post-Wagenknecht-Linkspartei den urbanen Pol des deutschen Parteiensystems bilden. Die – deutlich westdeutscher gewordene – Wählerschaft der Linken hatte 2025 ein beinahe identisch urbanes Profil wie die der Grünen. 2025 lebte der mittlere Grünen-Wähler in einem Wahlkreis mit einer Bevölkerungsdichte von 485 Einwohnern pro km<sup>2</sup> und der mittlere Linken-Wähler in einem Wahlkreis mit einer Bevölkerungsdichte von 463 Einwohnern pro km<sup>2</sup>.<sup>19</sup>

Weniger eindeutig ist der Bild am rechten Rand des Parteiensystems. Zwar lebte der mittlere AfD-Wähler 2025 in einem Wahlkreis mit einer Bevölkerungsdichte von 222,1 Einwohnern pro km<sup>2</sup>, also in einem weniger als halb so dicht besiedelten Umfeld wie Grünen- oder Linkewähler. Ein durchgehendes Stadt-Land-Gefälle in den Wahlergebnissen der AfD gibt es allerdings nur in Ostdeutschland. Im Westen dagegen ist das Bild heterogener. Hier erzielt die AfD teilweise auch sehr starke Ergebnisse in ehemaligen Industriestädten und schneidet gleichzeitig in Schleswig-Holstein oder Niedersachsen eher schwach ab. Insgesamt ist die AfD aber auch im Westen auf dem Land stärker als in den Städten: So erzielte sie ihre absolut stärksten Ergebnisse in Westdeutschland nicht etwa in Kaiserslautern oder Gelsenkirchen, sondern in den Wahlkreisen Deggendorf, Schwandorf und Straubing im ländlichen Niederbayern beziehungsweise der Oberpfalz, auch wenn sie in allen drei Wahlkreisen nur auf Platz 2 hinter der CSU landete. Insgesamt lässt sich damit also dennoch sagen, dass die Opposition im neuen Bundes-

18 Etwas ähnliches gilt für institutionelle Faktoren: Obwohl die politischen Systeme Deutschlands, Österreichs und der Schweiz ländlichen Regionen eine starke Stellung einräumen, haben die Stadt-Land-Gegensätze in allen drei Ländern zugenommen. Am stärksten sind sie wiederum in der Schweiz, dem Land, das ländliche Interessen politisch am stärksten überrepräsentiert.

19 Haffert 2025.

tag ausschließlich aus Parteien mit klar urban oder klar ländlich dominierter Wählerschaft besteht.

Richtigerweise betrachten die meisten Autoren die AfD allerdings gerade nicht als konservative, sondern als reaktionäre Partei.<sup>20</sup> Das wirft die Frage nach der Rolle der Konservativen auf, die ja historisch die politischen Repräsentanten ländlicher Interessen waren. Betrachtet man deshalb die Union als Partei eines traditionellen Mitte-Konservatismus, hat diese zwar ebenfalls ein eher ländliches Profil, dies ist aber viel schwächer ausgeprägt als das der AfD. Dieses Bild ändert sich etwas, wenn man die Union noch einmal in CDU und CSU unterteilt: Die CSU allein hat noch einmal eine deutlich ländlichere Wählerschaft als die AfD. Das liegt allerdings schlicht daran, dass die CSU nur in Bayern antritt. Die Wählerschaft der bayerischen AfD ist wiederum ländlicher als die der CSU.

#### 4. Grenzen der Erklärung mit Einstellungsunterschieden

Das deutsche Parteiensystem wird also immer stärker von geographischen Gegensätzen geprägt. Wie lassen sich diese wachsenden Unterschiede im Wahlverhalten erklären? Ein naheliegender Ansatz wäre, sie mit ebenfalls größer werdenden Unterschieden in den Einstellungen zu erklären: Möglicherweise wollen ländliche Wähler zunehmend andere politische Maßnahmen als städtische Wähler.

Tatsächlich stehen den wachsenden Unterschieden im Wahlverhalten jedoch kaum entsprechend starke Unterschiede in den Einstellungen zu einzelnen politischen Themen gegenüber. Dabei hat die Literatur zum einen Einstellungen untersucht, die typischerweise als »kulturell« beschrieben werden, also insbesondere Einstellungen zu Immigration, aber auch zu LGBTQ-Rechten, Genderfragen oder europäischer Integration.<sup>21</sup> Zum anderen hat sie Einstellungen zu einer Reihe von Infrastrukturpolitiken untersucht, etwa zu Energiepolitik, Bauen und Wohnen, oder Verkehr.

Zwar findet man bei vielen Themen signifikante Einstellungsunterschiede. Allerdings sind die Unterschiede insgesamt viel kleiner als die Unterschiede im Wahlverhalten. Außerdem haben die Unterschiede kaum zugenommen. Das gilt insbesondere bei den »kulturellen« Einstellungen. Bei den meisten Fragen polarisieren sich die Einstellungen auch nicht, wenn man unter Polarisierung versteht, dass sich die Einstellungen einer Gruppe in die eine, die Einstellungen der anderen Gruppe in die andere Richtung verändern. Eher ist es so, dass sich die Einstellungen in den Städten stark liberalisiert haben,

20 Dazu Biebricher 2024.

21 Luca et al. 2023, Huijsmans et al. 2021, Maxwell 2019.

die Einstellungen auf dem Land sehr viel langsamer. So zeigt eine Studie von Twan Huijsmans und Koautoren über die Niederlande, dass die Einstellungen zu Migration seit den 1990er-Jahren in großen Städten deutlich liberaler geworden, im Rest des Landes dagegen tendenziell konstant geblieben sind.<sup>22</sup> Ganz ähnliche Befunde hat Matthias Enggist für Großbritannien und, weniger deutlich, für Frankreich gemacht.<sup>23</sup> Hinter dieser Entwicklung stehen vor allem junge Menschen in Städten, die sich in ihren Einstellungen zu Einwanderung, aber auch zu Europa oder der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowohl von ihren älteren Nachbarn, als auch von ihren Altersgenossen auf dem Land unterscheiden.<sup>24</sup>

Ganz ähnlich lassen sich die Befunde zu stärker materiellen Themen zusammenfassen. Die Bedeutung, aber auch die Grenzen materieller Einstellungsunterschiede zeigt besonders detailliert eine Studie von Borwein et al. zu Kanada. Die Autoren untersuchen eine Vielzahl von Politikfeldern und finden »keine Evidenz, dass diese Stadt-Land-Unterscheide seit den 1990er-Jahren zugenommen haben.«<sup>25</sup> In Deutschland zeigen sich beispielsweise im RWI Klima-Mobilitäts-Panel bei 17 von 20 konkreten verkehrspolitischen Vorschlägen statistisch signifikante Stadt-Land-Unterschiede im Anteil der Zustimmung, die stärksten bei Parkplätzen und der Besteuerung von Diesel. Gleichzeitig gibt es aber kein einziges Thema, bei dem eine Mehrheit der Stadtbewohner einem Vorschlag zustimmt, während einer Mehrheit der Landbewohner den Vorschlag ablehnt oder umgekehrt.<sup>26</sup> Es handelt sich also stets um graduelle, nie um fundamentale Unterschiede.

Die stärksten Anzeichen für wachsende Unterschiede in den Einstellungen zu konkreten Themen finden sich vermutlich in der Schweiz, wo die Stadt-Land-Unterschiede bei Volksabstimmungen seit den 1980er-Jahren deutlich zugenommen haben. Das betrifft immer wieder auch Abstimmungen mit einer klaren materiellen Komponente. Beispielsweise wurden im Juni 2021 gleich drei umweltpolitische Vorlagen abgelehnt, nämlich ein schärferes CO2-Gesetz sowie Gesetze zum Trinkwasserschutz und dem Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft. Dabei lag die Zustimmung in den Städten bei allen drei Gesetzesvorlagen bei über 55 %, während sie auf dem Land nie mehr als 36 % erreichte.<sup>27</sup> Im November 2024 überstimmte dann eine

22 Huijsmans et al. 2021.

23 Enggist 2025.

24 Haffert und Mitteregger 2023.

25 Borwein et al. 2025, S. 1, eigene Übersetzung.

26 Andor, Hümmecke und Memmen 2022.

27 Longchamp 2021.

Koalition aus großen Städten und sehr ländlichen Gemeinden die Suburbs bei einer Abstimmung über den Autobahnausbau.<sup>28</sup>

Alles in allem wird man trotzdem festhalten müssen, dass der Polarisierung zahlreicher europäischer Parteiensysteme keine entsprechende Stadt-Land-Polarisierung der Einstellungen gegenübersteht. Das gilt ganz ähnlich auch für Deutschland. Die Forschung hat verschiedene Erklärungsansätze entwickelt, um diese Polarisierung im Wahlverhalten ohne gleichzeitige Polarisierung der Einstellungen zu erklären.

Ein erster Ansatz betont, dass die Frage, wie sich Einstellungen in Wahlverhalten übersetzen, stark von sozialen Normen abhängt.<sup>29</sup> Diese dürften zum Beispiel ein Grund sein, warum sich konservative Einstellungen in ländlichen Regionen in Ostdeutschland viel stärker in AfD-Unterstützung übersetzen als in Westdeutschland: Die Institutionen eines etablierten, bürgerlichen, staatstragenden Mitte-Konservatismus sind dort viel schwächer entwickelt als im Westen. Das gilt für die Kirchen, für Stiftungen, ein starkes Vereinswesen, oder die zentrale Rolle von Familienunternehmen für die lokale Wirtschaft und Politik. Insofern gibt es dort zwar konservative Einstellungen, aber keinen organisierten Konservatismus.

Eine zweite Möglichkeit besteht darin, Stadt-Land-Unterschiede weniger mit konkreten Einstellungen, sondern sozialpsychologisch mit Unterschieden in Persönlichkeitstypen, etwa anhand der sogenannten »Big Five« zu erklären. Demnach ist »Openness to Experience« der schlechthin städtische Charakterzug. Umgekehrt ist das klassisch konservative Charaktermerkmal »Conscientiousness« besonders auf dem Land verbreitet.<sup>30</sup>

Der für meine Zwecke wichtigste Ansatz argumentiert schließlich, es gehe hier weniger um konkrete Einstellungen und vielmehr um soziale Identitäten und die Wahrnehmung politischer Repräsentation. Besonders prominent ist hier Katherine Cramer's Konzept des »Rural resentment«, also einer »ländlichen Verbitterung«.<sup>31</sup> Demnach empfinden ländliche Wählerinnen und Wähler sich als politisch, ökonomisch und kulturell benachteiligt, weil ihre Anliegen zu wenig politisches Gehör und ihre Lebensentwürfe zu wenig soziale Anerkennung fänden. Für die im Folgenden zu entwickelnde Argumentation besonders wichtig ist aber Cramer's Betonung »harter Arbeit« als eines ländlich konnotierten Werts, der von ihr als Teil des kulturellen Resentiments gegen die Stadt gedeutet wird. Cramer selbst leitet diese Beobachtung aus ethnographischen Untersuchungen im ländlichen Wisconsin ab.

28 Micallef et al. 2024.

29 Valentim 2024.

30 Wilkinson 2019.

31 Cramer 2016.

Die prominente Rolle von »harter Arbeit« ist aber auch im europäischen Kontext und mit anderen Methoden bestätigt worden.<sup>32</sup>

Die Literatur hat also unterschiedlich gelagerte Ansätze entwickelt, um zu erklären, warum Stadt-Land-Unterschiede im Wahlverhalten sehr viel größer sind als die Unterschiede in den Einstellungen zu konkreten politischen Themen. Ein wesentlicher Nachteil solcher Ansätze ist allerdings ihre begrenzte Fähigkeit, Veränderungen des Stadt-Land-Gegensatzes über Zeit zu erklären. Dazu braucht es einen stärker strukturellen Ansatz.

Ein solcher Ansatz kann an die oben beschriebenen sektoralen Veränderungen anschließen. Die immerhin ja doch vorhandenen Einstellungsunterschiede zu materiellen Themen wie Energiewende oder Verkehrspolitik, und die Schlüsselrolle harter Arbeit für die Erklärung ländlicher Verbitterung lassen sich nämlich gemeinsam und besser verstehen, wenn man sie als Ausdruck eines wachsenden Gegensatzes der sektoralen Schwerpunkte der städtischen und ländlichen Ökonomie betrachtet.

Dahinter steht letztlich auch eine Auseinandersetzung um die Zukunft des deutschen Wachstumsmodells. Denn die starke Rolle des produzierenden Gewerbes in vielen ländlichen Regionen bedeutet auch, dass diese Regionen besonders anfällig für die ökonomischen Schocks der vergangenen Jahre sind: Das deutsche Exportmodell als Rückgrat des ländlichen Wohlstands ist eben besonders empfindlich gegenüber Energiepreisschocks, wie sie vom russischen Überfall auf die Ukraine ausgelöst wurden, ebenso wie gegenüber den drohenden Verwerfungen im Welthandel, die mit der Trumpschen Zollpolitik verbunden sind.

Die im Land der »*Hidden Champions*« beschäftigten Landbewohner haben also durchaus noch einiges zu verlieren. Sie sind keine Modernisierungsverlierer, aber sie fürchten um den Status, den sie in den letzten 50 Jahren gewonnen haben. Genau das ist aber, wie die Forschung vielfach gezeigt hat, eines der wichtigsten Motive für die Wahl rechtspopulistischer Parteien.<sup>33</sup> Insofern überrascht es nicht, dass die AfD bei der Bundestagswahl in Regionen mit einem hohen Anteil von Industriebeschäftigten überproportional stark zulegen konnte.<sup>34</sup>

Durch die Industrialisierung des ländlichen Raums ist dieser schließlich das Refugium eines bestimmten, mit der Industriegesellschaft verbundenen Wertekanons geworden, der sich, wie von Katherine Cramer beschrieben, insbesondere um die Bedeutung harter, körperlicher Arbeit bildet. So stimmen in Deutschland 45 % der ländlichen Befragten der Aussage zu, auf dem

32 Zu »*Rural Resentment*« allgemein siehe Claassen et al. 2025, speziell zur Rolle »harter Arbeit« Zollinger 2022.

33 Kurer 2020.

34 Kölzer und Hudde 2025.

Land werde härter gearbeitet. Dagegen waren nur 17 % Prozent der städtischen Befragten der gegenteiligen Auffassung, in der Stadt werde härter gearbeitet.<sup>35</sup> Friedrich Merz' Forderung, die Deutschen müssten mehr arbeiten, dürfte also nicht nur als reine Wirtschaftspolitik, sondern auch als Identifikationsangebot an dieses ländliche Wählerspektrum zu verstehen sein.

## 5. Mehr oder weniger

Wie gerade beschrieben, war die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts von einer Abschwächung des Stadt-Land-Gegensatzes gekennzeichnet. Diese war nicht nur Ausdruck einer technologischen, kulturellen und wirtschaftsstrukturellen Annäherung von Stadt und Land. Sie war auch eine Annäherung in der grundlegenden Frage danach, was die Rolle des Staates sein soll.

Der fordistische Konsens der Nachkriegszeit entsprach dem, was Charles Maier als »*Politics of Productivity*« bezeichnet hat, nämlich den Versuch, »politische Fragen in Fragen der Produktion zu verwandeln und Klassenkonflikte hinter einen Wachstumskonsens zurückzustellen.«<sup>36</sup>

Der Staat wurde damit zum Garanten eines Mehr an Wohlstand und Arbeitsplätzen. Seine Aufgabe lag insbesondere darin sicherzustellen, dass der immer größeren Produktivität der Industrie ein ebenso starkes Wachstum der Konsumnachfrage gegenüberstand. Diese Passung von Produktivitätswachstum und Konsumnachfrage wurde durch zahlreiche wirtschaftspolitische Maßnahmen sichergestellt, von staatlicher Konjunkturpolitik bis zum Ausbau des umlagefinanzierten Rentensystems. Außerdem trat der Staat selbst als Nachfrager und als Produktivitätssteigerer auf, etwa in Form massiver Infrastrukturinvestitionen, deren berühmtestes Beispiel vermutlich das Interstate Highway-System in den USA ist. Auch der Wohnungsbau spielte eine wichtige Rolle: Während das wiedervereinigte Deutschland heute daran scheitert, sein Ziel von 400.000 Wohnungsneubauten im Jahr zu erreichen, wurden in den 1960er-Jahren allein in Westdeutschland jedes Jahr mehr als 500.000 Wohnungen fertiggestellt.<sup>37</sup> Auch die Bildungsexpansion mit ihren charakteristischen Schul- und Universitätsneubauten gehört in diese Reihe.

Der große Gewinner dieses fordistischen Wachstumsmodells waren die »Facharbeiter«, von denen es nun auch auf dem Land immer mehr gab: »Das fordistische Wirtschaftsmodell war im Großen und Ganzen eine Kraft

35 Haffert, Palmtag und Schraff 2024.

36 Maier 1977, S. 607, eigene Übersetzung.

37 Statistisches Bundesamt 2023.

der Integration und Einkommensangleichung zwischen Branchen, Qualifikationsgruppen und geografischen Räumen.«<sup>38</sup>

Eine Politik des Mehr lag aber nicht nur in der Logik der fordistischen Produktionsweise, sie hatte auch simple demographische Gründe: Die geburtenstarken Jahrgänge der Baby-Boomer brauchten und verbrauchten einfach eine größere Infrastruktur. Mehr Kinder, das hieß konkret: mehr Spielplätze, mehr Schulen, mehr Schwimmbäder.

Man könnte also sagen, dass Stadt und Land sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts darüber einig waren, dass die Aufgabe des Staates vor allem darin lag, ein »Mehr« zu organisieren. Dieses Modell konnte sich entsprechend auf eine gemeinsame Unterstützung konservativer und sozialdemokratischer Parteien verlassen.

Das Ende dieses Politikmodus wird üblicherweise damit erklärt, dass er staatlicherseits nicht mehr durchzuhalten war. »Nach dem Boom«<sup>39</sup> konnte es sich die Politik schlicht nicht länger leisten, weitere ressourcenintensive Versprechungen zu machen. Gefragt waren vielmehr neue Regierungstechnologien, die es erlaubten, bereits gemacht Versprechen zurückzunehmen.<sup>40</sup> Wenn es noch möglich war, neue Ressourcen verfügbar zu machen, dann allenfalls in Form ungedeckter Schecks auf die Zukunft.<sup>41</sup>

Das ist allerdings eine rein angebotsseitige Erklärung, die unterstellt, dass die Bevölkerung auch weiterhin einen ungebrochenen Wunsch nach einer Politik des Mehr hatte. Dieser Wunsch sei nur immer weniger erfüllbar gewesen. Politischer Wettbewerb wäre demnach zunehmend der Wettbewerb darum, welcher Partei man am ehesten zutraut, auch unter Bedingungen einer alternden und kaum noch Wirtschaftswachstum erzeugenden Gesellschaft Ressourcen für die Bekämpfung von Knappheitsproblemen verfügbar zu machen.

Tatsächlich, so meine Deutung der oben skizzierten Forschungsergebnisse zu Einstellungsunterschieden, ist eine solche Politik des Mehr in ländlichen Regionen noch immer der dominante Modus von Politik. Zwar sind die Einstellungsunterschiede bei Fragen der Energie-, der Verkehrs-, oder der allgemeinen Wirtschaftspolitik nicht sehr groß. Aber sie weisen doch konsistent in eine gemeinsame Richtung: Die Politik der Produktivität hat auf dem Land weiterhin eine stabile Anhängerschaft: Wo Lücken in der alten Infrastruktur noch immer nicht vollständig geschlossen sind, tun sich inzwischen neue Lücken in der digitalen Infrastruktur auf. Und immer dann, wenn die Politik aus Sparzwängen heraus ein »Weniger« in Form eines Infrastruk-

38 Iversen/Soskice 2019, eigene Übersetzung.

39 Raphael und Doering-Manteuffel 2012.

40 Bartel 2022.

41 Streeck 2013.

turabbaus durchzusetzen versucht, etwa bei der Krankenhausreform, regt sich nachvollziehbarerweise heftiger Widerstand. Tatsächlich bekommt das »Mehr« für viele ländliche Regionen angesichts von Alterung und Abwanderung einen ganz existenziellen Sinn: dort wird es zum wichtigsten Ziel der Politik, das Schrumpfen einer Region zu stoppen oder sogar umzukehren. Das macht etwa das »Baukindergeld« zu einer klassisch konservativen Position mit Stadt-Land-Komponente.

Zugleich weisen diese nicht großen, aber konsistenten Einstellungsunterschiede auch in den Städten in eine gemeinsame Richtung: Hier richten sich die Wünsche immer stärker auf einen Staat, der Knappheit nicht durch größeren Ressourceneinsatz überwindet, sondern die Inanspruchnahme knapper Ressourcen stärker begrenzt. Denn städtische Probleme sind zunehmend Folgen eines »zu viel«. So ist ein wesentliches Problem in Städten inzwischen Konkurrenz um Platz: Um Wohnraum, um Parkraum, darum, welche Verkehrsträger wieviel Platz beanspruchen dürfen, aber auch um Kitaplätze und um Termine bei Behörden. Städtische Kommunalpolitik zielt deshalb immer häufiger auf ein Weniger: weniger Verkehr, weniger Lärm, weniger Luftverschmutzung und inzwischen zum Teil auch weniger Touristen und Airbnb-Wohnungen.

Der Wunsch nach einer grundlegend anderen Agenda der Politik zeigt sich aber nicht nur in konkreten lokalpolitischen Maßnahmen. Städterinnen und Städter sind auch die Triebkraft hinter weitergehenden Projekten, die eine Politik des Weniger zum Ziel haben. Das gilt natürlich für den Teil der Klimabewegung, der in »*Degrowth*« eine Voraussetzung für wirksamen Klimaschutz sieht. Es gilt aber auch auf dem Arbeitsmarkt. Berufsanhänger, die mehr Wert auf Work-Life-Balance als auf rasche Gehaltssteigerungen legen, gehören zu den städtischen Gruppen, bei denen das Modell des Mehr an seine Grenzen stößt.

Nun sollte man diese Gegensätze sicher nicht überzeichnen. Die Frage nach »Mehr« oder »Weniger« ist nur eine Form des Stadt-Land-Gegensatzes unter mehreren. So sind in Fragen des Sozialstaats eher die Städter die Anhänger eines »Mehr«. Und auch im engeren Bereich der Infrastrukturpolitik ist das 500 Mrd. Sondervermögen für Investitionen gerade auch in den Städten begrüßt und von den Grünen als wesentliche Repräsentanten einer städtischen Wählerschaft maßgeblich mitgestaltet worden. Insbesondere ging es den Grünen dabei um die »Zusätzlichkeit« der Investitionen. Allerdings würde man hier im Detail schnell wieder Unterschiede feststellen. So haben die Grünen ja auch durchgesetzt, dass 100 Mrd. aus dem 500 Mrd. – Paket in den Klimaschutz fließen, also gerade in die Reduzierung des Ressourcenverbrauchs.

Auch sollte man bestimmte soziale Milieus in den Innenstadtbezirken nicht mit den Städten insgesamt verwechseln. Selbst in den größten Städten hat die traditionelle Politik des Mehr noch viele Anhänger, insbesondere in den Außenbezirken, die etwa in Fragen der Verkehrspolitik (Parkraum, Tempo 30) oft ganz andere Vorstellungen haben als die Bewohner der Innenstadtbezirke. Die Berliner Konflikte um den Ausbau der Autobahn A100 oder die Verkehrsberuhigung der Friedrichstraße sind hier nur besonders prominente Beispiele.

Trotzdem scheint mir, dass die Frage danach, von wem und wo von der Politik noch immer vor allem erwartet wird, Knappheit durch mehr Resourcen zu überwinden, nicht nur dazu beiträgt, den Stadt-Land-Gegensatz besser zu verstehen, sondern auch die spezifisch konservative Hinwendung zur Technophilie erklären hilft.

## 6. Technophilie im Stadt-Land-Konflikt

Wenn Union und SPD laut Koalitionsvertrag dafür sorgen wollen, dass »Deutschland ein starkes Industrieland bleiben«<sup>42</sup> kann, dann ist das der strukturkonservative Nenner, auf den sich Christdemokraten und Sozialdemokraten heute sehr leicht einigen können. Beide Parteien versuchen insofern, das Grundgerüst des deutschen exportgetriebenen Wachstumsmodells in eine CO2-neutrale Zukunft zu retten. Allerdings konkurriert die SPD heute sehr stark mit Grünen und Linken um städtische Wählermilieus. Deshalb stellt sich für sie die Aufgabe, dieses Ziel mit Elementen einer Politik des Weniger zu verbinden, weshalb sie auch offener für Eingriffe und Verbote ist.

Dagegen sieht sich die Union in ihren ländlichen Hochburgen einer immer stärkeren Konkurrenz von Seiten der AfD ausgesetzt. Wenn aber die Diagnose stimmt, dass in diesen traditionellen Hochburgen des Konservatismus noch immer von der Politik erwartet wird, Knappheitsprobleme mit einer Ausweitung des Angebots, statt mit einer Einschränkung der Nachfrage zu beantworten, dann wird auch die Anziehungskraft technischer Lösungen für die Union besser verständlich. Denn eine Einschränkung der Nachfrage würde Verbote und Verzichte verlangen, etwas, wovon sich die Konservativen geradezu leidenschaftlich distanzieren.<sup>43</sup> Die klassische Lösung, Ressourcen verfügbar zu machen, ist unter den Bedingungen der Gegenwart aber auch weitgehend unplausibel geworden: Erstens hat der Staat dafür

42 CDU, CSU und SPD 2025, S. 6.

43 Biebricher 2024, Lepenies 2022.

kaum noch die finanzielle Kraft (siehe oben) und zweitens sind natürliche Ressourcen heute selbst das größte Knappheitsproblem.

Der konservative Schwenk zur Technologie ergibt insofern Sinn, weil er eine Politik des Mehr möglich zu machen scheint, für die nicht wirklich neue Ressourcen mobilisiert werden müssen. So erklärt sich etwa die konservative Faszination für Fusionsenergie. Aus ländlicher Sicht ist die Verfügbarkeit von günstigem Strom das Knappheitsproblem schlechthin, weil das energieintensive Wachstumsmodell vieler ländlicher Regionen auf günstige Energie angewiesen ist. Eine Politik des Weniger, die hohen Strompreisen Einsparbemühungen entgegensetzen würde, ist dort kaum vermittelbar. Gleichzeitig sind aber auch Windräder und Überlandtrassen in vielen ländlichen Regionen mindestens umkämpft. Das macht auch die Lösung mit erneuerbaren Energien politisch unattraktiv. Fusionsenergie hingegen bietet hier die vermeintliche Lösung, die ermöglicht, auf Windkraftausbau zu verzichten, ohne dafür den Preis eines geringeren Energieverbrauchs bezahlen zu müssen.

Auch autonome Mobilität ließe sich ähnlich in eine Politik der Mehr einbetten. Nicht nur bietet diese Technologie das Versprechen auf eine Ausweitung des Angebots in Zeiten des Arbeitskräftemangels: Selbstfahrende Autos könnten im ländlichen Raum öffentlichen Nahverkehr ohne Personalbedarf ermöglichen. Die autonome Mobilität könnte auch dazu beitragen, Konflikte um knappe städtische Platzressourcen zu vermeiden: Einpendler und Konsumenten müssen sich nicht mehr mit Anwohnern um knappen innerstädtischen Parkraum streiten, wenn sich ihr Auto, nachdem es sie vor dem Büro oder an der Fußgängerzone abgeliefert hat, selbstständig am Stadtrand abstellt.

Weil der Kern des exportgetriebenen deutschen Wachstumsmodells heute in ländlichen Regionen und Speckgürteln liegt, erschöpfen sich die politischen Unterschiede zwischen Stadt und Land also nicht in Positionierungen zu einzelnen politischen Fragen. Sie werfen die viel grundlegendere Frage danach auf, in welchem Modus in Zukunft Politik betrieben werden soll. So sehr eine Politik des Mehr in den Städten an Plausibilität verliert, so sehr bleibt sie ein naheliegender Modus für die ländlichen Herausforderungen. Die strukturellen Bedingungen, die eine solche Politik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhundert ermöglicht hatten, sind jedoch längst nicht mehr gegeben. Stattdessen benötigt es heute eine Politik der Angebotsausweitung ohne Ressourceneinsatz. Wer einen Weg sucht, der das ermöglicht, landet fast automatisch bei Technologie.

## Literatur

- Andor, Mark A.; Hümmecke, Eva; Memmen, Marvin 2022. *Präferenzen und Einstellungen zu viel diskutierten verkehrspolitischen Maßnahmen: Ergebnisse der dritten Welle des RWI Klima-Mobilitäts-Panels aus dem Jahr 2022*. Essen: RWI.
- Bätzing, Werner 2020. *Das Landleben. Geschichte und Zukunft einer gefährdeten Lebensform*. München: C.H.Beck.
- Bartel, Fritz 2022. *The Triumph of Broken Promises: The End of the Cold War and the Rise of Neoliberalism*. Cambridge: Harvard University Press
- Biebricher, Thomas 2024. »Können Konservative verzichten?«, *Merkur*, 78, 906, November 2024, S. 22–32.
- Biebricher, Thomas 2018. *Geistig-moralische Wende. Die Erschöpfung des deutschen Konservatismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Borwein, Sophie; Lucas, Jack; Romualdi, Tyler; Taylor, Zack; Armstrong, David; McCoy, Katharine 2025. »Urban-rural policy disagreement«, in *European Journal of Political Research*, DOI: 10.1111/1475-6765.70009.
- Claassen, Christopher; Göbel, Sascha; Lang, Antonia; Ackermann, Kathrin; Bankov, Petar; Brookes, Kevin; Cappellina, Bartolomeo; Carman, Christopher; Freitag, Markus; García Del Horno, Rubén; Hernández, Enrique; Rico, Guillem; Rossteutscher, Sigrid; Traunmüller, Richard; Webb, Michael; Zmerli, Sonja; Zumbrunn, Alina 2025. »Measuring rural and urban consciousness in Europe«, in *Electoral Studies* 95, 102912. DOI: 10.1016/j.electstud.2025.102912.
- CDU, CSU und SPD 2025. *Verantwortung für Deutschland. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 21. Legislaturperiode*
- Cramer, Katherine J. 2016. *The Politics of Resentment – Rural Consciousness in Wisconsin and the Rise of Scott Walker*. Chicago: University of Chicago Press.
- Enggist, Matthias. 2025. »Regions drifting apart? Cultural grievances across regions in Britain and France, 1987 – 2017«. Manuskript.
- Gourevitch, Peter 1986. *Politics in Hard Times: Comparative Responses to International Economic Crises*. Ithaca: Cornell University Press.
- Greiffenhagen, Martin 1971. »Technokratischer Konservatismus«. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 31/1971.
- Haffert, Lukas 2025. »Doppelte Unterrepräsentation? Ergebnisse der Bundestagswahl 2025 im Spiegel von Stadt und Land, Zentrum und Peripherie«, in *Jahrbuch Deutsche Einheit* hrsg. v. Böick, Marcus; Goschler, Constantin; Jessen, Ralph. Berlin: Ch. Links Verlag, S. 47–64.
- Haffert, Lukas 2024. *Stirbt der Bauer, stirbt das Land?* Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Haffert, Lukas; Mitteregger, Reto 2023. »Cohorts and neighbors: Urban-rural conflict along the age gradient«, in *Electoral Studies* 86, 102705. DOI: 10.1016/j.electstud.2023.102705
- Haffert, Lukas; Palmtag, Tabea; Schraff, Dominik 2024. »When group appeals backfire: Explaining the asymmetric effects of place-based appeals«, in *British Journal of Political Science*, 54, 4, S. 1217–1238. DOI: 10.1017/S0007123424000218
- Haffert, Lukas 2022. *Stadt, Land, Frust. Eine politische Vermessung*. München: C.H.Beck.
- Hankinson, Michael. 2018. »When Do Renters Behave Like Homeowners? High Rent, Price Anxiety, and NIMBYism«, in *American Political Science Review*, 112, 3, S. 473–93. DOI: 10.1017/S0003055418000035
- Huijsmans, Twan; Elco Harteveld; Wouter van der Brug und Bram Lancee 2021. »Are cities ever more cosmopolitan? Studying trends in urban-rural divergence of cultural attitudes«, in *Political Geography*, 86, 102353. DOI: 10.1016/j.polgeo.2021.102353
- Iversen, Torben; Soskice, David 2019. *Democracy and Prosperity. Reinventing Capitalism Through a Turbulent Century*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Keeble, David E. 1984. »The urban-rural manufacturing shift«, in *Geography* 69, S. 163–166.
- Klein, Ezra und Derek Thompson 2025. *Abundance. How we build a better future*. New York: Avid Reader Press.

- Kölzer, Julius und Ansgar Hudde 2025. »Von der blauen Welle getragen? Räumliche Muster der AfD-Unterstützung bei der Bundestagswahl 2025.« In: *De Facto Blog*, Online: <https://www.defacto.expert/2025/03/24/von-der-blauen-welle-getragen-raumliche-muster-der-afd-unterstuetzung-bei-der-bundestagswahl-2025/> (Zugriff vom 29.08.2025)
- Kurer, Thomas 2020. »The Declining Middle: Occupational Change, Social Status, and the Populist Right«, in *Comparative Political Studies*, 53/10–11 (2020), S. 1798 – 1835. DOI: 10.1177/0010414020912
- Lepenes, Philipp 2022. *Verbot und Verzicht. Politik aus dem Unterlassens*. Berlin: Suhrkamp.
- Longchamp, Claude 2021. Der Tag der Extreme. Online: <https://www.swissinfo.ch/ger/politik/schweiz-abstimmung-13-juni-resultate-co2-gesetz-analyse-stadt-land-graben/46703600> (Zugriff vom 29.08.2025).
- Luca, Davide; Terrero-Davila, Javier; Stein, Jonas; Lee, Neil 2023. »Progressive cities: urban-rural polarisation of social values and economic development around the world«, in *Urban Studies* 60, 12, S. 2329–2350. DOI: 10.1177/00420980221148388
- Lipset, Seymour Martin; Rokkan, Stein 1967. *Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives*. New York: The Free Press.
- Maier, Charles S. 1977. »The politics of productivity: foundations of American international economic policy after World War II«, in *International Organization*, 31, 4, S. 607–633.
- Maxwell, Rahsaan 2019. »Cosmopolitan Immigration Attitudes in Large European Cities: Contextual or Compositional Effects?«, in *American Political Science Review* 113, 2, S. 456–474. DOI: 10.1017/S0003055418000898
- Micallef, Claire; Romy, Katy; Turuban, Pauline; Rigendinger, Balz; Jaberg, Samuel 2024. »Sieben Lehren aus dem Nein zur Abstimmung über den Autobahnausbau«. Online: <https://www.swissinfo.ch/ger/bundespolitik/sieben-zentrale-punkte-vom-heutigen-abstimmungssonntag/88307871> (Zugriff vom 29.08.2025)
- Nemerever, Zoe, and Melissa Rogers 2021. »Measuring the Rural Continuum in Political Science«, in *Political Analysis* 29, 3, S. 267–86. DOI: 10.1017/pan.2020.47
- Pierson, Paul 2001. »From Expansion to Austerity. The New Politics of Taxing and Spending«, in *Seeking the Center: Politics and Policymaking in the New Century* hrsg. v. Martin A. Levin; Marc K. Landy; M. Shapiro. Washington, D.C.: Georgetown University Press, S. 54–80.
- Prasad, Monica 2012. *The Land of Too Much. American Abundance and the Paradox of Poverty*. Cambridge: Harvard University Press.
- Raphael, Lutz; Doering-Manteuffel, Anselm 2012. *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*. Göttingen: Vandenhoeck + Ruprecht.
- Rodden, Jonathan A. 2019. *Why Cities Lose: The Deep Roots of the Urban-Rural Political Divide*. New York: BasicBooks.
- Rosés, Joan R.; Wolf, Nikolaus 2021. »Regional growth and inequality in the long-run: Europe, 1900 – 2015«, in: *Oxford Review of Economic Policy*, 37/1 (2021), S. 17 – 48. DOI: 10.1093/oxrep/graa062
- Statistisches Bundesamt 2023. »Seit 1950 wurden in der Bundesrepublik Deutschland durchschnittlich 405 000 neue Wohnungen pro Jahr fertiggestellt« Pressemitteilung Nr. N041 vom 29. Juni 2023.
- Streeck, Wolfgang. 2013. *Gekaufte Zeit: Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Valentim, Vicente 2024. *The Normalization of the Radical Right: A Norms Theory of Political Supply and Demand*. Oxford: Oxford University Press.
- Weckroth, Mikko; Kemppainen, Teemu 2023. »Rural conservatism and the urban spirit of capitalism? On the geography of human values«, in *Regional Studies*, 57, 9, S. 1747–1768. 10.1080/00343404.2022.2151582
- Wilkinson, Will 2019. *The density divide: urbanization, polarization, and populist backlash*, Washington, DC: Niskanen Center.
- Zeit Online. 2025. So hat ihr Wahlkreis seit 1949 gewählt. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2025-02/historische-bundestagswahlergebnisse-wahlkreise-1949> (Zugriff vom 29.08.2025)

- Zollinger, Delia 2022. »Cleavage Identities in Voters' OwnWords: Harnessing Open-Ended Survey Responses«, in *American Journal of Political Science* 68, 1, S. 139–159. DOI: 10.1111/ajps.12743

**Zusammenfassung:** Die sektorale Grundlage des Stadt-Land-Konflikts ist heute ein Gegensatz zwischen ländlicher Industrie und städtischem Dienstleistungssektor. Dieser Gegensatz übersetzt sich in zwei unterschiedliche Politikmodi: Eine Logik des Mehr, die Knappheitsprobleme durch zusätzliche Ressourcen überwinden will, und eine Logik des Weniger, die ihnen durch eine Beschränkung der Nachfrage begegnen will. Während die Politik des Mehr im 20. Jahrhundert in Stadt und Land gleichermaßen plausibel war, ist sie heute vor allem der Modus ländlicher Politik. Die Hinwendung konservativer Parteien zu technologischen Lösungen erscheint vor diesem Hintergrund als Versuch, die Logik des Mehr aufrecht zu erhalten, ohne tatsächlich Ressourcen verfügbar machen zu müssen.

**Stichworte:** Konservatismus, Stadt-Land, Politische Ökonomie, Wachstumsmodell, Wahlverhalten

### More or less: Conservatism and the urban-rural divide

**Summary:** The sectoral basis of the urban-rural conflict today is a contrast between rural industry and the urban service economy. This contrast translates into two different policy modes: a logic of more, which seeks to overcome scarcity problems through additional resources, and a logic of less, which seeks to counter them by limiting demand. While the policy of more was equally plausible in both urban and rural areas in the 20th century, today it is primarily the mode of rural politics. Against this backdrop, the turn of conservative parties towards technological solutions appears to be an attempt to maintain the logic of more without actually having to make resources available.

**Keywords:** Conservatism, urban-rural, political economy, growth model, voting behavior

#### Autor

Prof. Dr. Lukas Haffert  
Département de science politique et relations internationales  
Université de Genève  
40 boulevard du Pont d'Arve  
1205 Genève  
Schweiz  
lukas.haffert@unige.ch



© Lukas Haffert

*Claus Leggewie*

## **Demokratie braucht einen (ökologischen) Konservatismus**

### **Ein Gespräch mit Thomas Biebricher**

**Biebricher:** Herr Leggewie, wenn wir auf Ihre wissenschaftliche Vita und die intellektuelle Biographie schauen, zeigt diese eine unglaubliche Themenpalette. Gibt es irgendeine Agenda, die dieser zugrunde liegt, wenn Sie im Nachhinein, sozusagen retrospektiv darauf blicken? Oder haben Sie in erster Linie auf Entwicklungen reagiert und sich affizieren lassen?

**Leggewie:** Meine Schwerpunkte haben sich zunächst eher zufällig gefügt, manche begleiten mich schon ein ganzes Leben. Ich bezeichne Algerien als meine unglückliche Liebe, weil das Land sehr schön ist und ich die Menschen (ich war ja häufiger dort) schätze, sein politisches Regime aber ein typisches Beispiel für das Umschlagen von Befreiung in Unfreiheit ist, wie übrigens bei fast allen Befreiungsbewegungen in der »Dritten Welt«, was die postkoloniale Legende meist unterschlägt.<sup>1</sup> Algerien ist heute, genau wie Kuba, Vietnam, Nicaragua, Angola... (you name it) eine Autokratie, in der speziell die Jungen wenig Freiheiten haben. Der Hirak war eine Demokratiebewegung, die mit der Pandemie an Dynamik verloren hat und erstickt wurde.

Zum Thema Algerien gekommen bin ich um 1970 im Seminar meines Soziologieprofessors René König. Damals bekam man Referate zugeteilt, ich das Thema »Die algerischen Gastarbeiter in Frankreich«. Davon hatte ich kaum einen Schimmer, sprach auch schlecht Französisch, setzte mich aber im 18. (Algerier-)Arrondissement in Paris sogleich an die Arbeit und durfte meine schlichte Seminararbeit dann in der »Dritten Welt« veröffentlichten, der Nummer 1 einer Zeitschrift, die Königs Assistent Wolfgang Slim Freund gestartet hatte.<sup>2</sup> Den Aufsatz würde heute wohl keine Redaktion mehr annehmen. Aber ich erwähne meine Premiere als Beispiel für die Türen, die meiner wissenschaftlichen und politischen Generation weit offen

1 Claus Leggewie 2022. *Reparationen. Im Dreieck Algerien-Frankreich-Deutschland*, Mainz: Verlag Donata Kinzelbach. Rückblicke auch in ders. 2015. *Politische Zeiten. Beobachtungen von der Seitenlinie*, München: C. Bertelsmann Verlag und ders.; Daniel Cohn-Bendit 2015. *Zurück zur Wirklichkeit. Eine politische Freundschaft*, Berlin: Verlag Klaus Wagenbach.

2 Dazu Claus Leggewie 2025. *Abrechnung. Eine kritische Reflexion des Postkolonialismus*, Baden-Baden: Nomos.

standen, gemessen an den übermäßigen bürokratischen Hürden, die der wissenschaftliche Nachwuchs heute zu gewärtigen hat.

Von Hause aus bin ich kein Politologe, weil das Fach an der Kölner Universität damals langweilig war. Ich habe Germanistik und Geschichte, dann Soziologie bei dem überaus beeindruckenden Kosmopoliten und Exilanten Rene König studiert, der mir als seine studentische Hilfskraft auch mit dem fortgesetzten Algerienprojekt eine wissenschaftliche Karriere eröffnet hat. Er war ein Liberalkonservativer im besten Sinne und hat uns Vertrauen geschenkt und einfach mal machen lassen.<sup>3</sup> Mit Algerien habe ich mich weiter in meiner Dissertation befasst, mit der Aufarbeitung einer frühen Phase des französischen Kolonialismus bei Bassam Tibi in Göttingen, der mir als seinem wissenschaftlichen Assistenten eine zweite große Chance bot. Und während ich dann in Algerien ein Projekt über die staatssozialistische Industrialisierungspolitik Algerien durchführte, sind mir sogenannte Kofferträger, die »Porteurs de Valises«, untergekommen. So nannten sich französische Sympathisanten und Kombattanten der algerischen Befreiungsfront FLN, die nach deren »Umzug« von Frankreich in die Bundesrepublik auch hierzulande gab, was in Vergessenheit geraten war. Nun hatte ich schon in meiner Studienzeit angefangen, für Zeitungen wie die Frankfurter Rundschau, und Radiosender wie den WDR journalistische Beiträge zu schreiben, so dass ich von da an »zweigleisig« fuhr. Aus den »Kofferträgern« machte ich zum einen den Aufsatz für die »Politische Vierteljahresschrift« (PVS), zum anderen ein gut lesbares Buch im Berliner Rotbuch Verlag.<sup>4</sup> Das ist vielleicht typisch für mich: auf der einen Seite die wissenschaftliche Forschung, in der Bibliothek oder im Archiv, auf der anderen Seite gehe ich ins Feld, mache Interviews und liefere dichte Beschreibungen. Viele haben mich in den letzten 50 Jahren (manche freundlich mahnend, andere weniger wohlwollend) als Journalisten tituliert. Das war mir ehrlich gesagt immer wurscht, denn ich bin Professor und arbeite, wie ich finde, ganz ordentlich akademisch, aber eben auch Publizist, der gerne »vor Ort« ist und, wie ich finde, ganz lesbare Geschichten liefert. Es mag Zufall sein, dass meine Seniorprofessur nach Ludwig Börne benannt ist, der 1818 in Gießen promoviert worden ist. Ich eifere ihm insofern nach, dass er sich als politischer Publizist und »Zeitschriftsteller« bezeichnet hat. Wir nennen das heute Zeitdiagnose.

Im Getümmel bin ich übrigens an die extreme Rechte gekommen. Es war bei einem Parteitag der NPD, gegen den wir als Schüler protestierten, dass

3 Leggewie; Cohn-Bendit 2015, zu König S. 62ff.

4 Claus Leggewie 1984. *Kofferträger. Das Algerien-Projekt der Linken im Adenauer-Deutschland*, Berlin: Rotbuch Verlag und ders. 1984. »Kofferträger: Das Algerien-Projekt in den 50er und 60er Jahren und die Ursprünge des ‚Internationalismus‘ in der Bundesrepublik«, in *Politische Vierteljahresschrift*, 25, 2, S. 169–187.

ich plötzlich face to face Adolf von Thadden gegenüberstand. Der interessierte mich als Phänomen (20 Jahre nach 1945 ein neuer völkischer Nationalismus in Deutschland, der in die Parlamente einzieht?) und schockte mich zugleich. Ich wurde ein lebenslanger Antifaschist, auch wenn der Begriff falsch konnotiert und missbraucht worden ist. Aber ich kämpfe als Bürger, Hochschullehrer und Publizist gegen die Wiederkehr des Faschismus in Deutschland und weltweit.

**Biebricher:** Also wachsen Ihnen die Themen zu?

Wachsen mir die Themen zu? Ja. Es gibt viele Leute, die sagen der Leggewie schreibt aber wirklich über alles. Das stimmt nicht. Ich schreibe nur über Sachen, von denen ich was zu verstehen meine und die ich empirisch und theoretisch durchdrungen habe, immer auch, wie man sagt, im Feld. Die ethnografische Chicago Schule der Soziologie war für mich vorbildlich: Geh in die Nachbarschaft, mach dich mit den Leuten vertraut, erkunde die humane Ökologie. Insofern sind für mich nicht nur Bibliothek oder Archiv, sondern immer auch die Straße und die »marginal men« von Bedeutung gewesen. Robert Ezra Park hatte übrigens keine Bedenken, als Journalist angefangen zu haben.

Ein Leitmotiv bei mir ist wohl die respektvolle Grenzüberschreitung ins Offene. Erstens die Grenzen der Nationalstaaten. Ich sehe mich, auch wenn es heute gelegentlich ein Schimpfwort ist, als Kosmopolit und halte nichts von der akuten »Make great again«-Regression. Der zweite Sprung geht über die Grenzen der Fächer, jenseits der engen Disziplinarität und Spezialisierung. Jeder interdisziplinäre Gesprächsversuch an einer deutschen Universität beginnt mit dem defensiven Satz »Ich bin...«, und dann kommt Historiker, Anthropologe, Politologe etc. Selbst SoziologInnen und PolitologInnen grenzen sich oft engstirnig ab. Ich bemühe mich stets von den Problemlagen auszugehen, exemplarisch der Klimawandel. Den kann kein Physiker oder Chemiker oder Soziologe oder Jurist allein bearbeiten, also frage ich: Wie kann man diesen vielgestaltigen und komplexen Sachverhalt aus unterschiedlichen Disziplinen bearbeiten, also sterile Fächergrenzen überwinden? Das haben wir in meiner Zeit am Kulturwissenschaftlichen Institut (KWI) in Essen 2009 bis 2017 gestartet<sup>5</sup> und mit dem Gießener »Panel on Planetary Thinking« fortgesetzt.<sup>6</sup> Uns beschäftigt auch die weiterführende Frage, wie Natur und Kultur gar nicht mehr getrennt betrachtet werden können und

5 Dazu Dana Giesecke; Hans-Georg Soeffner; Harald Welzer (Hrsg.) 2009. *KlimaKulturen: Soziale Wirklichkeiten im Klimawandel*. Frankfurt a.M./New York: Campus und Claus Leggewie; Harald Welzer 2009. *Das Ende der Welt, wie wir sie kannten. Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie*. Frankfurt a.M.: Fischer.

6 Frederic Hanusch; Claus Leggewie; Erik Meyer 2021. *Planetary denken. Ein Einstieg*, Bielefeld: transcript und Sibylle Anderl; Claus Leggewie 2024. *Die Sonne. Eine Entdeckung*. Berlin: Matthes und Seitz.

ob die »more-than-humans« – ich meine Tiere und Pflanzen, Gletscher und Wüsten – als wirkmächtige Entitäten in ein »Parlament der Dinge einbezogen werden sollten.<sup>7</sup> Das fachübergreifende Gespräch führt übrigens auch dazu, dass ich Texte gerne im Team oder mit einzelnen KoautorInnen veröffentlichte.

Der dritte Sprung ist: Ich bin immer dafür, dass sich, was wissenschaftlich erforscht und erkannt wird, auch praktisch auswirkt. So erforsche ich die Demokratie, deshalb habe ich gerne in der Migrationspolitik und im »Wissenschaftlichen Beirat Globale Umweltveränderungen« (WBGU) die Bundesregierung beraten. Und ich habe dann mit anderen und in Experimenten Zukunftsräte<sup>8</sup> erdacht, die heute Bürgerräte heißen und sich als Ergänzung der repräsentativen Demokratie ausbreiten. Wie kann man mit einem »demokratischen Experimentalismus« Legitimationsprobleme der repräsentativen Demokratie beheben? Und dazu gehe ich »ins Feld«, wie wir das im KWI vielerorts gemacht haben. Für mich sind Politikwissenschaftler oder Sozialwissenschaftler stets auch politische Bildner. Das heißt, die Demokratie nicht nur zu erforschen, sondern sie auch am Leben zu halten.

**Biebricher:** Sie haben schon angedeutet, wie Sie Ihre Rolle als öffentlicher Intellektuelle ins Verhältnis zur Rolle als Wissenschaftler setzen. Ist der deutsche Blick auf öffentliche Intellektuelle eventuell zu kritisch? In Frankreich oder anderswo scheint das ja ein etabliertere Rolle zu sein als hierzulande. Umgekehrt wird aber oft beklagt: Es fehlen Intellektuelle.

**Leggewie:** In Frankreich und in den USA, wo ich gelebt und gelehrt habe, habe ich die Unterschiede der akademischen Kulturen kennengelernt. Dort darf man ein Buch fürs allgemeine Publikum schreiben, ohne sich den Vorwurf des Aktivisten oder Feuilletonisten einzuhandeln. Ich wollte so schreiben, dass es möglichst viele verstehen können und mich mit Gegenständen beschäftigen, die von breitem Interesse sind. Sicher habe ich auch Aufsätze verfasst, die drei Leute gelesen haben, das ist auch okay. Aber meine Bücher wenden sich an ein allgemeines Publikum. Mein Freund und damaliger Lektor bei Rotbuch, Otto Kallscheuer, hat gesagt: Wir machen Interventionsbücher. Wir machen Bücher, die in die öffentliche Debatte eingreifen sollen. Eben das ist die Aufgabe des Public Intellectual. Und ich bin dabei nie ein Parteiintellektueller. Ich werde immer als Achtundsechziger und Linker bezeichnet. Aber ich bin mit vielen Linken und vielen Achtundsechziger im lebenslangen Disput.

7 Claus Leggewie 2015. »Für ein Parlament der Dinge«, in *Die Rettung des Planeten. Wie reagiert die Gesellschaft auf die Klimakatastrophe. Eine Gedenkschrift für Helmut Willke*, hrsg. v. Dirk Baecker; Karl-Heinrich Bette; Maren Lehmann, S. 115–134, Frankfurt/Main: Campus.

8 Claus Leggewie; Patrizia Nanz 2016. *Die Konsultative. Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung*. Berlin: Wagenbach (engl. 2019. *No Representation without Consultation. A Citizens' Guide to Participatory Democracy. Between the lines*. Toronto: Between the Lines).

**Biebricher:** Das gehört sich ja auch so.

**Leggewie:** Das ist geradezu das Ethos von Intellektuellen. Meine akademischen Lehrer haben mich beeindruckt und geformt, aber gleichzeitig habe ich bei Joseph Beuys hereingehört, der ein großer Grenzverletzer war. Noch wichtiger war André Gorz, ein österreichischer Jude, der über die Schweiz nach Paris ausgewandert ist. Er war ein eher in sich gekehrter, leise sprechender Intellektueller, der als stellvertretender Chefredakteur des Wochenmagazins »*Nouvel Observateur*« eine große Rolle spielte und mich auf ein anderes Lebensthema gebracht hat, nämlich die politische Ökologie. In den frühen Siebziger Jahren habe ich in Paris studiert und war Mitglied im »*Sozialistischen Büro*« einer dogmatisch undogmatischen Formation der Neuen Linken, die vor allem mit der Zeitschrift »*Links*« wirkte. Die Redaktion wollte ein Interview mit Jean Paul Sartre, der damals als Maoist vor Werkstoren agitierte. Und der 23-jährige Leggewie schrieb einen kecken Brief an den großen Sartre, ob er mir ein Interview geben würde und erklären würde, warum er Maoist ist. Und dann bekam ich eine in kleiner Krakelschrift einen Brief zurück von Gorz.<sup>9</sup> Sartre sei im Moment leider zu beschäftigt, aber wir beide könnte reden. Daraus wurde eine lebenslange Arbeitsbeziehung und politische Freundschaft. Leute wie Gorz, auch der von mir sehr geschätzte Alain Touraine und vor allem so jemand wie Alfred Grosser, der geistige Architekt der deutsch-französischen Aussöhnung, und mein Freund Dany Cohn-Bendit, ein großer Europäer, der sich um nationalstaatliche Grenzen nicht kümmert, haben mich sehr beeinflusst. Auch da fand ich die Börne-Professur passend: als Grenzgänger zwischen Deutschland und Frankreich. Und wir stehen bekanntlich auf den Schultern von Riesinnen, die uns schon als Jugendliche beschäftigt haben: Albert Camus oder Hannah Arendt, allesamt große Freiheitsdenker. Übrigens auch eines toten Hundes namens Karl Marx, der erstaunlich aktuelle Dinge zur Ökologie und zum Freiheitskampf gegen den russischen Imperialismus geschrieben hat. Und wenn Sie wissen wollen, was mein übergeordnetes Thema ist? Es ist immer die Freiheit. Ich bin ein Libertärer, ein Linkslibertärer, muss man heute sagen.

**Biebricher:** Heute muss man das in der Tat spezifizieren, um nicht falsch eingeordnet zu werden.

**Leggewie:** Ja, wegen der Rechtslibertären, die gerne mit Kettensäge auftreten und sich mehr und mehr als politische Verbrecher erweisen. Davon muss sich der Konservatismus absetzen, aus dessen Milieu und Lebenswelt ich familiär abstamme.

<sup>9</sup> Claus Leggewie; Wolfgang Stenke (Hrsg.) 2017. *André Gorz und die zweite Linke. Die Aktualität eines fast vergessenen Denkers*. Berlin: Wagenbach.

**Biebricher:** Dann lassen Sie uns über Konservatismus sprechen. 1987 ist Ihr Buch »Der Geist steht rechts« erschienen, da geht es um die Denkfabriken der Wende, und sie haben damals auch relativ weit bis nach rechts außen geschaut und mit einigen Leuten gesprochen und sich eben gerade insbesondere eben für dieses Terrain der *Think Tanks* – würde man heute sagen – interessiert. Wie blicken Sie heute darauf? Wie haben sich die Dinge entwickelt? Steht der Geist heute noch weiter rechts?

**Leggewie:** Das muss man leider sagen. Das Buch 1987 hatte eine ökumenische Anordnung: alle Ideen einzusammeln, die sich rechts der Mitte positionieren.<sup>10</sup> Das ging von den sehr »mittigen« CDU-Denkern Meinhard Miegel und Kurt Biedenkopf bis zu den äußerst rechten Geisterfahrern Armin Mohler und Günter Rohrmoser. Aber darunter war auch Robert Spaemann, der, als altkatholischer Reaktionär verschrien, mit seinem Verständnis von Lebensschutz auch die Ökologie eingebracht hat – wie ich finde, ein originär konservatives Thema. Heute steht dagegen die völkische Neue Rechte im Vordergrund, die Antiamerikanismus, generell Antikzidentalismus mit eurasischen Fantasien verbindet und sich von Trumpisten und Putinisten umgarnen lässt. Kürzlich hat Alice Weidel dem »*American Conservative*« ein Interview gegeben, in dem sie von den Besiegten von 1945 spricht. Das führt zurück auf das Buch unseres rechtsradikalen Kollegen Arndt von 1978 mit dem Titel »*Die Besiegten von 1945*«. Weidel sagte in dem Interview: Wir sind eine Sklavennation gewesen und jetzt befreien wir uns. Das heißt, wir sind nicht mehr die Besiegten von 1945, sondern werden jetzt die Befreiten von 2025. Und das ist die verschlüsselte Parole politischer Kollaboration mit dem Faschismus.

Das war damals mein Interesse an den Denkfabriken. Wollen die einen modernen, aufgeklärten, zeitgemäßen Konservatismus wie zum Beispiel Miegel und andere? Oder die Verfemung der harten Rechten aufheben, wie Mohler immer gefordert hat, also die »echte Rechte« gegen den Gärtner-Konservatismus von Konrad Adenauer? Wollen sie den Großangriff im Stile einer konservativen Revolution gegen die CDU starten? »Wir werden sie jagen« – und der Hauptfeind ist die CDU. Das Buch ist leider so gelesen worden, als hätte ich der CDU etwas anhängen wollen, dabei wollte und

<sup>10</sup> Claus Leggewie 1987. *Der Geist steht rechts. Ein Ausflug in die Denkfabriken der Wende*. Berlin: BEBUG; dazu der Rückblick Claus Leggewie 2021. »Neue Rechte. Claus Leggewie. Der Geist steht rechts. 1987«, in *Deregulation und Restauration. Eine politische Wissensgeschichte*, hrsg. v. Monika Wulz et.al., S. 198–214, Berlin: Matthes & Seitz; und André Semadeni 2021. »Geist(er)jäger: Reisen in den rechten Kosmos der 1980er Jahre«, in *Rechtes Wissen: Konstellationen zwischen Universität und Politik (Æther 06)*, hrsg. v. Max Stadler, Janosch Steuwer, Monika Wulz (Hg.), Zürich: intercom Verlag, <https://aether.ethz.ch/ausgabe/rechtes-wissen/rechter-kosmos/> (Zugriff vom 14.08.2025) sowie Claus Leggewie 1990. *Die Republikaner. Ein Phantom nimmt Gestalt an*. Berlin: Rotbuch.

will ich sie vor den Ultrarechten bewahren. In fast allen Ländern Europas hat die extreme Rechte die Konservativen und die Christdemokraten kanibalisiert – Italien, Ungarn, überall. Immer soll die Schande der Kollaboration mit den Nazis erinnerungskulturell ausgeschaltet werden, reduziert auf eine Fußnote oder einen Fliegenschiss der Geschichte, wie Jean Marie Le Pen und Alexander Gauland es ausgedrückt haben, um den proeuropäischen, transnationalen, globalistischen Konservatismus sterben zu lassen.

Seit 1987 ist dieses Denkmuster vom absolut marginalen Rand – kaum jemand kannte damals diese Denkfabriken, die ich aufgesucht habe – ins Zentrum der Politik geraten, speziell über die verdammt Migrationsfrage. Die objektive Funktion der Neuen Rechten, ist am Ende die Verdrängung der ökologischen Menschheitsfrage plus die postkoloniale Restauration der weißen, vielerorts auch christlichen Suprematie.<sup>11</sup> Es wundert mich, dass es bis 2025 gedauert hat, derlei als »gesichert rechtsextrem« zu etikettieren. Die Dynamik der AfD von Lucke zu Höcke war aufmerksamen Beobachtern bereits 2014 sonnenklar. Wenn die CDU/CSU fällt, ist der faschistische Durchmarsch vom Osten aus kaum noch aufzuhalten. Die aktuelle Debatte ignoriert das, wenn die Demos gegen rechts, auf die ich auch gehe, den Hauptfeind in Friedrich Merz sehen. Auch davor möchte ich die Konservativen bewahren. Aber Merz bleibt schwammig, ist kein großer Erneuerer, der genau wie die AfD gegen die Grünen agitiert. Wer heute eine geistig moralische Wende vollziehen will, dann in der sozial-ökologischen Frage, verbunden mit der Sicherung der Menschenwürde und der sozialen Gerechtigkeit.

**Biebricher:** Woher kommt Ihr Interesse an den Konservativen?

**Leggewie:** Ich stamme aus einem konservativen Haus im katholischen Rheinland. Ich bin auf ein humanistisches Gymnasium gegangen, kenne das Milieu und habe das lebensgeschichtlich durchgemacht und dagegen entschieden, als ich 16 oder 17 Jahre alt war. Die allgemeine Lügerei war schlimm, meine Generation ist komplett im Unklaren gelassen worden, was die Nazi-Vergangenheit der Eltern betrifft. Insofern bin ich doch ein Achtundsechziger, dabei war ich eigentlich immer noch konservativ. Weil wir »was machen« und uns politisch engagieren wollten, traten ein paar Schulfreunde und ich in die Jugendorganisationen der Parteien ein, ich (ja!) in die Junge Union. Aber ich bin nach drei Wochen oder so wieder draußen gewesen, weil ich in meinem Bezirk (Köln-Brauweiler) gleich in eine Parteiintrige hineingezogen werden sollte. Das beschleunigte den radikalen Schwenk nach Linksausßen, ich hatte aber gar nicht das Gefühl, das politi-

<sup>11</sup> Claus Leggewie 2022. »Zur Renaissance der politischen Theologie in antideokratischen Strömungen« in *Merkur*, 879, S. 82–90.

sche Lager gewechselt zu haben, sondern nur die humanistischen Werte hier besser vertreten zu können.

Denn was war und ist sonst noch konservativ? Die Monarchie ist zur Despotie und zur Tyrannie verkommen. Adel wurde zum Geldadel. Heute tritt weltweit eine neue Plutokratie mit einer unglaublichen Dreistigkeit auf. Was noch? Die Kirche ist durch die Verheimlichung der sexualisierten Gewalt grundstürzend kompromittiert. Das Unternehmertum hat sich neoliberal dem Finanzkapital ausgeliefert. Es ist nicht mehr viel übrig, außer Nostalgie, Ressentiment, Anpassung an das dumme neoliberale Digitalisierungsgerede. Es würde mich freuen, wenn es eine Renaissance eines vitalen, echten Konservatismus, gäbe, aber ich bin skeptisch, ob es dazu kommt. Merz und Co. müssten weit über sich hinauswachsen!

**Biebricher:** Das ist ja die Frage: Also worauf könnte sich denn so eine Renaissance dann doch gründen?

**Leggewie:** Wohl kaum auf die aktuelle Unions-Fraktion. Ich habe kürzlich mit Monika Grüters diskutiert. Sie gehörte zu denen, die erschüttert den Plenarsaal verlassen haben, als Merz in der letzten Plenarwoche den windigen Entschließungsantrag gestellt hat. Sie hat mir bestätigt, dass in der Fraktionssitzung auf den Vorhalt, dass die Deutsche Bischofskonferenz sich gegen diese Erklärung ausgesprochen hatte, jemand gesagt habe: Die Kirche interessiert uns überhaupt nicht. Das ist typisch. Wenn ich aber auf mein Buch von 1987 zurückkommen darf. Da ich habe angedeutet, das Beste für Deutschland wäre eine schwarz-grüne Koalition. Daran müsste heute der runderneuerte Konservatismus anknüpfen: Die ökologische Frage brennt uns wahrlich auf den Nägeln, und das berühmte christliche Diktum Bewahrung der Schöpfung ist das eigentlich Konservative. In der FAZ war kürzlich zu lesen: Konservative, lest »*Der Leopard*« von Giuseppe Tomasi di Lampedusa. Offenbar hat Wolfgang Schäuble Merz dieses Buch einmal geschenkt, und der habe fast empört geantwortet, das sei ja ein Roman! (Will sagen: Lese ich nicht.) Dabei sind alle, die sagen, es müsse sich dringend und alternativlos etwas ändern, begründungspflichtig, wie im »*Leopard*« meisterlich ausgeführt wird. Stattdessen setzen politische Entscheidungsträger besinnungslos auf Künstliche Intelligenz, von der sie übrigens keinen Schimmer haben und das Humane nicht mehr definieren können, dass es dringend zu bewahren gilt. Davon ist im CDU-Grundsatzprogramm überhaupt nichts mehr vorhanden.

**Biebricher:** Da steht aber zumindest noch, dass die Schöpfung bewahrt werden soll. Noch einmal grundsätzlicher: Ist der Konservatismus womöglich letztendlich etwas völlig Amorphes, innerhalb dessen sich allenfalls einzelne Motive, wie eben das des Leoparden identifizieren lassen? Aber bleibt

er darüber hinaus nicht sehr unbestimmbar und dadurch auch gewissermaßen zeitlos?

**Leggewie:** Den Konservatismus kann man meines Erachtens genauso theoretisieren und empirisch sezieren wie den Sozialismus, den Liberalismus, den Anarchismus etc. Gerade in Deutschland nach 1945 gibt es große Leistungen des Konservatismus beim Aufbau der sozialen Marktwirtschaft, der kein blander Kapitalismus sein sollte. Beim Aufbau der EU, die keine reine Wirtschaftsunion bleiben sollte. Der Pragmatismus der Mitte, der eine Errungenschaft für eine Konsensdemokratie war. Das hat die Union in Deutschland herbeigeführt, aber sind das genügend Gründe, ihr weiter Kredit zu geben?

**Biebricher:** Dass der Konservatismus auf manche so rätselhaft formlos wirkt, hat vielleicht auch damit zu tun, dass es überraschend wenige Studien zu ihm im deutschen Sprachraum gibt (die nicht aus dem CDU-Umfeld kommen). Sagt diese tendenzielle Leerstelle auch etwas über unsere sozialwissenschaftliche Forschungslandschaft aus?

**Leggewie:** Ja, wir waren einfach in einer schlechten Weise linkslastig. Meine Generation hat jeden Winkel und jede Verzweigung des Marxismus, Leninismus, der Sozialismus-Schulen bis ins letzte Detail ausgeleuchtet, während die CDU-Forschung im Adenauer-Haus gewissermaßen eingezäunt wurde. Aber es gab eine Gruppe ernsthafter Forscher wie zum Beispiel Klaus Epstein, Martin Greifenhagen, Kurt Lenk und heute Sie natürlich, Herr Biebricher und weitere. Aber im Mainstream der sozialwissenschaftlichen Forschung haben die meisten tatsächlich mehr auf andere Dinge geschaut, ich etwa auf die Rechtsextremen.

**Biebricher:** Wie kann man erklären, dass es in anderen Ländern doch eine sehr viel vitalere Konservatismus Forschung gibt? Also die eben nicht in diese Schubladen reinpasst, die Sie gerade geschildert haben, sondern im Grunde eine halbwegs empathische Konservatismus-Forschung ist, wo Leute wirklich an konservativem Denken interessiert sind. Und zugleich gibt es ja auch eine lebendigere, kritische Konservatismus-Forschung. Hat das was damit zu tun, dass hier dann sofort alle auf den Rechtsextremismus zeigen und sagen: das ist der neue Faschismus?

**Leggewie:** Jedenfalls indirekt. Leute wie George Wills in den USA, die können aufrechte Konservative sein und alle Defizite und Fehler der Republikaner gnadenlos aufspießen. Und dass das in Deutschland nicht passiert, hängt mit der Kontaminierung durch den Nationalsozialismus zusammen. Es klebt immer der (zutreffende!) Vorwurf dran: Ihr habt euch unterworfen, 1932/33 auch das Zentrum. Ihr habt danach keine vernünftige Vergangenheitsbewältigung zugelassen. Ihr habt alles kaschiert und zugedeckt. Das war immer das Odium, das die Konservativen getragen haben. Und mit sol-

chen «Schmuddelkindern» wollte man wohl auch forscherschisch wenig zu tun haben, um nicht in den Verruf zu geraten, man würde etwas exkulpieren. Es gibt in der Tat viele, die sich – da gehöre ich auch dazu – oder etwa Volker Weiß, eher mit der konservativen Revolution beschäftigt haben, ich durchaus mit einem »prokonservativen« Antrieb.

**Biebricher:** Weil Sie so weit gehen würden zu sagen, ohne eine konservative Kraft, die sich aber eben vom Rechtsautoritarismus abgrenzt, ist wenig Staat zu machen in der liberalen Demokratie?

**Leggewie:** Genua. Das war die historische Leistung der CDU nach 1945 und ist ihre strategische Herausforderung im Moment. Jetzt hängt vieles an Deutschland, das sagen auch viele Polen, viele Balten, viele Amerikaner: Bleibt standhaft! Geht nicht der AfD auf den Leim oder lasst euch gar von ihr schlucken. Ihr müsst und könnt der rasanten, aber aufhaltsamen Re-Faschisierung Europas etwas entgegensetzen. National allein geht das nicht mehr, nur noch gesamteuropäisch.<sup>12</sup> Und dann kommt diese Blamage der Kanzlerwahl am 5. Mai 2025! Die Demokratie steht unter Druck, durch das Autokratentrio Putin, Xi Jinping und Trump<sup>13</sup>, ebenso durch die post-koloniale Selbst-verzweigung und durch antidemokratische Kräfte innerhalb der westlichen liberalen Demokratien. Im Moment geht es darum, die liberalen Demokratien resilenter zu machen, aber ohne eine weitere Demokratisierung der Demokratie und Innovationen wie beispielsweise Zukunftsräte auf die lange Bank zu schieben.

**Biebricher:** Aber wie geht das – die Demokratie resilient machen?

**Leggewie:** Das ist die Eine-Million-Euro-Frage, die ich bei Lesungen und Diskussionen oft gestellt bekomme. Da spüre ich eine tiefe Aversion gegen etablierte Politik, auch starke Zweifel an der Problemlösungsfähigkeit der repräsentativen Demokratie, aber ebenso den ernsthaften Willen, sich den bewusster gewordenen Gefahren entgegenzustellen und mehr am politischen Leben zu beteiligen, als nur spöttische Kommentare zu TV-Talkshows abzugeben. Das gilt auch für die U30, die von der Corona-Krise und der Untätigkeit in Sachen Klimawandel schwer gebeutelt und frustriert sind. Und die offenbar nicht genau wissen, wohin sie wollen. Sie haben erst mehrheitlich FDP und Grüne gewählt, dann AfD und Grüne, jetzt Linke und AfD. Um die muss man kämpfen, an der Uni, an der Schule, im Betrieb, überall. Die Jungen sind jetzt wichtig, deren Interessen muss man ins Zentrum rücken, nicht allein die der Rentenbezieher. Ich merke bei Vorträgen in Schulen, dass bei aller Skepsis ein Bedürfnis nach dem Ende der Weltverschlechterung

12 Claus Leggewie 2017. *Europa zuerst! Eine Unabhängigkeitserklärung*, Berlin: Ullstein und Claus Leggewie 2016. *Anti-Europäer – Breivik, Dugin, al-Suri & Co.* Berlin: Suhrkamp.

13 Claus Leggewie 2025. »Die neueste Unübersichtlichkeit: Der Westen und seine Feinde« in *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 5/2025, S. 61–72.

besteht, bei jungen Frauen übrigens mehr als bei Männern. Und der Wandel beginnt schon mit einer anderen Sprache, die Floskeln der PolitikerInnen sind ja kaum noch zu ertragen!

Zweitens bedarf es institutioneller Innovation. Bisher erfüllt kein einziger Bürgerrat alle Voraussetzungen für ein Gelingen, aber Bürgerräte, das regt Steffen Mau gerade für Ostdeutschland an, wären ein Palliativ gegen Beteiligungsverdruss und ein Mittel zur Auflösung des Beteiligungsstaus. Viele Leute wollen mitwirken, aber nicht in *diesen* Parteien, NGOs, Gewerkschaften, Verbänden. Bürgerräte böten eine Möglichkeit, über die Gräben hinweg, vor allen Dingen kommunale Politik zu machen und vor Ort ökologische Projekte zu starten, die zugleich die allgemeinen Lebens- und Arbeitsbedingungen verbessern, also nicht als bloßer Verzicht und Verbot daherkommen. Demokratie von unten.

Drittens: Widerstand gegen den Autoritarismus zu leisten haben wir verlernt.<sup>14</sup> Wir jammern über die Rechten, Trump, und so weiter. Aber wie dem widerstehen? Kaum eine Idee zivilen Ungehorsams, alles spielt sich in digitalen Plattformen ab und kommt nicht auf die Straße. Die AfD ist nicht mit (Berufs-)Verboten zu bekämpfen, sondern, ganz trivial, mit besserer Politik, die Partikularinteressen nicht innerhalb der Koalition zerreden und die nicht in der »gemäßigten« Imitation von AfD-Forderungen in der Migrationspolitik beginnen darf.

Über all dem liegt ein schwerwiegendes epistemisches Problem, seit Putin und Trump genau wie die AfD empirische Evidenz, politische Urteilskraft und moralisches Handeln systematisch diskreditiert haben. Ein demokratischer US-Kongress-Abgeordneter hat mir auf die Frage nach dem Grund für die Attraktivität der Trumpschen Politik und für die Schwäche der Opposition geantwortet: »*We play by the rules, they don't.*« Aber etwas anderes können wir nicht und dürfen wir auch nicht wollen. Mir steht da wieder die Visage von Adolf (von Thadden) vor Augen. Der Kampf um die Freiheit und Sicherheit wird hart.

**Biebricher:** Herr Leggewie, vielen Dank für Ihre Zeit und für das wirklich spannende Gespräch. Und auf jeden Fall wissen wir jetzt auch, dass Sie kurzzeitig mal in der Jungen Union waren.

**Leggewie:** Um Groucho M. abzuwandeln: Aus einem Verein, dem ich beitrete, muss ich sowieso rasch wieder raus. Aber ich glaube, auf mich ist Verlass.



© Claus Leggewie

14 Claus Leggewie 2029. *Jetzt! Opposition, Protest, Widerstand*. Köln: KiWi Taschenbuch.

*Klaus Schlichte*

## **Somalia als Schimäre**

### **Die Grenzen des außenpolitischen Wissens<sup>1</sup>**

#### **1. Einleitung**

Weitgehend unbeachtet von der deutschen Öffentlichkeit beteiligt sich die Bundesrepublik seit 2009 im Rahmen der Missionen AMISOM/ATMIS finanziell an einer militärischen Intervention in Somalia. Auf etwa 4,3 Mrd. € beläuft sich inzwischen die Unterstützung der EU für diese von der Afrikanischen Union und den Vereinten Nationen mandatierten militärischen Intervention, die in diesem Zeitraum weder eine militärische noch eine politische Lösung des Konflikts hat bewirken können.<sup>2</sup> Im Gegenteil, ganz analog zur Entwicklung während der zwanzigjährigen Kriegsführung in Afghanistan, wird immer deutlicher, dass sich die politischen Machtbeziehungen in Somalia weiter zugunsten der als »terroristische Organisation« titulierten »Al-Shabaab«-Milizen verschoben haben.<sup>3</sup>

Mehrere Versuche über gewählte oder eingesetzte zivile Regierungen eine Befriedung zu erreichen, haben weder den Krieg beenden, noch die faktische Abspaltung der »*informal states*« Somaliland und Puntland vom Rest des Landes aufheben können. Das Ergebnis der internationalen Interventionen der letzten 32 Jahre ist bestenfalls gemischt. Mit dem Fall langjährig vertraute ForscherInnen halten die Intervention mittlerweile für eine wesentliche Ursache der konstant scheiternden Konsolidierung politischer Macht

1 In diese Publikation sind Forschungen eingeflossen, die in zwei Drittmittelprojekten gefördert wurden: das BMBF finanziert von 2022 bis 2026 das Projekt »Wissensproduktion in der deutschen Sicherheits- und Außenpolitik«, die DFG hat von 2018 bis 2021 das Projekt »Figurations of Internationalized Rule« (Projektnummer 405630485) gefördert. Dank geht an Maryna Kocherzat und Sarper Göksal für Hilfe in der Recherche, an die Archivare des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes und an die Leitung des Auswärtigen Amtes für die offene Aufnahme, täglichen Gespräche und zahllosen Einblicke in die Alltagsarbeit des Auswärtigen Amtes während eines Forschungsaufenthaltes von November 2019 bis Februar 2020. Den Gutachtern und dem Lektorat des »Leviathan« sei für viele hilfreiche Hinweise gedankt. Jude Kagoro und Markus Höhne haben mit ihren Kommentaren zu früheren Versionen viele Irrtümer zu vermeiden geholfen.

2 Mission Permanente 2024.

3 Vgl. Noor 2025.

in Somalia<sup>4</sup> oder kommen zu dem Ergebnis, dass die Intervention eher konfliktverschärfend gewirkt habe.<sup>5</sup>

Eine Reihe von Autoren führt Pfadabhängigkeiten zur Erklärung langjähriger Interventionen an, gerade in Zusammenhang mit dem »*global war on terror*«.<sup>6</sup> Arretierende Interessenkoalitionen, diskursive Verstetigungen und die Figur der »*sunk costs*« werden dabei herangezogen. Umso interessanter sind die ursprünglichen Entscheidungen: Was bewog westliche Staaten Anfang der 1990er Jahre, mit militärischen Mitteln in den Konflikt in Somalia zu intervenieren?

Der vorliegende Beitrag rekonstruiert die Entscheidung der Bundesregierung im Jahr 1992, sich erstmals mit bewaffneten Truppen an einer Auslandsintervention außerhalb des NATO-Gebiets zu beteiligen. Diese Untersuchung ist zugleich eine Studie über die Herstellung und Verwendung zweier Wissensformen, die auf die Repräsentation des Konflikts im politischen Feld einwirken. Auf der Grundlage der mittlerweile einsehbaren Akten des Auswärtigen Amtes geht es zum einen um das außenpolitische Wissen. Das Auswärtige Amt prägte als zentrale Behörde die Repräsentation des politischen Geschehens des weiter entfernten Auslands in Deutschland wesentlich mit. Idealerweise, und im Gedanken »wissenschaftlicher Politikberatung« als Prämisse angelegt, beruht das Wissen der Behörde sowohl auf selbst im diplomatischen Geschäft erarbeiteten Einschätzungen wie auch auf wissenschaftlichem Wissen, das über »*think tanks*«, andere Formen der Politikberatung und einfache Lektüre seinen Weg in den behördlichen und politischen Diskurs findet.

Wie im Folgenden argumentiert werden soll, traf diese Auffassung wissenschaftlich informierter Außenpolitik auf die tatsächlichen Prozesse Anfang der 1990er Jahre nicht zu. Die Rekonstruktion des Entscheidungsprozesses im Jahr 1992 zeigt, dass sozialwissenschaftliches Wissen über die Lage in Somalia keine Rolle in den Regierungsentscheidungen und ministeriellen Sachständen gespielt hat.<sup>7</sup> Stattdessen überwog eine Wissensform, die als pragmatisches Wissen bezeichnet werden kann, das den sozialen Feldern der jeweiligen Akteure entsprach, nämlich einerseits dem administrativen

4 Höhne, Scharrer, Seidel 2022.

5 Balthasar 2018.

6 Keen 2005; Kohn 2009.

7 Dies obwohl aktuelle deutsche Fachliteratur vorlag, darunter Publikationen des vom Auswärtigen Amts mitfinanzierten Instituts für Afrika-Kunde in Hamburg, wie Bongartz (1991) und Brüne, Matthies (1990). Darüber hinaus waren weitere Publikationen auf Deutsch (zum Beispiel Schröder 1991) und Französisch (Marchal 1991, 1992) erschienen. Mit Günther Schlee, damals Professor für Sozialanthropologie an der Universität Bielefeld, wäre zudem ein ausgewiesener Kenner der politischen Strukturen und Praktiken des Horns von Afrika zu finden gewesen. Keiner der drei interviewten Kenner der Region konnte von einer Kontaktaufnahme durch ministerielle Stellen vor Beginn des Truppeneinsatzes berichten.

ministeriellen Feld und andererseits der Pragmatik des politischen Feldes. Auch der mediale Diskurs, der im Jahr 1992 einen erheblichen Einfluss auf die Meinungsbildung hatte, hinkte den realen Verhältnissen in Somalia um mehrere Monate hinterher. Die Militarisierung der deutschen außenpolitischen Haltung zu Somalia, die wegweisend für das weitere Interventionsverhalten Deutschland wurde, erwuchs, so die These dieses Beitrags, nicht aus einer sachbezogenen Analyse der Situation in Somalia, sondern aus dem Zusammenspiel von drei unterscheidbaren Motivlagen:

Am bedeutendsten war erstens die Rolle institutioneller Eigeninteressen der Ministerien und ihrer Repräsentanten. Das gilt insbesondere für das Bundesministerium für Verteidigung, das trotz bestehender Alternativen auf die Entsendung von Militär drängte. Diese Beobachtung bestätigt die in der Außenpolitikforschung lange bekannte Größe der bürokratischen Eigeninteressen.<sup>8</sup>

Zweitens wurden im Regierungshandeln insgesamt machtstaatliche Motive sichtbar. »Internationale Geltung«, die Erwartungserwartung der »Bündnisverpflichtung« und die den Diskurs durchziehende Betonung der »internationalen Verantwortung« sind Ausdruck der zugrundeliegenden Vorstellung einer zu verbessernden Machtstellung Deutschlands als Staat in einem sich neu ordnenden Gefüge anderer »Mächte«. Drittens, und dies ist der dynamisierende Faktor, wurde der Humanitarismus als Motivlage in der Diskussion um die Entwicklung in Somalia im Verlauf des Jahres sowohl in den USA als auch in Deutschland virulent.

Erhöhte mediale Aufmerksamkeit für die Notlage in Somalia, angetrieben auch durch die Aktivität nationaler und internationaler Nichtregierungsorganisationen, schuf den diskursiven Bezugsrahmen einer »humanitären Krise in Somalia« aber bloß ad hoc. Im Moment der Entscheidung war dies schon nicht mehr die aktuelle Realität, denn die Lage hatte sich vor der im Dezember 1992 einsetzenden US-amerikanischen Intervention schon wieder stark verbessert. Eine Beendigung der Hungerkatastrophe wäre auch ohne ein militärisches Eingreifen der Bundeswehr möglich gewesen.

Die Entsendung von Militär als stärkster Nachweis »internationaler Verantwortung« entsprach damit einem konservativen Machtstaatsdenken nach der Wiedervereinigung. Man wollte »wieder europäische Großmacht«, zugleich »Nationalstaat« und »Zentralmacht Europas« sein.<sup>9</sup> Etwas verhaltener, aber vom gleichen Geltungsbedürfnis getrieben, war das Ziel des Auswärtigen Amtes unter Klaus Kinkel, einen permanenten Sitz im UN-Sicher-

8 Vgl. Allison, Halperin, S. 1972.

9 Schwarz 1994 8; Dem gleichen Machtstaatsverständnis folgend plädierte Rühe auch noch vor kurzem dafür, dass die Bundeswehr die »stärkste konventionelle Streitmacht Europas« werden solle (zit. n. Monath 2022).

heitsrat zu erhalten. Auch diesem Ziel sollte der Einsatz in Somalia dienen. Aus innenpolitischen Gründen wurde die Intervention indes als »humanitärer« Beitrag ausgegeben. Dieser Diskurs fügte sich in eine entwicklungspolitische Kontinuität, aber er ist zugleich Symptom des sich abzeichnenden Humanitarismus, der nach dem Ende des Ost-West-Konflikts zum dominanten Legitimierungsmuster in der westlichen Interventionspolitik wurde.<sup>10</sup>

Im Vergleich zu anderen Planungs- und Krisenentscheidungen<sup>11</sup> ist die Entscheidung über den Bundeswehreinsatz in Somalia 1992 sicher in gewissem Sinn eine Ausnahme, weil das bürokratische und aktuelle Wissen über den Kontext durch den schon vier Jahre andauernden Krieg, die Schließung der deutschen Botschaft in Mogadischu und den Abzug von Deutschen aus der Entwicklungszusammenarbeit besonders eingeschränkt war. Auch auf wissenschaftlicher Seite sah es nicht viel besser aus: Nur eine Handvoll von Forschenden hatte sich überhaupt der politischen und sozialen Dynamik Somalias gewidmet, trotz der vermeintlich »geopolitisch« großen Rolle des Landes. Die Unkenntnis der Verhältnisse kennzeichnete folglich nicht allein die Diplomatie und das Militär, sondern ebenso den wissenschaftlichen Diskurs.<sup>12</sup>

Diese Befunde weisen über den Fall hinaus: Das Wissen der Außenpolitik, so das Argument, ist wesentlich pragmatisches Wissen der Apparate. Dass Wissen der Sozialwissenschaften findet darin nur insoweit seinen Platz, wie es sich in die bürokratisch vorgeformten Praktiken fügt oder sich als in der jeweiligen politischen Situation als verwendbar erweist. Die Grenzen dessen, was als brauchbares Wissen im politischen und administrativen Feld gilt, werden offenbar zum einen von bürokratischen Mitteln und Unterteilungen gesetzt, sowie zum anderen von politischen Erfordernissen, die vor allem aus innenpolitischen Konstellationen und Erwartungserwartungen gegenüber anderen Regierungen resultieren. »Somalia« selbst war dagegen 1992 eine Schimäre und ist es bis heute geblieben.

Was »Somalia« als gesellschaftlicher oder politischer Zusammenhang ist, bleibt im politisch-administrativen Feld der Interventen im Grunde irrelevant. In den 1990er Jahren dominierten in den diplomatischen Berichten über die somalische Gesellschaft seit 150 Jahren existierende Stereotype einer mechanischen »Clan-Struktur« Somalias. Ebenso pauschal kategorisiert die sicherheitspolitische Publizistik Gesellschaften wie Somalia mit der

10 Hensell, Schlichte 2025.

11 Colschen 2010, S. 53.

12 Marchal 2009, S. 381; Zu ähnlichen Verhältnissen in jüngeren Interventionen vgl. zu Afghanistan Baczko, Dorronsoro 2017; Dorronsoro 2021 und Münch 2015; zu Mali Distler, Tekath 2023 und Tull 2024, zu Somalia Bakonyi 2018 sowie Peltner (2016) und Brockmann-Large, Peez 2024 zum Wissen der deutschen Außenpolitik im Vorfeld des Genozids in Ruanda.

Trias von »Staatszerfall«, »organisierter Kriminalität« und »tribalistischen Gesellschaften«.<sup>13</sup> Wie eine Schimäre wandelt sich Somalia in den Augen seiner Beobachter, deren Interpretation eher von ihren Voreinstellungen abzuhängen scheint als von der sozialen Wirklichkeit in Somalia.

Einmal in Gang gekommen, konsolidierte die Intervention ihren eigenen Gegenstand: Gerade in Fällen von »Staatszerfall« wie ihn die Staatengemeinschaft und die »Experten« in Afghanistan, Somalia, der DR Kongo oder in Liberia diagnostiziert haben, wird der imaginäre, zu schaffende Staat zur Schimäre, zu einem Trugbild, das zugleich erzeugt und behandelt werden will.<sup>14</sup> Auch die Schimäre Somalia ist ein Produkt eines solchen Krisendiskurses mit seinen ontologisierenden Mechanismen.<sup>15</sup>

Der nachfolgenden Rekonstruktion liegen unterschiedliche Materialien zugrunde: Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes, insgesamt fünfzehn Interviews mit Exilanten, mit Beamten unterschiedlicher Bundesministerien, mit SozialwissenschaftlerInnen, die sich in den vergangen dreißig Jahren mit Somalia beschäftigt haben sowie fallbezogene Sekundärliteratur. Eine dreimonatige »beobachtende Teilnahme« als Länderreferent in einem Referat des Auswärtigen Amtes zwischen November 2019 und Februar 2020 lieferte Hintergrundwissen über Routinen und die berufliche Lebenswelt des Auswärtigen Amtes, die einem täglich geführten Forschungstagebuch protokolliert wurden.<sup>16</sup> Alle Primärdaten sind mit Blick auf die Fragestellung nach der Rolle wissenschaftlichen Wissens sowohl deduktiv wie »*in vivo*« kodiert worden.

In der Sekundärliteratur ist besonders die umfängliche und auf Archivmaterialien verschiedener Ministerien sowie auf 50 Zeitzeugengesprächen basierende Dissertation von Konopka (2023) zu Afrika-Einsätzen der Bundeswehr hervorzuheben. Mit der Studie von Goede (2009) liegt auch eine kritische Analyse der Politik der Bush-Regierung und des UN-Generalsekretärs im Jahr 1992 vor. Eine Reihe von Autoren hat schließlich unmittelbar im Anschluss an die zweite UN-Mission UNOSOM II Versäumnisse, offensichtliche Fehler und das letztendliche Scheitern der Mission behandelt.<sup>17</sup> Methodisch soll der Beitrag deshalb nur als eine explorative Fallstudie<sup>18</sup>

13 So noch jüngst Masala 2018: 99ff.

14 Vgl. Bakonyi 2018; Distler, Tekath 2023.

15 Vgl. Nabers 2019.

16 Voraussetzung dieser Forschung war eine vertragliche Vereinbarung mit dem Auswärtigen Amt, die eine Prüfung von Publikationen vor der Veröffentlichung durch das AA beinhaltete. Auch dieser Text hat diese Prüfung erfahren.

17 De Waal, Omar 1994; Matthies 1995; Bryden 1995; Prendergast 1995; Stevenson 1993; Schlee 1995.

18 Creswell 2013.

verstanden werden, deren thesenartige Befunde auf der Grundlage weiteren Materials ergebnisoffen zu diskutieren wären.<sup>19</sup>

Der hier verwendete soziologisch-pragmatische Wissensbegriff basiert auf Verständnissen der Philosophie des Pragmatismus und der Soziologie Pierre Bourdieus. Wissen ist demnach habituell eingelagertes, pragmatisches »savoir faire«, das in Formaten, Redeweisen und Vokabular gegenstands-konstituierend wirkt. Je nach sozialem Feld ergeben sich so unterschiedliche Wissensräume, die inlosem Zusammenhang zueinander stehen. Das wird schon deutlich im folgenden Abschnitt dieses Textes, der die politische Entwicklung Somalias der letzten vierzig Jahre nur in groben Strichen nachzeichnen kann. Der landläufig als »failed state« bezeichnete politische Zusammenhang wird erkennbar in der publizistisch orientierten Politikwissenschaft wie in der Diplomatie diskursiv hergestellt und bewahrt.

Im Folgenden wird zunächst die Entwicklung des seit 1988 andauernden Krieges in Somalia zusammengefasst, einschließlich der Internationalisierung des Konflikts durch mehrfache Interventionen. Der daran anschließende Teil rekonstruiert die Entscheidung der Bundesregierung vom Dezember 1992, die Bundeswehr nach Somalia zu entsenden.

## 2. Was in Somalia passierte

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts und dem Rückgang auswärtiger Hilfe setzte zunächst ein Bedeutungsverlust Somalias in der internationalen Politik ein. Das Regime des vormaligen Offiziers Siad Barre, der sich 1969 mit einer zunächst modernistischen Agenda an die Macht geputscht hatte, konnte sich bis in die späten 1980er Jahre auch auf massive Hilfe aus westlichen Staaten stützen.<sup>20</sup> Das lag vor allem an der geostrategischen Lage des Landes und der Konkurrenz zum zwischen 1975 und 1991 marxistisch-leninistisch orientierten Regime im benachbarten Äthiopien.<sup>21</sup> Ähnlich wie das südliche Afrika war das Horn von Afrika durch den Ost-West-Konflikt zu einem der am stärksten militarisierten Gebiete der Welt geworden.<sup>22</sup>

Durch die Kosten des gegen Äthiopien 1978 verlorenen Ogaden-Krieges geriet das Barre-Regime schließlich in eine Krise, die sich durch wiederholte Dürren verschärfte. Das Regime reagierte auf erste niedrigschwellige innerstaatliche Gewalt mit massiver Repression und der Schließung von Machtchancen, so dass sich im Westen wie im Süden Rebellenbewegungen

19 Für ein ähnliches Vorgehen vgl. Dittmer 2017.

20 Vgl. Bongartz 1993.

21 Matthies 2011, S. 24.

22 Vgl. Matthies 1992.

bildeten.<sup>23</sup> Ab 1988 befanden sich Teile des Landes in einem innerstaatlichen Krieg, der 1991 zum Ende des Barre-Regimes führte. Die zerstrittenen Kriegsparteien konnten jedoch keine nationale Regierung bilden, die politische Herrschaft blieb fragmentiert. Auf die humanitäre Notlage, die sich im Gefolge des Krieges herausbildete, reagierte die Staatengemeinschaft zunächst nur verhalten mit Nahrungsmittelhilfe, die vom Internationalen Roten Kreuz organisiert wurde.<sup>24</sup> Über die internationale Öffentlichkeit bildet sich ab 1991 allerdings Druck auf, mehr gegen die sich offenbar ausweitende Hungerkatastrophe zu unternehmen, ein Thema, das auch von deutschen Journalisten aufgegriffen wurde.<sup>25</sup> Im April 1992 begann dann eine erste UN-Intervention, die vor allem die Verteilung von Hilfsgütern gewährleisten sollte. Die Bundesregierung entschied im Frühjahr 1992, sich zunächst mit zwei in Kenia stationierten Transall-Maschinen der Bundeswehr an der Lieferung von Nahrungsmitteln nach Mogadischu zu beteiligen, während gleichzeitig der UN-Sondergesandte Mohammed Sahnoun einen ersten Ausgleich zwischen den bewaffneten Gruppen organisierte.

Seine durchaus erfolgreichen Bemühungen wurden jedoch durch eine weitere Entwicklung konterkariert: Weil ein erweiterter Truppeneinsatz unter dem Mandat von UNOSOM dem UN-Generalsekretär Boutros-Ghali nicht möglich schien, gab er dem Drängen der US-Regierung nach, eine neue Mission aufzusetzen, die den massiven Einsatz von Interventionstruppen vorsah.<sup>26</sup> Im Herbst 1992, gegen Ende der Amtszeit von George Bush Sen., und in Abstimmung mit seinem Nachfolger Bill Clinton, entschloss sich die US-Regierung, mit entsprechender UN-Legitimierung einen ersten Fall der »humanitären Intervention« im Rahmen der »Neuen Weltordnung« zu schaffen. Dieser militärischen Intervention, wiederum von den Vereinten Nationen legitimiert, schloss sich die Bundesregierung an, ohne Abstimmung mit dem Bedarf der UN-Mission.

Am 9. Dezember 1992, bereits sechs Tage nach der UN-Entscheidung, begann die Dislozierung von insgesamt 25.000 US-Soldaten als größtem Kontingent einer auf 37.000 veranschlagten Truppenentsendung. Zwar gelang es, innerhalb von kurzer Zeit Hafen und Flughafen von Mogadischu unter Kontrolle der Blauhelme zu bringen, aber sowohl in der Hauptstadt als auch außerhalb dauerten Kämpfe gegen verschiedene somalische bewaff-

23 Vgl. Bongartz 1991 und Omar 1992.

24 Omar 1992, S. 233.

25 Alle hierzu genannten Zahlen beruhen auf Schätzungen mit unklarer Grundlage. Zur Frage der Datenverlässlichkeit in Hungerkatastrophen und innerstaatlichen Kriegen vgl. das Streitgespräch zwischen dem Aktivisten John Prendergast und dem ugandischen Sozialwissenschaftler Mahmood Mamdani aus dem Jahr 2009 [https://www.youtube.com/watch?v=yGOpfH\\_5\\_pY](https://www.youtube.com/watch?v=yGOpfH_5_pY) (Zugriff vom 23.11.2024).

26 Vgl. Goede 2009.

nete Gruppen an. Die vom UN-Präsidenten Sahnoun mühsam verhandelte Balance zwischen den bewaffneten Gruppen kollabierte.<sup>27</sup> Der UN- legitimisierte Einsatz schuf in Somalia ein breites Ressentiment gegen die Vereinten Nationen und die westlichen Truppen, so dass diese in kurzer Zeit selbst zum Angriffsziel wurden. Am 3. und 4. Oktober 1993 kam es dann zur »Schlacht von Mogadischu«, in deren Verlauf 18 US-Soldaten und geschätzt eintausend Somalier ihr Leben verloren. Bilder von durch die Straßen Mogadischus geschleiften US-Soldaten gingen um die Welt, und am 6. Dezember 1993 kündigte US-Präsident Bill Clinton den Abzug der US-Soldaten bis Ende März 1994 an. Etwa zeitgleich verließen auch die letzten deutschen Soldaten Somalia. Die Intervention UNOSOM II hatte den Krieg also nicht beenden können, sondern eher zu seiner Eskalation beigetragen.<sup>28</sup>

Die Mission kostete insgesamt über zwei Mrd. US-Dollar, von denen indes 90 Prozent vom entsandten Militär selbst verbraucht wurden.<sup>29</sup> Nach Ansicht vieler Beobachter kam es zu dieser Intervention, weil die westlichen Staaten zugleich auf den kriegerischen Zerfallsprozess Jugoslawiens, der im Westen medial ungleich höhere Aufmerksamkeit erhielt, keine politische Antworten bieten konnten<sup>30</sup> und weil die westlichen Militärapparate nach dem Ende des Ost-West-Konflikts ihren Erhalt legitimieren mussten.<sup>31</sup>

Nach dem Ende der »Friedensmission« 1995 beruhigte sich paradoxerweise die Lage in Somalia. In loser Föderation bildete sich über die »Union of Islamic Courts« (UIC) auch ein klan-übergreifender Organisationszusammenhang, der eine Chance auf Befriedung des Landes bot.<sup>32</sup> Die nicht von den UN-Missionen berührten Teile im Nordosten und Nordwesten des Landes hatten durchweg geringere oder gar keine Gewaltdynamiken gezeigt.<sup>33</sup>

Mit den Anschlägen vom 11. September 2001 und dem von den USA geführten »war on terror« internationalisierte sich die Sicherheitslage in Somalia erneut. In der Befürchtung, die UIC wäre eine den Taliban ähnliche Unterstützungsstruktur für den »internationalen Terrorismus«, unterstützen die USA im Jahr 2006 eine kriegerische Invasion Äthiopiens nach Somalia. Dieser bis heute andauernde Krieg gilt als »das klassische Beispiel dafür, wie eine erratische US-Anti-Terror-Politik, die lokale Realitäten ignorierte, selbst jene Situation hervorgerufen hat, die [sic] ursprünglich verhindern

27 Vgl. Sahnoun 1994, S. 53.

28 Vgl. Holzer 2011; Schlee 1995.

29 Prendergast 1995, S. 273.

30 Konopka 2023, S. 323.

31 Prunier 1996, S. 56.

32 Matthies 2011, S. 25.

33 Bryden 1995; de Waal, Omar 1994.

wollte«.<sup>34</sup> Denn der Krieg im Kontext des »war on terror« führte zur Radikalisierung des jüngeren Teils des islamistischen Milieus in Somalia.<sup>35</sup> Ebenso scheiterte die nachfolgend mit Unterstützung der USA und der EU geschaffene Übergangsregierung, auch wenn sie ab 2007 von einer mit UN- und AU-Mandat legitimierten Militärmmission vorwiegend ugandischer und burundischer Truppen gestützt wurde. In den vergangenen über 18 Jahren hat auch diese militärische Intervention weder eine Beendigung des Krieges noch eine Befriedung größerer Landesteile bewirken können. So kontrollieren die aufeinanderfolgenden Regierungen Somalias nur wenig mehr als die Hauptstadt, während um den Flughafen Mogadischus eine ausgedehnte und befestigte »frontier zone«<sup>36</sup> der Interventen entstanden ist.

Seit annähernd 40 Jahren weist das Land Somalia damit keine einheitliche Gebietsherrschaft auf, sondern ist in unterschiedliche Herrschaftsgebilde zerfallen: Im Nordwesten ist der relative stabile informelle Staat »Somalieland« entstanden, der auf funktionierende wirtschaftliche Einbettungen und Verwaltungsstrukturen verweisen kann.<sup>37</sup> In der Mitte Somalias hat eine Koalition verschiedener Clans den ebenfalls informellen und international nicht anerkannten Staat Puntland ausgerufen, während die verbliebenen vier südlichen Provinzen Somalias formell dem »Federal Government of Somalia« (FGS) unterstehen. Diese Regierung führt in diesen Gebieten allerdings vor allem Krieg gegen die islamistische Miliz Al-Shabaab (»die Jugend«), die im Süden das Geschehen dominiert und auch Mogadischu informell kontrollieren soll.<sup>38</sup> Dabei wird die FGS von einer US- und EU-finanzierten Interventionsarmee mit Kontingenten aus Uganda, Burundi, Kenia, Äthiopien und Dschibuti unterstützt. Die durch UN- und AU-Resolutionen legitimierte Mission soll der Ausbildung der somalischen Armee dienen, ist aber auch selbst militärisch operativ. Daneben unterhalten auch die Türkei<sup>39</sup> und die USA eigene Militärstützpunkte mit Trainingseinrichtungen. Die USA haben darüber hinaus im Februar 2024 die Gründung von bis zu fünf weiteren Militärbasen in Somalia mit der Föderalregierung Südsomalias vereinbart.<sup>40</sup>

Ähnlich internationalisiert wie die militärische Lage ist die Ökonomie Somalias. Infolge der kriegsbedingten Fluchtbewegungen lebt rund ein Vier-

34 Holzer 2011, S. 102.

35 Vgl. Marchal 2009; Höhne 2011b.

36 Bakonyi 2021, S. 8.

37 Vgl. Musa et al. 2023.

38 Interview mit einem in Somalia eingesetzten ostafrikanischen General, 11.01.2025.

39 Vgl. Hassan et al. 2023.

40 Al-Bulushi, Ibrahim 2024.

tel der geschätzt 20 Millionen Somalier im Ausland.<sup>41</sup> Die Summe aus ihren Rücküberweisungen von etwa zwei Mrd. USD und die etwa 800 Mio. USD Hilfen aus dem Ausland übersteigen die Steuereinnahmen des gesamten Gebiets um das Sechsfache. Das Bruttoinlandsprodukt Somalias wird auf 11 Mrd. USD geschätzt.<sup>42</sup>

Das Land Somalia kann damit als Extremfall »internationalisierter Staatlichkeit«<sup>43</sup> gelten, als unitärer Staat ist es auch heute eine Schimäre. Die im Folgenden betrachtete Entscheidung der Bundesregierung unter Helmut Kohl, die Bundeswehr erstmals außerhalb der NATO-Staaten einzusetzen, ist Teil dieser Geschichte der Internationalisierung des Staates in Somalia.

### 3. Die Entscheidung der Bundesregierung vom 17. Dezember 1992

Am 9. Dezember einigte sich in Bonn eine Ministerrunde auf Geheiß des Verteidigungsministers Lothar Rühe auf ein »Engagement« der Bundeswehr, so der Sprachgebrauch, »in einer befriedeten Region«. Der anschließende Kabinettsbeschluss erfolgte am 17. Dezember 1992, vierzehn Tage nach dem auf Betreiben der USA entstandenen Beschluss des UN-Sicherheitsrates, eine bewaffnete Mission unter US-Führung nach Somalia zu entsenden. Der Kabinettsbeschluss sah die Zusammenstellung des Kontingents ohne Rücksprache mit den Vereinten Nationen vor, ohne Wissen über den konkreten Auftrag bei den Soldaten, ohne Kenntnis des Parlaments und des Verteidigungsausschusses, und vor allem ohne Kenntnis des »Einsatzraums«.<sup>44</sup>

Auch im Bundestag wurde die Lage im November 1992 entsprechend dramatisiert. Von einer »Apokalypse«, einem »Amoklauf des Hasses«, einer »Katastrophe«, sichtbar geworden in »entsetzlichen Hungerbildern« und »Gemetzel«, war die Rede.<sup>45</sup> Die Abgeordneten verfügten jedoch nicht über mehr Wissen zur Lage als die Ministerien. Zuverlässige Zahlen über das Ausmaß der Hungersnot waren nicht vorhanden und alternative Versorgungsmöglichkeiten wurden nicht diskutiert. Tatsächlich hatten sich die Raten der Unterernährung im Dezember 1992 bereits von 60 auf »fast normale« 10 Prozent gesenkt<sup>46</sup>, also bereits vor der US-geführten Intervention.

Aus den Akten ist keine Bemühung erkennbar, vor einer Entscheidung detailliertes Wissen über die aktuelle Situation in Somalia zu erlangen.

41 Interview mit exilierter Somalier, 28 Jahre, männlich, Chemiclaborant in Deutschland, s.a. UNHCR 2025.

42 Vgl. Musa et al. 2023.

43 Schlichte 2017.

44 Konopka 2023, S. 325ff.

45 Zit.n. Konopka 2023, S. 343.

46 Stevenson 1993, S. 139.

Doch zwei Jahre nach dem Beginn des Anti-Regime-Kriegs 1988 hatten deutsche Entwicklungshelfer das Land verlassen, im Jahr 1991 schloss auch die deutsche Botschaft in Mogadischu. Über die Lage im Land erfuhren die deutschen Diplomaten nach 1991 nur noch über andere oder durch kurze Besuche in Somalia. Das Wissen der deutschen Diplomaten, das neben Medienbeiträgen auch Grundlage der Information der deutschen Parlamentarier war, beschränkte sich folglich auf die Darstellungen anderer sowie die vorherige Arbeit des Auswärtigen Amtes.

In der medialen Berichterstattung, in den politischen Debatten und in der Korrespondenz der deutschen Diplomaten überwogen die Stereotype, nicht die Analyse: So berichtete der damalige Botschafter im Juni 1990 noch aus Mogadischu von einer von »fast vollständige(n) Unregierbarkeit... wegen des Nomadenerbes an Stolz, Überheblichkeit und Unabhängigkeit, Empfindlichkeit und Staatsfeindlichkeit«.<sup>47</sup> Ähnlich summarisch wird die Lage in einem zusammenfassenden Sachstand im März 1992 eingeschätzt: »Im Süden herrschen Chaos, Anarchie und Gewalt«. Die Kämpfe seit November 1991 werden als »Clan- und Bandenkämpfe« erklärt, sie seien »zu einem anarchischen Gemetzel jeder gegen jeden geworden. Das Land scheint der Selbstzerstörung anheimzufallen.«<sup>48</sup>

Die deutschen Diplomaten schlossen sich auch der fatalen Fehleinschätzung der USA an, dass in Somalia jedwede Herrschaftsstruktur zusammengebrochen sei. Es gebe »...keine Gruppierung, die nun anstelle der Regierung Staatsgewalt ausüben würde; weder auf zentraler noch lokaler noch regionaler Ebene«, noch gebe es »funktionstüchtige Strukturen«.<sup>49</sup> Dieser Befund diente den internationalen Akteuren zugleich als Legitimierung der Intervention, da damit der spätere Vorwurf der Verletzung der Souveränität Somalias oder einer »Einmischung in innere Angelegenheiten« nicht zu befürchten sei.<sup>50</sup> In späteren Fällen wurde ähnlich argumentiert.

An der Sequenz der Beschlüsse, Beratungen und Maßnahmen wird auch erkennbar, dass nicht die Lage in Somalia die Politik der Bundesregierung bestimmte, sondern der Wunsch, durch die Entsendung von Truppen das internationale Renommee Deutschlands im Sinne eines klassischen Machtstaats zu erhöhen. Nicht nur hatte sich die Lage in Somalia bis Dezember 1992 grundlegend geändert, auch ging die Entscheidung der Exekutive zur

47 B 34 ZA 14999 Somalia, 322, 1989–1990, Botschaft Mogadischu an AA, Ref. 322, Zur Unter-richtung, 17. Juni 1990.

48 322–322.00 – 385.00, 1991–1992, Ref. 322: Somalia Sachstand, 20.3.1992.

49 B 80 503.01 SOM 1991–1994, Abt. 500, 320.25 SOM, an Ref. 322 im Hause, »Somalia-Hilfe«, 13.12. 1992.

50 B 80 503.01 SOM 1991–1994, Abt. 500, 320.25 SOM, an Ref. 322 im Hause, »Somalia-Hilfe«, 13.12. 1992.

Entsendung von Truppen der Debatte um einen Monat voraus. Selbst die eigentliche Anfrage der Vereinten Nationen an die Bundesregierung erfolgte erst im April 1993, vier Monate nach dem Beschluss des Kabinetts. Die Vereinten Nationen hätten auch eher die Entsendung einer Polizeimission begrüßt, gleichwohl drängte Bundeskanzler Kohl den UN-Generalsekretär Boutros Ghali, um Militärentsendung nachzusuchen.<sup>51</sup>

Aus den Akten wird auch keine deutsche diplomatische Initiative erkennbar, die sich jenseits der UN mit anderen Regierungen verbunden hätte, um eine friedliche Regelung zu erzielen. Zwar wussten die deutschen und anderen westlichen Akteure von afrikanischen Initiativen, etwa des ugandischen Präsidenten Museveni, sowohl im März wie im Oktober 1992, zwischen den beiden Hauptgruppen Frieden zu stiften.<sup>52</sup> Dies führte nach Lage der Akten jedoch nicht zu Versuchen, diese Bemühungen zu unterstützen oder gar sich ihnen anzuschließen.

International aber auch in der Bundesrepublik dominierte das »Nicht-Wissen« über Somalia. In den archivierten Akten des Auswärtigen Amtes über Somalia und die UN-Missionen in jenen Jahren findet sich nur ein einziger Hinweis auf eine professionelle Studie zur Lage im Interventionsgebiet. Sie stammt von einer britischen Beratungsfirma und wurde von der deutschen Botschaft in London in die Zentrale in Bonn übermittelt.<sup>53</sup> In den Akten finden sich weder Verweise auf deutsche noch internationale wissenschaftliche Literatur, lediglich verstreute Hinweise auf einzelne Presseberichte, sofern diese für die internen Diskussionen relevant wurden. Stattdessen schickte die deutsche Botschaft in Nairobi 1991 dem Referatsleiter in Bonn den Bericht eines lange in Somalia tätigen Wasserbauingenieurs, der zusammen mit Exilsomaliern mit Buntstiften eine Karte der verschiedenen Rebellengruppen und ihren Zusammenhängen mit den somalischen Clans gezeichnet hatte.<sup>54</sup> Nirgendwo in den Akten taucht die deutsche oder internationale Friedens- und Konfliktforschung auf, kein Länderexperte wird genannt.<sup>55</sup> Bezug genommen wird nur auf reguläre politische Akteure in Deutschland, Diplomaten anderer Länder und die Vereinten Nationen. Nur ab und an werden Berichte von der Weltbank, dem IWF oder einer privaten

51 Konopka 2023, S. 355.

52 322–322.00 – 385.00, 1991–1992, Fernschreiben AV Kampala an AA Bonn: Besuch des ugandischen Präsidenten in Somalia (photo), 5.10.1992, 322–322.00 – 385.00, 1991–1992, Ref. 322: Somalia Sachstand, 20.03.1992.

53 B 34 ZA 153671 Somalia, Botschaft London an AA, Ref. 301, Entwicklungshilfe in Somalia, 21.10.1992.

54 B 34 ZA 153654 (Somalia 320.10, vom 09.01. bis 30.06.1991), Botschaft Nairobi an Ref. 322: Anlage Bericht des Ingenieurs A. Klauck über Clans in Somalia und Rebellengruppen, 26.02.1991.

55 S.a. Fn. 2.

Intelligence-Firma in London angeführt oder zitiert. Erst 1992, vier Jahre nach Beginn des Krieges, intensiviert sich die Berichterstattung über Somalia in Deutschland. Die Dynamik, die letztlich die Entsendung von Truppen bewirkte, entstammte also nicht einer tieferen Analyse der politischen Lage in Somalia. Vielmehr war es, wie im nachfolgenden Abschnitt gezeigt werden soll, der durch die mediale Berichterstattung ausgelöste Diskurs über eine »humanitäre Notlage«, der die politische Durchsetzung institutioneller Interessen erlaubte.

#### 4. Humanitäre Motive

Dem Einsatz der Bundeswehr ging eine humanitäre Hilfe mit Luftwaffenflugzeugen voraus: Ab dem Sommer 1992 erhielt Somalia Nahrungsmittelhilfe, die auch durch zwei Transall-Maschinen<sup>56</sup> der Bundeswehr über den kenianischen Flughafen Mombasa geleistet wurde. Denn »die Bundesressorts wollten nicht abseits stehen«, als die zweite UN-Mission Unosom II begann (Konopka 2023: 306). Zur Entscheidung über den Einsatz kam es indes nicht im Rahmen einer UN-Mission, sondern war ein deutscher Alleingang, dem keine Anfrage seitens der UN oder der US-Regierung vorausgegangen war.

Humanitäre Motive dienten zwar öffentlich zur Begründung des 1993 beschlossenen Einsatzes der Bundeswehr und waren aucherkennbar bei deutschen politischen Akteuren subjektiv vorhanden. Doch zeigen die Quellen, dass diese Motive keinen Vorrang hatten und nicht kausal ausschlaggebend waren. Denn das humanitäre Motiv blieb solange politisch unwirksam, wie es nicht mit institutionellen Interessen konvergierte. Noch im September 1992 lehnte das Finanzministerium weitere Aufwendungen ab, obwohl das ICRC nunmehr die Zahl von 4,5 Millionen vom Hungertod bedrohten Menschen angab.<sup>57</sup> Auch das Bundesverteidigungsministerium sah sich im September 1992 nur in der Lage, zwei Minenräumfahrzeuge nach Somalia zu liefern. Für ein mobiles Lazarett oder gar Sanitätspersonal seien aufgrund der Auslastung durch das schon vorhandene Engagement in

56 In der anrollenden Hilfswelle des internationalen Militärs kommt es rasch zu Überfüllungen der regionalen Flughäfen. Die USA reservierten den günstiger gelegenen Flughafen in Dschibuti für sich, für die Bundeswehr blieb nur der Flughafen in Mombasa, dessen Landebahn so kurz ist, dass die Transall-Maschinen nicht mit voller Last fliegen konnten.

57 PA-AA BA 34 ZA 153656 320.10 SOM, April 1992 bis September 1992.

Brief Ref. 301 (von Stenglin) an BM, Humanitäre Hilfe der Bundesregierung in Somalia, 03.08.1992. Auf dem Brief findet sich die handschriftliche Anmerkung »Man kann die Menschen doch nicht einfach so sterben lassen!«.

Kambodscha keine Mittel da.<sup>58</sup> Auch über die Kosten des Transall-Einsatzes entstand schnell Streit zwischen den Ministerien. Für den Transport von 5.900 Tonnen Getreide beliefen sich die Kosten auf 34 Mio. DM, obwohl weitaus günstigere Alternativen hierfür vorgelegen hätten, freilich ohne Einbeziehung der Bundeswehr.<sup>59</sup> Auch ergab eine Erkundung der Bundeswehr selbst im März 1993, also vier Monate vor dem Eintreffen des Kontingents, dass in der Region Beledweyne keine Not herrschte und keine Unsicherheit bestand.<sup>60</sup>

Weniger das Geschehen in Somalia selbst, das zunächst auch kaum durch journalistische Arbeit abgedeckt wurde, als die medialen Inszenierungen einer Notlage und der Helfer bereiteten den Boden für die Entscheidung zur Entsendung von Militär. Die Berichterstattung über die in ihrem Umfang gar nicht bestimmte Notlage wirkte als Grundlage für die Ausrufung einer »Krise« im Sinne eines diskursiv erzeugten Entscheidungspunktes.<sup>61</sup>

An dieser Inszenierung hatte die Bundesregierung selbst Anteil. Ein Staatsminister aus dem Auswärtigen Amt unternahm mit einem Tross von 17 deutschen Journalisten im September 1992 eine Reise nach Somalia, »um ein persönliches Bild von den Zuständen in Somalia und von der Effizienz unserer Transporthilfe zu gewinnen«.<sup>62</sup> Die Reise umfasste aber nur einen Aufenthalt von wenigen Stunden in Somalia. Die restliche Zeit war Begegnungen mit anderen Diplomaten in Kenia gewidmet sowie mit der Luftwaffeneinheit, die von Mombasa aus operierte. Ein Bericht des Staatsministers über den Besuch ist nicht archiviert, doch aus dem Programm des Besuches ergibt sich, dass der eigentliche Aufenthalt in Somalia sich auf vier Stunden beschränkte und nur einmal ein Gespräch mit somalischen Ältesten geführt wurde. Alle anderen Gesprächspartner waren Deutsche oder US-Amerikaner. Gesprächsrunden mit den mitreisenden Journalisten gab es dagegen mehrfach.<sup>63</sup>

Auch im Bundestag wurde die Lage im November 1992 dramatisiert. Von einer »Apokalypse«, einem »Amoklauf des Hasses«, einer »Katastrophe«,

58 BAV 173 NEWYVN 24955, Friedensmission in Somalia (UNOSOM), Fernschreiben AA an Dt. Botschaft bei den VN, New York, 17.09.1992.

59 Konopka 2023, S. 307ff.

60 Konopka 2023, S. 381.

61 Vgl. Nabers 2019.

62 BAV 173 NEWYVN 24955, Friedensmission in Somalia (UNOSOM) Botschaft Nairobi an Ref. 301, Besuch Staatsminister Schaefer in SOM u. KEN, 14.09.1992.

63 B 3 ZA 413664 – Reisen StM Schäfer, Oktober 1991 – Oktober 1993, Programm ihrer Mission in Kenia und Somalia, 08.-10.09.1992. Der Besuch ist symptomatisch. Aus dem Bestand der Aktenmappe wird erkennbar, dass der Staatsminister in zwei Jahren mehr Treffen mit der »Atlantik-Brücke« hatte als Besuche in afrikanischen Ländern, obwohl die Region zusammen mit dem Nahen und Mittleren Osten und Asien seine regionale Zuständigkeit ausmachte.

sichtbar geworden in »entsetzlichen Hungerbildern« und »Gemetzel«, war die Rede.<sup>64</sup> Die Abgeordneten verfügten jedoch nicht über mehr Wissen zur Lage als die Ministerien, zuverlässige Zahlen über das Ausmaß der Hungersnot lagen auch ihnen nicht vor. Alternative Versorgungsmöglichkeiten wurden zumindest im Parlament nicht diskutiert.

Das Bild Somalias, das diesen Entscheidungen zugrunde liegt, beruht erkennbarerweise auf den Schilderungen in westlichen Massenmedien, die den Landeskennern zufolge nicht auf der Höhe der Zeit waren. Die Medien zeichneten ein Lagebild, dass die seit dem Sommer 1992 unter dem UN-Gesandten Muhammad Sahnoun erzielten Vermittlungserfolge ebenso ignorierte wie die im Herbst 1992 bereits verbesserte Versorgungslage.<sup>65</sup>

Einen Monat nach dem Beschluss des Kabinetts, am 14. Januar 1993, wurde das »Engagement« der Bundeswehr und die inzwischen erarbeitete Vorlage für eine Grundgesetzänderung zum Einsatz der Bundeswehr »out of area« dann im Bundestag diskutiert. Unter allen Parteien außer der PDS/ Linke Liste war Konsens, dass der Einsatz der Bundeswehr für »humanitäre Zwecke« gerechtfertigt werden könne. Lediglich ein CDU-Abgeordneter, der die Verhältnisse in Somalia aus eigener jahrelanger Berufstätigkeit kannte, widersprach.<sup>66</sup> Im Frühjahr 1993, noch vor dem eigentlichen Einsatz der Bundeswehr, konnte man allerdings in der deutschen Presse auch einzelne bissige Kommentare lesen – »Wo fliegen wir hin?« -, die darauf verweisen, dass die Notlage in Somalia bereits abgewendet wurde und der genaue Zweck der Entsendung von Truppen selbst innerhalb der Bundeswehr unklar sei.<sup>67</sup>

## 5. Das tragende Prinzip: Machtstaatsdenken

Eine plausible Erklärung des Bundeswehreinsatzes in Somalia, der schließlich im Juli 1993 begann, kann ohne Verweis auf institutionelle Interessen der beteiligten Bundesministerien nicht auskommen. Dass die Interessen unterschiedlicher Ministerien jedoch zusammenwirken konnten, verweist auf durchscheinende Vorstellungen eines möglichst machtvollen Staates, dessen internationale Bedeutung durch den Einsatz für alle sichtbar steigen würde.

In Deutschland wie in den USA wurde, so viele Beobachter bereits damals, die zeitgleiche Entwicklung in Jugoslawien politisch als bedeutsamer eingeschätzt als der Fall Somalia. Zugleich waren beide Regierungen ebenso

64 Zit.n. Konopka 2023, S. 343.

65 Bryden 1995, S. 146.

66 Vgl. Konopka 2023, S. 347.

67 Der Spiegel 18/1993.

wenig wie die NATO insgesamt in der Lage, auf die Ereignisse vor allem in Bosnien-Herzegowina zu reagieren, so dass das »Engagement« in Somalia als Ersatzhandlung verstanden werden kann.<sup>68</sup> Die Beteiligung Deutschlands erfolgte den Militärs zufolge aus solchen »bündnispolitischen Erwägungen«.<sup>69</sup> Eine Anfrage von Seiten der USA, die in der nun anhebenden UN-Mission UNITAF mit ihrer Operation »Restore Hope« das Kommando übernahmen, lag jedoch gar nicht vor. Dennoch beschloss das Bundeskabinett am 17. Dezember 1992 eine »humanitäre Hilfe«. Art, Umfang und Passung des Einsatzes blieben undefiniert. Das Auswärtige Amt signalisierte zwar Skepsis, da es keine vorige Erkundung in Somalia gegeben hatte und auch die Absprache mit den Vereinten Nationen fehlte. Aber es trug die Entscheidung mit.<sup>70</sup>

Erklären lassen sich Handeln und Entscheiden der Bundesregierung am ehesten aus dem Motiv der Geltung durch Macht. In den Debatten und Äußerungen wird eine »Erwartungserwartung« erkennbar, die sich als »bündnispolitische Erwägung« äußert. Doch im Dezember 1992 lag weder von Seiten der USA noch von Seiten der Vereinten Nationen ein Gesuch um Truppenentsendung vor.<sup>71</sup> Dass sich die Bundesregierung zum Einsatz der Bundeswehr entschloss, beruhte im Fall des Auswärtigen Amts auf der Aussicht, durch die Übernahme von »Verantwortung« die Chancen auf einen permanenten Sitz im UN-Sicherheitsrat zu erhöhen.<sup>72</sup> Im Fall des Bundesverteidigungsministeriums scheinen ähnlich statusorientierte Zielsetzungen überwogen zu haben, nämlich in den Augen der »Bündnispartner« und ihrer militärischen Abteilungen als gleichwertiger Akteur wahrgenommen zu werden.<sup>73</sup> Beide Motive lassen sich aus institutionentheoretischer Sicht als »mission creep«, als eigenmotiviertes Interesse an Status, Budget und Personalumfang interpretieren. Ihr Zusammenschluss indes ist nur durch

68 Matthies 1992, S. 48; de Waal, Omar 1994, S. 8; Konopka 2023, S. 331. »Das Signal eines Engagements in Somalia könnte die heraufziehende Diskussion (über Jugoslawien, KS) weitgehend kompensieren« heißt es in einer Vorlage des Führungsstabs der Streitkräfte für den Verteidigungsminister Rühe, (zit.n. Konopka 2023, S. 331).

69 Konopka 2023, S. 323.

70 Konopka 2023, S. 337.

71 Konopka 2023, S. 353. Die Anfrage der UN, die eigentlich eine deutsche Polizeimission vorgezogen hätte, erfolgte dann erst im April 1993, also vier Monate nach dem Kabinettsbeschluss. In der Zwischenzeit soll Bundeskanzler Kohl den UN-Generalsekretär gedrängt haben, Deutschland offiziell um eine Militärimmission zu bitten (Konopka 2023, S. 355).

72 Um dieses Ziel zu erreichen, zog Außenminister Kinkel im Oktober 1993 bei dem sich abzeichnenden Ende des Bundeswehreinsatzes deshalb auch die Beteiligung an anderen UN-Missionen in Erwägung (Konopka 2023, S. 462).

73 Vgl. Konopka 2023, S. 350, 505.

die Vorstellung eines den Zusammenhang bildenden Staatsverständnisses möglich, das beide Bürokratien umschloss und diskursiv zusammenhielt.<sup>74</sup>

Erkennbar wird das überlieferte Machtstaatsdenken auch aus der angestrebten Führungsrolle des Bundesverteidigungsministeriums. Die »Verantwortung« eines Staates in der internationalen Politik sollte an der Stellung und Tätigkeit seines Militärs sichtbar werden. Der gerade erst seit zwei Jahren wieder vollsouveräne Kollektivsingular Deutschland strebte unter Einsatz und Zurschaustellung aller Insignien der Staatlichkeit nach außen volle Anerkennung an. Die »Rückkehr auf die Weltbühne« der »Zentralmacht Europas«<sup>75</sup> war Bestandteil des konservativen Staatsdenkens nach der Wiedervereinigung. Die Chimäre Somalia wird damit zum Vehikel für die innenpolitische Verständigung über die neue Rolle des wiedervereinigten Deutschland als Machtstaat in der internationalen Politik.

Nicht auf militärische Mittel fixiert, aber auf internationalen Status ausgerichtet war auch die Leitung des Auswärtigen Amtes. Außenminister Kinkel hob im Juni 1993 vor dem Bundesverfassungsgericht hervor, was die Konsequenzen des Nicht-Einsatzes wären: »Unsere Verbündeten setzen hohe Erwartungen in unser Engagement und unserer Rolle bei UNOSOM II. Diese Erwartungen würden enttäuscht und unsere Glaubwürdigkeit als Partner in der internationalen Politik beschädigt«.<sup>76</sup> Noch im Oktober 1993, als der Rückzug der Bundeswehr durch den Verteidigungsminister gegenüber der Presse schon verkündet worden war, verwies das Auswärtige Amt im Kabinett auf das anhaltende Interesse und »außenpolitische Verpflichtung«, weil es sein Hauptziel in Gefahr sah: »Wir haben erst mit Kambodscha und Somalia begonnen, den VN Truppen zur Verfügung zu stellen. Wir haben noch keinen gefestigten Ruf, sondern wollen erst eine verantwortungsvollere Rolle in den VN übernehmen (Sicherheitsratssitz)«.<sup>77</sup>

Am ehesten lässt sich diese machtpolitisch grundierte Motivlage im Sinne Luhmanns als »Erwartungserwartung« formulieren, denn konkrete Erwartungen anderer waren bis zum Entscheidungszeitpunkt im Dezember 1992 gar nicht kommuniziert worden. Die Bundesregierung war auch nicht Teil der sich in New York abzeichnenden Interventionsplanung. Sie erfuhr von den schon vor der Küste Somalias liegenden US-Kriegsschiffen mit 2.400

74 Zu dieser Funktion des Staatsbegriffs als »fictio iuris« vgl. Migdal, Schlichte 2005; Koschorke et al. 2007, und Bourdieu 2012, S. 505ff.

75 Schwarz 1994.

76 B 30 ZA 180482 Somalia, Organklage wegen BW-Einsatz, 20.06.1993 – 12.04.1994 Referat 322, Sachstand Somalia, 21.06.1993. Am 23.06.1993 entschied das Bundesverfassungsgericht gemäß des sogenannten »Mahrenholz-Kompromisses«, dass Auslandseinsätze der Bundeswehr fortan der Zustimmung des Bundesverfassungsgerichts bedürften.

77 BA 30 ZA 180484 SOM, Dt. Kontingent, 17.12.1992 – 2.04.1994, Abteilung 2 (Chrobog), Vermerk für Bundesminister zur heutigen Kabinettsitzung, 27.10.1993.

Marines an Bord erst zwei Tage bevor die US-Regierung ihre »*6 point strategy of relief assistance*« vorstellten.<sup>78</sup> Am 3. Dezember erfolgt dann die Resolution 794 des UN-Sicherheitsrates über die von den USA geleitete Mission UNITAF/Restore Hope, die vom deutschen Botschafter bei den UN lakonisch kommentiert wurde:

«US-Botschafter bei UN schloss ‹the post Cold War world is likely to hold other Somalias in store for us. The world will seek solutions that can be found only by nations banding together, led by the United Nations›. Nach dem bemerkenswerten Kraftakt, in einer Woche die Somalia-Operation von der Präsentation bis zum SR-Beschluss voranzubringen, hätte Perkins letztes Wort nach dem Empfinden wohl so manchen Sitzungsteilnehmers statt ›Nations‹ auch ›States‹ lauten können.»<sup>79</sup>

## 6. Schluss: Paradoxien des Nichtwissens

Der zur damaligen Zeit bekannteste deutschsprachige Sozialwissenschaftler zur Region des Horns von Afrika, der Ethnologe Günther Schlee, bezeichnete die militärische Intervention als »Milliardenfehlschlag«. Die USA hätten damit wohl nach dem Golfkrieg ihr Image bei muslimischen Ländern aufpolieren wollen. Doch weder an der Lage in Somalia noch an der politisch-militärischen Kräftekonstellation habe sich dadurch etwas geändert, vergleiche man die Lage im Sommer 1992 vor der Intervention mit der nach Abzug von UNOSOM in 1995.<sup>80</sup> Auch stand die faktisch geleistete Hilfe in keinem Verhältnis zum Aufwand: Die Kosten des Bundeswehreinsatzes 1993/94 beliefen sich auf 310 Mio. DM, der Geldwert der von der Bundeswehr geleisteten humanitären Hilfe hingegen nur auf 5 Mio. DM.<sup>81</sup>

Aus sozialwissenschaftlicher Sicht ist die Entscheidung der Bundesregierung, sich mit Militär an der UN-Mission in Somalia zu beteiligen, aus mehreren Gründen und in mehrere Richtungen relevant. Zunächst gibt er Anlass für eine zeitgeschichtliche Interpretation: Der Fall ist insgesamt offenbar so etwas wie der Beginn einer historischen Zeit des Humanitären<sup>82</sup>, in der

78 BAV 173 NEWYVN 24955, Friedensmission in Somalia (UNOSOM), Fernschreiben von AV Washington an AA, Einsatz von vier US-Kriegsschiffen vor der somalischen Küste, 16.09.1992.

79 Dieser letzte Satz ist dann im archivierten Brief im AA durchgestrichen, das heißt bevor dieser Brief von Bonn aus an über zwanzig Botschaften im Westen und in Afrika sowie andere Bundesministerien, verschickt wurde. Graf Rantzau formulierte damit einen Schlüsselsatz für den Beginn des »age of interventions«, BAV 173 NEWYVN 24955, Friedensmission in Somalia (UNOSOM), Drahtbericht des Dt. Botschafters bei den UN, Graf Rantzau, an das AA, Ref. 320, »Multilaterale Operation« vom 03.12.1992.

80 Schlee 1995, S. 279.

81 Konopka 2023, S. 498.

82 S.a. Fassin 2010; Hensell/Schlichte 2025.

die US-amerikanische Rolle zentral war, in der aber auch die Bundesrepublik ihre sicherheitspolitische Position revidierte und fortan »out of area Einsätze« mit Bezug auf humanitäre Notlagen legitimierte. Inwiefern in diesem Schritt Schichten alten Machtstaatsdenkens deutlich werden, müsste eine weitere, vergleichende Untersuchung von Interventionsentscheidungen herausarbeiten.<sup>83</sup>

Zweitens wirft diese Fallstudie einen neuen Blick auf die Frage des »Wissens« in der Außen- und Sicherheitspolitik. Nicht die »Lage vor Ort« und nicht das wissenschaftliche Wissen entschieden über Umfang, Zeit, Ort und Art des Engagements, sondern es waren die außenpolitische Gelegenheit, eigene Erwartungserwartungen und innenpolitische Konstellationen, die die Entscheidung zur Truppenentsendung bestimmten. Die Rekonstruktion der Regierungsentscheidung von 1992 und die nachfolgende Praxis bestätigen damit den Befund, den Distler und Tekath<sup>84</sup> dreißig Jahre später für den Bundeswehreinsatz in Mali erstellen, dass nämlich Routinen der ministeriellen Administration alternative politische Schritte auszublenden scheinen. Auch im vorliegenden Fall hätten etwa ein gemeinsames Vorgehen mit der Regierung Ugandas und eine Stärkung des UN-Gesandten Sahnoun alternative Wege für eine Regelung des Konflikts und einvernehmliche Behebung der humanitären Notlage ausgelotet werden können. Stattdessen richtete sich das Handeln der beteiligten Ministerien an institutionellen Interessen aus, am Status gemessen an Personal, Budget und Reputation. Das politische Renommee der jeweiligen MinisterInnen, die zugleich im politischen Wettbewerb standen, kam als weiteres Moment hinzu. Diese Beobachtung bestätigt die in der Literatur stark vernachlässigte Dynamik der Eigenlegitimation politischer Organisationen, auch in der Exekutive.<sup>85</sup>

Drittens machen die Ergebnisse der hier vorgelegten Rekonstruktion die Metapher der Schimäre noch einmal plausibel: Diese Figur aus der griechischen Mythologie, die mal als Löwe, mal als Drache, mal als Ziege erscheint, symbolisiert das Wechselsbild, das der Ländername »Somalia« im sicher- und außenpolitischen Diskurs der Bundesrepublik hatte und hat. Die wegen des allgemeinen Nichtwissens vorherrschende Unbestimmbarkeit dessen, was in »Somalia« der Fall ist, erscheint fast funktional. Denn wie im Dezember 1992 ermöglicht sie die vollständige Loslösung der Begründung außenpolitischer Maßnahmen, inklusive des Gebrauchs militärischer Mittel, von weit entfernten Realitäten. Dieser Befund scheint sich auf die Gegenwart zu erstrecken. Denn trotz der andauernden Finanzierung des

83 Vgl. hierzu die kritischen Anmerkungen von Bracher (1963) und die nachträgliche Rechtfertigung der Intervention von Schwarz (1994, S. 16).

84 Distler, Tekath 2023, S. 320.

85 Vgl. Barker 2001, Hensell 2022.

Krieges in Südsomalia durch die Europäische Union gibt es in der deutschen Öffentlichkeit darüber keine Debatte. Die bloß finanzielle Beteiligung an einem Krieg scheint kein relevantes Thema zu sein.<sup>86</sup>

## Literatur

- Al-Bulushi, Samar; Ibrahim, Ahmed 2024. *US inks deal to build up to 5 bases in Somalia*, *Quincy Institute for Responsible Statecraft*, <https://responsiblestatecraft.org/us-base-somalia/> (Zugriff vom 25.11. 2024)
- Allison, Graham T.; Halperin, Morton H. 1972. »Bureaucratic Politics: A Paradigm and Some Policy Implications«, in *World Politics*, 24, Supplement, S. 40–79.
- Baczko, Adam; Dorronsoro, Gilles 2017: »Pour une approche sociologique des guerres civiles«, in *Revue Française de Science Politique*, 67, 2, S. 309–327.
- Bakonyi, Jutta. 2022. »Modular Sovereignty and Infrastructural Power: the elusive materiality of international state-building«, in *Security Dialogue*, 53, 3, S. 256–278, DOI: 10.1177/09670106211051
- Bakonyi, Jutta 2018. Seeing like Bureaucracies: Rearranging knowledge and ignorance in Somalia, in: *International Political Sociology*, 12, 3, S. 256–273.
- Balthasar, Dominik 2018. *Somalia*, <https://www.bpb.de/themen/kriege-konflikte/dossier-kriege-konflikte/54689/somalia/> (Zugriff vom 6.11.2024).
- Barker, Rodney 2001. *Legitimizing Identities: The Self-Presentations of Rulers and Subjects*, Cambridge: CUP.
- Bongartz, Maria 1991. *Somalia im Bürgerkrieg. Ursachen und Perspektiven des innenpolitischen Konflikts*, 2. Aufl., (zuerst 1991), Hamburg: Institut für Afrika-Kunde.
- Bourdieu, Pierre 2012. *Sur l'Etat. Cours au Collège de France, 1989–1992*, Paris: Seuil.
- Bracher, Karl Dietrich 1963 »Kritische Betrachtungen über den Primat der Außenpolitik«, in *Faktoren der politischen Entscheidung. Festgabe für Ernst Fraenkel zum 65. Geburtstag* hrsg. v. Ritter, Gerhard A.; Ziebura, Gilbert, S. 115–148, Berlin: De Gruyter.
- Brockmeier-Large, Sarah; Peez, Anton 2024. *German Foreign Policy and Rwandan Genocide. A first examination of archival records from the German Federal Foreign Office*, Berlin: Global Public Policy Institute / Heinrich Böll Stiftung.
- Brüne, Stefan; Matthies, Volker (Hrsg.) 1990. *Krisenregion Horn von Afrika*, Hamburg: Institut für Afrika-Kunde.
- Bryden, Matthew 1995: »The Wages of Failure«, in *Current History*, 94, 591, S. 145–151.
- Colschen, Lars 2010: *Deutsche Außenpolitik*, München: Fink.
- Creswell, John W. 2013: *Research Design. Qualitative, quantitative, and mixed methods approaches*, London: Sage.
- De Waal, Alex; Omar, Rakiya 1994. Can Military Intervention be «humanitarian»?, in : *Middle East Report*, 187, 188, S. 2–8.
- Diestler, Werner; Tekath, Miriam 2024. »Knowledge and the governing of the interventionary object: Mali in the German parliament«, in *European Journal of International Security*, 8, S. 319–336.
- Dittmer, Jason 2017. *Diplomatic Material. Affect, assemblages, and foreign policy*, Durham, NC: Duke University Press.
- Dorronsoro, Gilles 2021. *Le gouvernement transnational de l'Afghanistan. Une si prévisible défaite*, Paris: Karthala.
- Fassin, Didier 2010. *La raison humanitaire. Une histoire morale du temps présent*, Paris: Gallimard.

86 Allerdings ist auch die Marine-Operation »Atalanta« der EU kein außenpolitisches Thema, obwohl sich die EU zum militärischen Eingreifen bis zwei Kilometer ins Landesinnere Somalias selbst legitimiert hat.

- Goede, Nils 2009. »Die Intervention der Vereinten Nationen in Somalia. Eine Analyse der Entscheidungsprozesse im Sicherheitsrat für die Resolution 794«, in *INEF-Report*, 98/2009, Duisburg: INEF.
- Hassan, Omar; Ndalila, Joseph; Abdulrahman, Manswab Mahsen 2023. »The Impact of Somali-Turkey Cooperation on Advancement of Somali international political representation«, *International Journal of Scientific and Research Publications*, 13, 3, S. 139–144, DOI: 10.29322/IJSRP.13.03.2023.p13517
- Hensell, Stephan 2022. »Getting Cozy, or How the European Commission Produces Legitimacy in the EU«, *International Studies Perspectives*, 23, 2, S. 151–168.
- Hensell, Stephan; Schlichte, Klaus (Hrsg.) 2025: *Armed Groups and the Politics of International Legitimation*, Oxford: Oxford University Press.
- Höhne, Markus V. 2011a. »Die somalische Diaspora: Rollen und Chancen in (Bürger-)Krieg und Wiederaufbau«, in *Somalia. Optionen – Chancen – Stolpersteine* hrsg. v. Feichtinger, Walter; Hainzl, Gerald, S. 57–82. Wien: Böhlau.
- Höhne, Markus V. 2011b: »Al-Shabaab in Somalia: Von einer Terrorzelle zu einem regierungsähnlichen Akteur«, in *Somalia. Optionen – Chancen – Stolpersteine* hrsg. v. Feichtinger, Walter; Hainzl, Gerald, S. 121–158. Wien: Böhlau.
- Höhne, Markus; Scharrer, Tabea; Seidel, Katrin 2022. »Somalia und Südsudan: Demokratieexport in der Sackgasse«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 4/2022, S. 29–32.
- Holzer, Georg-Sebastian 2011. »Anleitung zum Scheitern: Die Rolle externer Akteure in Somalia«, in *Somalia. Optionen – Chancen – Stolpersteine* hrsg. v. Feichtinger, Walter; Hainzl, Gerald, S.. Wien: Böhlau. S. 101–120.
- Keen, David 2005. *Endless War. Hidden functions of the ‘War on Terror’*, London: Pluto.
- Kohn, Richard H. 2009. »The Danger of Militarization in an Endless «War» on Terrorism«, *The Journal of Military History*, 73, 1, S. 177–208.
- Konopka, Torsten 2023. *Deutsche Blauhelme in Afrika. Die Bundesrepublik Deutschland und die Missionen der Vereinten Nationen Anfang der 1990er Jahre*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Koschorke, Albrecht; Lüdemann, Susanne; Frank, Thomas; Matala de Mazza, Ethel 2007. *Der fiktive Staat. Konstruktionen des politischen Körpers in der Geschichte Europas*, Frankfurt a.M.: Fischer.
- Marchal, Roland 2009. »A tentative assessment of the Somali Harakat Al-Shabaab«, *Journal of Eastern African Studies*, 3, 3, S. 381–404.
- Marchal, Roland 1992. »La guerre à Mogadiscio«, in *Politique africaine*, 46, S. 120–125.
- Marchal, Roland 1991. »Conflits et recomposition d'un ordre régional dans la Corne de l'Afrique«, in *Etudes internationales*, 22, 2, S. 307–321.
- Masala, Carlo 2018. *Weltordnung. Die globalen Krisen und die Illusionen des Westens*, München: C.H. Beck.
- Matthies, Volker 2011. »Konfliktdynamik und externe Akteure in Somalia«, in *Somalia. Optionen – Chancen – Stolpersteine* hrsg. v. Feichtinger, Walter; Hainzl, Gerald, S. 21–28. Wien: Böhlau.
- Matthies, Volker 1995. »Zwischen Rettungsaktion und Entmündigung: Das Engagement der Vereinten Nationen in Somalia«, in *Vereinte Nationen*, 41, 2, S. 45–51.
- Matthies, Volker 1992. »Horn von Afrika (Äthiopien/Eritrea, Somalia): Krieg und Dürre, Frieden und Milch«, in *Vergessene Krieg in Afrika* hrsg. v. Matthies, Volker; Hofmeier, Rolf, S. 173–213. Göttingen: Lamuv.
- Migdal, Joel S.; Schlichte, Klaus 2005. »Rethinking the State«, in *Dynamics of States. The formation and crisis of states outside the OECD*, hrsg. v. Schlichte, Klaus, S. 1–40, Aldershot: Ashgate.
- Mission Permanente 2024: *Explication de vote renouvellement de l'ATMIS et du BANUS. Intervention de Mme Isis Jarasud Darnault, Coordinatrice politique de la France auprès des Nations Unis au Conseil de Sécurité*, New York am 28. Juni 2024, <https://onu.delegfrance.org/explanation-of-vote-renewal-of-atmis-and-unsos> (Zugriff vom 4.12.2024)
- Monath, Hans 2022. »Volker Rühe wird 80. Kämpfer für die NATO-Osterweiterung«, Der Tagesspiegel, 24. September 2022, <https://www.tagesspiegel.de/politik/volker-ruhe-wird-80-kampfer-fur-die-nato-osterweiterung-8681098.html> (Zugriff vom 12.11.2024).

- Münch, Philipp 2015. *Die Bundeswehr in Afghanistan: Militärische Handlungslogik in internationalen Interventionen*, München: Rombach.
- Musa, Ahmed M.; Varming, Kirstine Stroh; Stepputat, Finn 2023: »Raising Fiscal Revenues. The political economy of Somali trade taxation«, in *Trade Makes States: Governing the Greater Somalia*, hrsg. v. Hagmann, Tobias; Stepputat, Finn, S. 145–170.
- Nabers, Dirk 2017. »Crisis as dislocation in global politics«, in *Politics*, 37, 4, S. 418–431. DOI: 10.1177/0263395716661341
- Noor, Hawa 2025. *Mobilization for Violent Politicized Islam. Motivations of former participants in al-Shabaab*, London: Routledge.
- Omaar, Rakiya 1992. »Somalia: At war with itself«, in *Current History*, 91, 565, S. 230–234.
- Peltner, Arndt 2016. *Völkermorde in Ruanda und Armenien. Warum hat Deutschland nichts getan?* DeutschlandRadio Kultur, <https://www.deutschlandfunkkultur.de/voelkermorde-in-ruanda-und-armenien-warum-hat-deutschland-100.html> (Zugriff vom 21.11.2024).
- Prendergast, John 1995: When Troops Go Home: Somalia after the intervention, in: *Review of African Political Economy*, 22, 64, S. 268–273, DOI: 10.1080/03056249508704132
- Prunier, Gerard 1996. »Somalia: Civil War, Intervention and Withdrawal (1990–1995)«, *Refugee Survey Quarterly*, 15, 1, S. 35–85.
- Sahnoun, Mohamed 1994. *Somalia. The missed opportunities*, Washington DC: United States Institute of Peace.
- Schlee, Günther 1995 »Regelmäßigkeiten im Chaos: Elemente einer Erklärung von Allianzen und Frontverläufen in Somalia«, in: *Africa Spectrum*, 30, 3, S. 274–292.
- Schlichte, Klaus 2017. »The International State. Comparing statehood in Central Asia and Sub-Saharan Africa«, in *Paradox of Power. The Logic of Weak States*, hrsg. v. Heathershaw, John; Schatz, Ed, S. 105–119, Philadelphia, Penn.: Philadelphia University Press.
- Schneckener, Ulrich 2006. *Fragile Staatlichkeit. »States at Risk« zwischen Stabilität und Scheitern*, Baden-Baden: Nomos.
- Schröder, Siegfried 1991. »Somalia«, in *Die Kriege 1985 bis 1990. Analyse ihrer Ursachen*, hrsg. v. Siegelberg, Jens, S. 181–189, Münster: Lit.
- Schwarz, Hans-Peter 1994: *Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne*, München: Siedler.
- Der Spiegel 1993: »Wo fliegen wir hin?« Deutsche Soldaten bereiten sich auf den Abmarsch nach Somalia vor. Doch unklar ist, was sie eigentlich tun sollten«, *Der Spiegel*, 18, 2.05.1993.
- Stevenson, Jonathan 1993: »Hope Restored in Somalia?«, in *Foreign Policy*, 91, S. 138–154.
- Tull, Dennis 2024. »Lernfähige deutsche Krisenpolitik? Lehren aus Mali (2013–2023)«, *SWP-Studie* 21.09.2024, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- UNHCR 2025: Somalia, <https://www.unhcr.org/where-we-work/countries/somalia> (Zugriff vom 31.06.2025).

**Zusammenfassung:** Warum beteiligte sich die Bundesrepublik 1993 an der UN-Mission in Somalia? Auf der Grundlage von inzwischen freigegebenen Akten des Auswärtigen Amtes rekonstruiert der Beitrag, dass diese Entscheidung weniger durch die Lage in Somalia zu erklären ist als durch institutionelle Eigeninteressen, ein vordergründiges humanitäres Motiv und ein konservatives Machtstaatsdenken.

**Stichworte:** Somalia, militärische Intervention, Wissen, Außenpolitik, Bundesregierung

### Somalia as a chimera. The limits of foreign policy knowledge.

**Summary:** Why did the Federal Republic of Germany participate in the UN mission in Somalia in 1993? On the basis of files from the Federal Foreign Office that have since been released, the article reconstructs that this decision can be explained less by the situation in Somalia than by institutional self-interest, a superficial humanitarian motive and a conservative *Machtstaat*-mentality.

**Keywords:** ###

#### Autor

Prof. Dr. Klaus Schlichte  
Universität Bremen  
Institut für Internationale und Interkulturelle Studien  
Postfach 33 04 40  
28334 Bremen  
kschlich@uni-bremen.de



© Klaus Schlichte

# Judenfeindschaft und gesellschaftliche Gegenstrategien



## Was tun?

Wie in Deutschland Antisemitismus  
wirksam bekämpft werden kann

Herausgegeben von Prof. Dr. Julius H. Schoeps  
und Susanne Krause-Hinrichs

2025, ca. 360 S., geb., ca. 29,- €

ISBN 978-3-487-17155-5

E-Book 978-3-487-17156-2

Erscheint ca. Oktober 2025

Judenfeindschaft und antisemitische Straftaten erleben neue Rekordwerte – auch in Deutschland. Sicherheitskräfte, Behörden und Politiker:innen scheinen überfordert. Jüdinnen und Juden ziehen sich schrittweise und doch merklich aus dem öffentlichen Leben zurück. Einen „Koffer für alle Fälle“ haben sie längst gepackt. Was kann den drohenden (neuen) deutsch-jüdischen Exodus noch stoppen?

Im vorliegenden Band kommen Frauen und Männer zu Wort, die Antisemitismus (und Israelhass) nicht nur thematisieren, sondern auch konsequent bekämpfen – sei es als Lehrer:in, Trainer:in, Theolog:innen, Anwält:innen oder Journalist:innen. Ein Buch für alle, die sich weigern, den wachsenden Antisemitismus in der Gesellschaft als neue Realität hinzunehmen.